

Die Wahlen in Bolivien: Niederlage des Putsches von 2019

Liga Socialista, Brasilien, Neue Internationale 251, November 2020

Ein Jahr, nachdem sie den bolivianischen Präsidenten Evo Morales gestürzt hatten, haben die rechten und rechtsextremen Parteien, die den Putsch mit Unterstützung und Ermutigung des Weißen Hauses und der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) organisiert und angeführt hatten, eine verheerende Wahlniederlage erlitten. Ihre usurpierende Präsidentin, Jeanine Áñez, die Mitte September als Kandidatin zurücktrat, musste nachgeben. Sie muss sich nun wegen der Tötung von 30 Menschen während des Putsches im vergangenen Jahr, insbesondere der Massaker in Senkata, Sacaba und Yapacaní, verantworten.

Wahlergebnis

Nach Wahlschluss am Donnerstag, dem 22. Oktober, wurden Luis Arce und David Choquehuanca Céspedes von der Movimiento al Socialismo (MAS; Bewegung zum Sozialismus) im ersten Wahlgang mit 55,1 Prozent der Stimmen für gewählt erklärt. Carlos Mesa von der konservativen Comunidad Ciudadana (Bürgergemeinschaft) lag mit 28,83 Prozent auf dem zweiten und Luis Fernando Camacho, Kandidat der ultrarechten Creemos (Wir glauben) mit 14 Prozent auf dem dritten Platz. (TSE - <https://computo.oep.org.bo/>)

Die MAS hat nun den Vorsitz und eine klare Mehrheit sowohl im Senat als auch im Repräsentantenhaus. Dieser Sieg der Linken wird von den Volkskräften in ganz Lateinamerika begrüßt werden, wo die Rechte in den letzten Jahren in der Offensive war.

Die Spaltungen zwischen der rechtskonservativen Comunidad Ciudadana und der rechtsextremen Creemos trugen zum Ausmaß der Niederlage bei. Letzteres ist ein klerikales, rechtsextremes Bündnis mit Sitz im südlichen Departamento Santa Cruz, das von der Unión Juvenil Cruceñista (UJC; Jugendunion von Santa Cruz) unterstützt wird, einer faschistischen Bewegung, die in Terroranschläge auf VolksaktivistInnen verwickelt ist.

Weitere wichtige Faktoren waren der chaotische Umgang von Añez und ihrer Regierung mit der Coronavirus-Pandemie und der Wirtschaftskrise, ihre Sparpolitik, die Privatisierung von Gesundheit, Bildung und natürlichen Ressourcen sowie ihre Angriffe auf die Rechte der indigenen Mehrheitsbevölkerung Boliviens. Nicht zuletzt war es der seit einem Jahr anhaltende Volkswiderstand, der erneut zum Sieg der linkspopulistischen MAS führte.

Für alle?

Bei folgender Erklärung des designierten MAS-Präsidenten Luis Arce sollten die Alarmglocken läuten: „Wir werden für alle BolivianerInnen regieren und eine Regierung der nationalen Einheit errichten.“ Dies ist die typische reformistische Sehnsucht nach Klassenzusammenarbeit, aber es ist sehr unwahrscheinlich, dass die Rechte positiv darauf reagiert. Auf internationaler Ebene fühlten sich jedoch alle Kräfte, die den Staatsstreich unterstützten, einschließlich der OAS, des Weißen Hauses und der Europäischen Union, verpflichtet, Arce zu gratulieren. Sogar Trump antwortete mit den Worten: „Wir hoffen, in unserem gemeinsamen Interesse arbeiten zu können.“

Laut G1-Globo versuchte der Generalsekretär der OAS, Luis Almagro, sich mit dem Argument zu rechtfertigen, dass es keine Ähnlichkeiten zwischen diesen und den 2019 annullierten Wahlen gebe. „Es gibt keine Parallele, es ist nicht sehr klug, diese Parallele zu ziehen.“
(<https://g1.globo.com/mundo/noticia/2020/10/23/bolsonaro-e-o-unico-lider-de-um-p>

ais-vizinho-da-bolivia-que-nao-cumprimentou-luis-arce-pela-vitoria.ghtml)

Noch weniger schlau ist es, das Offensichtliche zu leugnen, nämlich dass der Putsch auf einem zynischen Betrug beruhte und zu Dutzenden von Toten sowie zur Festnahme und Inhaftierung von AktivistInnen der Volksbewegungen führte.

Niemand sollte jedoch vergessen, dass die Figuren, die den Putsch im Oktober 2019 durchgeführt haben, nach wie vor die Armee, die Polizei, die Justiz und die Geheimdienste kontrollieren und ihre Verbindungen zum US-Militär und zum Weißen Haus intakt und wirksam sind.

Darüber hinaus ist die MAS als Verteidigung gegen die Kräfte des internationalen Kapitals und des Imperialismus nicht zuverlässiger als vor 2019. Letztere scheinen gar zu hoffen, dass die Regierung angesichts der Pandemie und der Wirtschaftskrise die sie unterstützenden Massen rasch enttäuscht und den Weg für eine weitere Machtübernahme durch die Rechte öffnet.

Die sozialen Kräfte, die ArbeiterInnen, armen Bauern und Bäuerinnen und indigenen Gemeinschaften, die den „Wasserkrieg“ von 2000 und den „Gaskrieg“ von 2003 geführt und mobilisiert haben, um den Staatsstreich vom vergangenen Oktober zu stoppen, werden erneut mobilisieren müssen, wenn die Kräfte der Reaktion entwaffnet und die Kompromisskräfte, die MAS-FührerInnen, daran gehindert werden sollen, die reichhaltigen natürlichen Ressourcen des Landes, wie die riesigen Lithiumvorkommen, an die multinationalen Konzerne zu verkaufen, die das Land geplündert haben.

Der Putsch von 2019

Am 20. Oktober 2019 wurde bekannt gegeben, dass Evo Morales (MAS) für eine vierte Amtszeit als Präsident von Bolivien wiedergewählt wurde. Mit 47 Prozent

der Stimmen und einem Vorsprung von mehr als 10 Prozent gegenüber dem zweitplatzierten Kandidaten Carlos Mesa, der 36,51 Prozent der Stimmen auf sich vereinte, wurde Morales als direkt gewählt erklärt, da es nach dem bolivianischen Wahlgesetz keinen zweiten Wahlgang geben muss, wenn ein/e KandidatIn mehr als 40 Prozent der Stimmen erhält und einen Vorsprung von 10 Prozentpunkten oder mehr gegenüber dem/r nächsthöheren KandidatIn einnimmt.

Verwirrung entstand auf Grund der Methode der Stimmenauszählung in Bolivien, die eine schnelle vorläufige Auszählung (TREP) auf der Grundlage von Auszählungslisten der einzelnen Departamentos vorsieht, auf die dann die offizielle Auszählung jeder Stimme (cómputo) folgt. Nur letztere gilt als entscheidend. Obwohl auf Diskrepanzen hingewiesen und die vorläufige Auszählung gestoppt worden war, wurde Morales schließlich mit einem Vorsprung von 10 Prozent zum Sieger erklärt, wodurch die Notwendigkeit einer zweiten Runde vermieden werden konnte.

Sobald die rechte Opposition erkannte, dass ihre Niederlage unvermeidlich war, begann sie, den Vorwurf des Wahlbetrugs zu erheben. Aus Protest mobilisierte sie tumultartige Demonstrationen und riefen ihre AnhängerInnen auf, auf der Straße zu bleiben, bis ein zweiter Wahlgang zugestanden würde. Bald füllten riesige Gegendemonstrationen von MAS-AnhängerInnen die Straßen von La Paz und ein unbefristeter Generalstreik wurde ausgerufen. Angesichts der umstrittenen Auszählung und der kollidierenden Mobilisierungen gab die MAS-Regierung dem Druck nach und forderte eine externe Überprüfung der Wahl.

Die OAS erklärte am 23. Oktober, dass die beste Option die Durchführung der zweiten Runde sei. Auch die Europäische Union rief zu einer zweiten Runde auf. Am selben Tag erklärte Carlos Mesa, dass er die vom Obersten Wahlgericht (TSE) bekannt gegebenen Ergebnisse nicht anerkenne und kündigte die Bildung einer „Koordination zur Verteidigung der Demokratie“ an, um auf die Durchführung des zweiten Wahlgangs zu drängen.

Zuspitzung

Auf Grundlage der von der TSE veröffentlichten Ergebnisse versuchte Morales, die immer radikaler werdenden Bewegungen der Straße zu überstehen. Doch die Polizei, aber auch Teile der Streitkräfte sowie rassistische und rechte, fundamentalistische Kräfte schlossen sich den PutschistInnen an. Ihre Straßenaktionen wurden immer gewalttätiger, wobei auch PolitikerInnen und ihre Angehörigen, die mit Evo in Verbindung standen, entführt wurden. Dutzende von Menschen wurden in diesen Tagen getötet und verwundet.

Wir kommen nicht umhin, auch auf die skandalöse Tatsache hinzuweisen, dass der Central Obrera Boliviana (COB; Dachverband der bolivianischen Gewerkschaften) den Putsch zunächst unterstützte. Am 10. November „trat“ Morales angesichts der Konfrontationen auf den Straßen und einer Meuterei von Polizei und Streitkräften von der Präsidentschaft zurück und floh mit seinem Vizepräsidenten Álvaro García Linera außer Landes. Morales prangerte den Putsch aus seinem politischen Asyl in Mexiko, Kuba und schließlich Argentinien an.

Am 12. November erklärte sich Jeanine Añez auf einer Sitzung des Kongresses, der verfassungsgemäß nicht beschlussfähig war, zur Interimspräsidentin und versprach, den Frieden im Land wiederherzustellen und so bald wie möglich Neuwahlen auszurufen. Der Staatsstreich war vollendet.

Linera, ein ehemaliger Führer der Guerillabewegung Túpaq Katari in den 1990er Jahren, war auch Theoretiker der Regierung Morales und Autor von „Soziologie sozialer Bewegungen in Bolivien“ (2005). In verschiedenen Artikeln hat er Gramscis „Stellungskrieg“, d. h. institutionelle Reformen, im Gegensatz zu einem „Manöverkrieg“, d. h. einer Revolution, benutzt, um zu argumentieren, dass der Aufbau eines „Andenkapitalismus“ eine notwendige Vorstufe sei, die Jahrzehnte dauern könne, bevor der Sozialismus eingeführt werden könne.

Wichtig waren die Kultur-, Bildungs- und Wohlfahrtsreformen der MAS, die Erklärung Boliviens als plurinationale Republik, die Gleichstellung der Wiphala mit der bolivianischen Trikolore, die Anerkennung der Aymara, Quechua und anderer indigener Sprachen und Kulturen des Landes. Das Versäumnis, das Land der Gemeinden vor Öl- und Gasunternehmen und Agrobusiness zu schützen, zerbrach jedoch das Bündnis, durch das die MAS an die Macht gekommen war. Gleichzeitig führte die Integration der indigenen Organisationen in die Regierungsinstitutionen zu ihrer Bürokratisierung und zur Entwicklung einer Elite, die Evo im entscheidenden Moment verließ.

Widerstand der Basis

Schließlich beschränkten sich die bolivianische Elite und ihre US-BeraterInnen nicht auf einen „Stellungskrieg“, sondern „manövrierten“ Morales und Linera erfolgreich ins Exil. Diese wiederum überließen ihre AnhängerInnen der zärtlichen Gnade der Generäle, PolizeichefInnen und FaschistInnen.

Während die einfachen Mitglieder der MAS und die Volksversammlungen in vielen Städten, insbesondere in El Alto, heldenhaft Widerstand leisteten und schwere Verluste erlitten, ließen die Flucht der MAS-Führer und der Rückzug der MAS-ParlamentarierInnen die Bewegung ohne zentrale Führung zurück. Dies war wirklich eine Schande. Von ihren heutigen NachfolgerInnen in einer künftigen Krise etwas Besseres zu erwarten, wäre der Gipfel der Torheit. Während der Wahl distanzierte sich Luis Arce wiederholt von Morales nach rechts und verfolgte als Wirtschaftsminister in dessen Regierung eine offen prokapitalistische Politik. Es gibt keinen Grund zu der Annahme, dass er seine Haltung geändert hat.

Der Widerstand hörte jedoch nicht auf, trotz der Repression durch rechtsextreme Banden, der Coronavirus-Pandemie und der wirtschaftlichen Verwerfungen des Landes. Im August, als der Oberste Gerichtshof die am 8. September fälligen Wahlen verzögerte, zeigte eine Welle von Streiks, Straßenblockaden und Demonstrationen der herrschenden Klasse, dass die ArbeiterInnen und die

indigenen Massen die wiederholten Verschiebungen nicht tolerieren würden. Dieser Druck sowie die internen Konflikte der Regierung machten Wahlen im Oktober unvermeidlich. Es war also der Klassenkampf, der die Wiederherstellung der formalen Demokratie sicherte. Um sie Wirklichkeit werden zu lassen, bedarf es mehr demokratisch organisierter Massenmobilisierungen, für die Bolivien zu Recht berühmt ist.

Wohin treibt Bolivien?

Dieser Sieg stellt weit mehr als einen Wahlsieg für die PolitikerInnen der MAS dar. Vielmehr ist er das Ergebnis des Widerstands der ArbeiterInnenklasse und der indigenen Bevölkerung, der die fortschrittlichen Kräfte in ganz Lateinamerika ermutigen und stärken kann. Aber wir müssen uns immer daran erinnern, dass dies erst der Anfang dieser Bewegung ist und wir Sorge tragen müssen, damit sie nicht in einer Klassenversöhnung endet.

Nachdem der US-Imperialismus seine Vorherrschaft in Lateinamerika nach etwa einem Jahrzehnt des „Bolivarismus“ und „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ durch die Staatsstrieche in Paraguay, Ecuador, Brasilien und Bolivien wieder behauptet hat, wird der Sieg der MAS einen Widerstandskampf in diesen anderen Ländern fördern. Die bolivianischen Werktätigen zeigten, wie man gewinnen kann: durch Generalstreiks und andere Massenaktionen. Der Weg nach vorn führt über die Organisation und Mobilisierung der ArbeiterInnenklasse, um revolutionäre Stürme auf dem gesamten amerikanischen Kontinent zu entfesseln.

Es ist jedoch klar, dass die Realität des Kapitalismus in der unterdrückten und ausgebeuteten halbkolonialen Welt nicht durch bürgerliche Wahlen geändert werden kann. Wir müssen eine andere Strategie für die ArbeiterInnenklasse finden, die über Reformismus und Wahlkampf populistischer Parteien wie der MAS hinausgeht. Während sie sich auf die ArbeiterInnen und die verarmten indigenen Gemeinschaften der Landlosen und Bauern/Bäuerinnen (Campesinos) verlassen, um Wahlen zu gewinnen, fallen sie, sobald sie an der Macht sind, in

den Orbit des Imperialismus und versuchen, als lokale AgentInnen für den nordamerikanischen, europäischen oder, in jüngster Zeit, chinesischen Imperialismus zu agieren.

Es stimmt, Morales und Linera haben den streitenden externen Mächten Zugeständnisse abgerungen und waren in der Lage, bedeutende, wenn auch vorübergehende Reformen durchzuführen. Wie jedoch der Putsch von 2019 gezeigt hat, wird dieses Taktieren um einen größeren Anteil an den Gewinnen aus Lithium, Kohlenwasserstoffen usw. Putsche und Wirtschaftsblockaden, wie sie Venezuela und Kuba auferlegt wurden, nicht verhindern. Die Verbindung zwischen den arroganten MilliardärInnen, die versuchen, sich Boliviens wertvollsten Bodenschatz Lithium anzueignen, wurde deutlich, als Elon Musk, Milliardär und Eigentümer des Elektroautoherstellers Tesla, per Twitter auf Spekulationen über die Beteiligung der USA an dem Staatsstreich reagierte: „Wir werden putschen, wo wir wollen! Findet euch damit ab!“

Solidarität und Programm

Die ArbeiterInnenbewegung weltweit muss solche Eingriffe von außen anprangern und mit der Forderung kontern, dass die Souveränität Boliviens respektiert werden muss. In Bolivien müssen die politischen FührerInnen des Staatsstreichs von 2019 sowie die KommandeurInnen von Polizei und Streitkräften, die Menschen verhaftet, gefoltert und getötet haben, bestraft werden. Dies ist keine Rache, es ist Gerechtigkeit!

Auch hier wird die Intervention der Massen erforderlich sein, nicht bloße Dekrete von MinisterInnen oder Gesetze, die von Abgeordneten verabschiedet werden. Es wird Disziplinbrüche mit den „Gorillas“, die die einfachen SoldatInnen kommandieren, erfordern, mit demokratischen Rechten für letztere und bewaffneten Milizen für die Volksmassen. Kurz gesagt, das Land für Demokratie und für sozialistische Maßnahmen zur Befriedigung der Bedürfnisse der Massen bereit zu machen, bedeutet, den Repressionsapparat, den Staat der

GrundbesitzerInnen und der kapitalistischen Elite zu zerschlagen.

Bolivien muss auch das Recht haben, alle internationalen, für seine Bevölkerung schädlichen Vereinbarungen zu überprüfen, die während der Putschregierung getroffen wurden, welche keine Legitimität hatte, sie abzuschließen. Der Ausverkauf seines Reichtums, insbesondere von Gas und Lithium, muss rückgängig gemacht werden. Die indigenen Völker müssen auch für die Verluste, die ihnen während des Staatsstreichs von Präsidentin Jeanine Áñez entstanden sind, entschädigt werden.

Schließlich muss die bolivianische Bevölkerung weiterhin mobilisiert und organisiert bleiben, um möglichen Reaktionen der rechten PutschistInnen, unterstützt vom Imperialismus, und sogar möglichen Rückzügen der MAS-Regierung entgegenzutreten, die zu der bekannten Klassenversöhnung führen könnten.

Bolivien ArbeiterInnen und arme Bauern/Bäuerinnen müssen eine internationalistische revolutionäre Partei mit einem Programm zum Sturz des Kapitalismus aufbauen. Eine Partei, die die ArbeiterInnenklasse organisiert und den revolutionären Prozess befördert, der sie von der kapitalistischen Sklaverei befreit und sie zur Macht eines neuen Staates, eines sozialistischen Staates, führt.

Die ArbeiterInnenklasse in ganz Lateinamerika spürt die stärkenden Winde, die aus Bolivien und Chile wehen. Dies zeigt auch die dringende Notwendigkeit einer internationalen Organisation, die sie mit den ArbeiterInnen Nordamerikas, Europas und auch Chinas verbindet. Gemeinsam können wir uns von den imperialistischen Mächten und ihren AgentInnen, den korrupten und diktatorischen lokalen Eliten befreien. Deshalb müssen wir den Aufbau einer Fünften Internationale und revolutionärer Parteien in jedem Land auf die Tagesordnung setzen. Ein wesentlicher Bestandteil ihrer Programme muss die Schaffung der Vereinigten Sozialistischen Republiken Lateinamerikas sein.

Joe Biden 2020 - Der Anti-Populist

Marcus Otono, Infomail 1099, 11. April 2020

Es ist eine ziemlich einfache Analyse. In Zeiten populistischen Eifers, der durch eine Krise des Kapitalismus hervorgerufen wurde, zeigt die Geschichte, dass PopulistInnen bei Wahlen besser abschneiden als die KandidatInnen des Establishments. Kürzlich zeigte sich dies an der Niederlage Clintons gegen Trump im Jahr 2016 und noch eher durch die anhaltende Popularität von Bernie Sanders und sogar Michael Bloomberg sowie durch die anhaltend solide Basis der Unterstützung für Trump. Die Gemeinsamkeit zwischen den dreien besteht darin, dass keiner von ihnen eng mit dem „Washingtoner Konsens“ von DemokratInnen und RepublikanerInnen verbunden ist, der von Reagan bis zur Großen Rezession unangefochten über die Wirtschaft herrschte.

In den Vereinigten Staaten haben die Große Rezession, die anhaltende jahrzehntelange Stagnation und das geringe Wachstum der langen Depression die Rahmenbedingungen für die Wahlen verändert und alternativen Ansichten über Politik und Wirtschaft mehr Gehör verschafft. Und da die Ansicht des Establishments seit der Großen Rezession absolut keine Anzeichen für eine Verbesserung des Zustands der Massen gezeigt hatte, ist es kein Wunder, dass diese bei den Massen an Unterstützung verloren hat. In Zeiten wie diesen wird das politische „Zentrum“ ausgehöhlt und die Pole wachsen.

Kurz, man wird wahrscheinlich keinen populistischen Kandidaten wie Trump mit einem des Establishments wie Joe Biden, Jr. schlagen.

Die DemokratInnen intensivieren das Establishment

Aber diese Tatsache der Geschichte scheint im Denken des Establishments der Demokratischen Partei im Jahr 2020 keine große Spur hinterlassen zu haben. Selbst nach der Niederlage von Hillary Clinton gegen Trump - einen rechtspopulistischen, aufständischen Kandidaten und Clintons bevorzugten Gegner, möchte man Berichten glauben - haben die Spitzen der Partei alles, vom Rassismus bis hin zu Russland, für Clintons Niederlage verantwortlich gemacht. Alles, bis auf den Bankrott ihrer Politik, die sich auf die „Normalität“ einer neoliberalen Agenda der Unterstützung von Banken und Finanzkapital und Großunternehmen stützte, aber Kürzungen für den Rest von uns vorsah. Trotz eines sehr marktschreierischen Versprechens nach den Wahlen 2016, alles zu überprüfen, was zu ihrer Niederlage beigetragen hat, hat die Parteiführung alles überprüft, nur nicht ihre Politik - und die Kandidatin selbst. Trotz ihres berühmten Kontrasts zu „Make America Great Again“ ist „America is Already Great“ nicht etwas, was ein bedeutender Teil der wahlberechtigten Bevölkerung tatsächlich glaubte.

Was uns zu Joe Biden bringt. Biden ging in die Vorwahlsaison für die Präsidentschaftswahlen 2020, als er als die sichere Wahl auf der Plattform der DemokratInnen galt. Er hatte alles, was sich das Establishment der DemokratInnen nur wünschen konnte. Er war 30 Jahre lang Insider in Washington und kam aus dem Bundesstaat Delaware, der Heimat leicht regulierter Banken. Er hatte Zugang zu wohlhabenden SpenderInnen, die entweder gegen die Politik oder gegen die Optik von Donald Trump waren. Er hatte den Bekanntheitsgrad, der sich aus seiner 30-jährigen politischen Karriere als US-Vertreter und Senator ergab. Und als Vizepräsident unter Barack Obama, dem letzten Demokraten, der im Weißen Haus saß, hatte er in jüngster Zeit großen Einfluss innerhalb der Partei. Ähnlich wie auf Hillary Rodham Clinton (HRC) im Jahr 2016 bot jedeR auf Biden, um die Konkurrenz bei der Nominierung in Milwaukee im Juli 2020 zu überbieten.

Natürlich stand er auch für die gleiche Politik wie Obama und Clinton ein, eine Politik, die die Banken und Großunternehmen aus den Tiefen der Rezession in ungehemmte Höhen des Wohlstands geführt hatte, die aber für den Rest von uns zu Stagnation oder Schlimmerem geführt hatte. Und im Gegensatz zu Clinton erfuhr er ernsthaftere Konkurrenz von Bernie Sanders und Elizabeth Warren zu seiner Linken, zusammen mit einer Menge anderer unbedeutenderer Namen, die nach der Zentrumsnische der Demokratischen Partei strebten.

Biden hatte zuvor schon für das Präsidentenamt kandidiert, zuletzt gegen Obama 2008. Er blickte auch auf eine Geschichte von Fauxpas während der Wahlkampagne und seiner Amtszeit zurück, zusammen mit dem Ruf, nicht nur ein neoliberaler Zentrumsanhänger, sondern auch ein rechter oder „Blue Dog“-Demokrat wie in Gestalt von Bill Clinton zu sein. Kurz gesagt, sein Ruf war der eines „gemäßigten“ Republikaners, der sich in der Reagan-Regierung bestens zu Hause gefühlt hätte. Und mit 77 Jahren gab es einige Bedenken hinsichtlich seines Alters und seiner geistigen Fähigkeiten. In den meisten Fällen war es jedoch die Optik seiner Kampagne, die die anderen ZentrumsdemokratInnen im Rennen hielt, und nicht irgendeine Meinungsverschiedenheit über seine Politik. Biden sah aus, als würde er ins Wanken geraten, und dieser Anschein von Schwäche schien die Tür dafür zu öffnen, dass jemand anderes den Mantel eines/r VerfechterIn des demokratischen Establishments aus der Mitte anziehen konnte.

2020 und Biden - South Carolina und der Superdienstag

Die große Neuigkeit in der Anfangsphase der demokratischen Vorwahlen war die Führung, die Bernie Sanders in den Nachbarschaftsversammlungen in Iowa und Nevada (dortige Formen der Vorwahlen) und in der Vorwahl in New Hampshire errungen hatte. Genauso klar schien es, dass Biden es nicht geschafft hat, die Vorstellungskraft der WählerInnen in der Anfangsphase der Vorwahlen einzufangen wie es klar schien, dass Sanders dies geschafft hat.

Dann kam South Carolina hinzu. Biden gewann den Bundesstaat mühelos, da er sich auf die Unterstützung einer konservativeren WählerInnenschaft im Süden und afroamerikanische WählerInnen verließ, die auch landesweit als konservativer angesehen wurden als ihresgleichen auf Bundesebene. Der Sieg, obwohl von den meisten erwartet, gab der schwächelnden Kampagne etwas von ihrem Glanz zurück und führte dazu, dass zwei seiner HauptkonkurrentInnen für die Nominierung aus der Mitte der Partei aus dem Rennen ausschieden. Pete Buttigieg und Amy Klobuchar unterstützten beide Biden kurz nach ihrem Rücktritt, zusammen mit einem anderen ehemaligen Kandidaten der Mitte, Beto O'Rourke aus Texas. Diese Befürwortungen und die daraus resultierende Presse, die diese Nachricht um sich scharte, hatten den gewünschten Effekt für den etablierten Flügel der Partei und sorgten für einen Schwung, zu einem späten Anstieg der Unterstützung für Biden, der zu den Vorwahlen am Superdienstag führte. Von 14 Vorwahlen, die am 3. März stattfanden, gewann Biden 10, Sanders 3, und Bloomberg gewann knapp in Amerikanisch-Samoa.

Der größte Teil der Umfragen am Vorabend der Vorwahlen deutete auf diese späte Verschiebung der Dynamik hin. Die WählerInnen entschieden sich erst spät im Prozess, und diese späten EntscheiderInnen votierten mit überwältigender Mehrheit für Biden, vor allem in den Südstaaten. Biden gewann auch die Frage der „Wählbarkeit“ gegen Trump, wobei die Hälfte der befragten befragten WählerInnen sagte, dass er der beste Kandidat sei, um Trump zu schlagen. Nur 20 % sagten dies über Sanders. Für die DemokratInnen gibt es jedoch noch nörgelnde Fragen zu Bidens Sieg. Die Mehrheit der gewonnenen Delegierten kam aus den Südstaaten, von denen erwartet wird, dass sie bei den allgemeinen Präsidentschaftswahlen mit überwältigender Mehrheit für Trump stimmen werden. Sanders gewann zwar in Utah und Kalifornien, wobei in Kalifornien fast doppelt so viele Delegierte auf dem Spiel standen wie in jedem anderen Bundesstaat, sowie in seinem Heimatstaat Vermont. Das Negative für Sanders ist, dass Biden zwei Bundesstaaten, in denen man hätte erwarten können, dass ersterer konkurrenzfähig ist - Minnesota und Massachusetts - ebenfalls klar gewann.

Und schließlich schied später in der Woche nach den Vorwahlen am Dienstag auch die einzige andere „linke“ Kandidatin der Demokratischen Partei, Elizabeth

Warren, aus dem Rennen aus. Im Gegensatz zu Buttigieg und Klobuchar unterstützte Warren jedoch niemanden. Für einige mag dies angesichts ihrer vermeintlichen ideologischen Verwandtschaft mit Bernie Sanders eine Überraschung gewesen sein, aber in Wirklichkeit ist Warren eine zuverlässige liberale, kapitalistische und etablierte Demokratin. Es ist nicht so, dass Bernie sich so sehr von Warren unterscheidet, aber er steht in den meisten Fragen links von ihr, und soweit die herrschende Elite glaubt, spielt er bei seiner und der populistischen Botschaft seiner AnhängerInnen mit dem Feuer. Man kommt nicht umhin, sich zu fragen, ob sie ihre Unterstützung in der Hoffnung auf weiteren Einfluss sowohl innerhalb der Parteihierarchie als auch in einer möglichen neuen demokratischen Regierung zurückhält. Vielleicht war der Klang von „Vizepräsidentin Warren“ nach ihrem gescheiterten Präsidentschaftswahlkampf in ihren Ohren erfreulich.

So hat sich das lange demokratische Vorwahlkampfrennen innerhalb einer Woche auf zwei KandidatInnen reduziert, wobei alle anderen AnwärterInnen ausgeschieden sind. Bis vor kurzem, bis zu Sanders' Niederlage in Wisconsin am 8. April hieß es noch: Bernie gegen Joe, der Populist gegen das Establishment. Das bedeutete schon vor Sanders' Aufgabe, dass Joe Biden der wahrscheinliche Kandidat war. Wenn kein Wunder oder ein Fauxpas von Joe Biden geschehen wäre, wäre er wieder der Kandidat mit den besten Chancen für die Nominierung. Und er wäre mit Sicherheit die Wahl der Superdelegierten, wenn keiner von beiden die Mehrheit der Delegierten in den kommenden Vorwahlen gewonnen hätte. Aber er ist schließlich Joe Biden, ein mit Fehlern behafteter Kandidat, der bereits einmal den Status des Spitzenreiters verloren hat und ihn leicht hätte wieder verlieren könnte. Und das noch bevor er gegen Trump kandidiert, mit allem, was das mit sich bringt. Erwarten Sie, dass „Ukraine“ im November ein Schlagwort sein wird, wenn es bei den Parlamentswahlen Trump gegen Biden heißt.

Populist gegen Anti-Populist

Die jüngsten Umfragen zeigen, dass Joe Biden Trump schlagen kann. Natürlich

sind es noch neun Monate bis zur Wahl, und frühere Umfragen zeigten auch, dass Sanders Trump hätte schlagen können. Sogar Warren und Bloomberg haben in dieser frühen Phase gute Umfrageergebnisse gegen Trump erzielt. Und nicht zu vergessen, dass Clinton in den Umfragen vor der Wahl 2016 ebenfalls vorne lag. Schließlich ist bemerkenswert, wie wir in den letzten 20 Jahren zweimal gesehen haben, dass es, sofern es sich nicht um einen Erdrutsch handelt, nicht so sehr darauf ankommt, wer bei den eigentlich abgegebenen Stimmen vorne liegt, als vielmehr darauf, wer bei der Anzahl der „Wahlmänner/-frauen“ vorne liegt.

Die Zunahme des Populismus auf der rechten und linken Seite hat die etablierten DemokratInnen in eine Zwickmühle gebracht. Die DemokratInnen füllen ihre Rolle in der bürgerlichen Politik als eine „Kompromisspartei“ in der Mitte aus, die mit dem Rechtspopulismus einen Kompromiss schließt und den Linkspopulismus kooptiert. Aber der Aufstieg von Trump und seine rassistischen und frauenfeindlichen Einstellungen, die für seine weiße Basis eine Rolle spielen, haben ihn auf das Gebiet des bonapartistischen Autoritarismus und sogar des Proto-Faschismus bugsiert. Die DemokratInnen könnten und würden leicht mit vielen von Trumps wirtschaftlichen Positionen Kompromisse eingehen, aber das würde ihre Basis verraten und Probleme mit ihr verursachen, besonders in den afroamerikanischen Gemeinden. Trump hat den Kompass in sozialen, rassistischen und geschlechtsspezifischen Fragen so weit nach rechts gerückt, dass jeder Kompromiss mit ihm in irgendeiner Hinsicht für die meisten Mitglieder der demokratischen Basis problematisch ist. Die Führung sucht verzweifelt nach einer Rückkehr zur „Normalität“, die vor der Großen Rezession mehr als drei Jahrzehnte lang herrschte, und hofft darauf. Aber es ist eine Normalität, die keine Anzeichen für eine baldige Rückkehr erkennen lässt. Und es gibt keine Chance, dass der Anstieg des Populismus, der eine Folge der kapitalistischen Krise ist, abklingt, solange die wirtschaftliche Stagnation für den Rest von uns anhält.

Die Wahlen im Jahr 2020, sowohl die Vorwahlen als auch die Präsidentschaftswahlen, werden wie immer auf die Wahl zwischen aggressiven bürgerlichen Populismus und „etablierte“ bürgerliche Politik hinauslaufen. Das demokratische Establishment wettet darauf, dass die althergebrachte Politik Trump bei den Parlamentswahlen schlagen kann, wobei aber die Niederlage von Hillary Clinton im Jahr 2016 gezeigt hat, dass dies keine sichere Sache ist. Sie

wetteten auch darauf, dass eine entsprechende Parteikonventregie mit einer Mehrheit der Superdelegierten, die selbst das Establishment sind und über die Kandidatur entscheiden, nicht dazu geführt hätte, dass die LinkspopulistInnen, die Bernie Sanders unterstützten, die Hauptwahl in den Teich setzten, was ebenfalls zur Wiederwahl von Trump geführt hätte. Aber es war schon vor dem 8. April offensichtlich, dass ihnen die Wiederwahl von Trump schmackhafter war als die Nominierung eines Linkspopulisten wie Sanders.

Die Wahrheit ist, dass niemand, der in den USA ins Amt gewählt wird, viel dazu beitragen kann, die dem Kapitalismus in der Krise zugrunde liegende Dynamik zu verändern. Die Stagnationskrise und der gesunkene Lebensstandard für den Großteil der US-BürgerInnen bleiben auf absehbare Zeit ein Merkmal und kein Fehler des Systems. Wahlpolitik in Zeiten wie diesen ist wie ein Mullverband auf einer offenen Brustwunde. Jegliche Reformen, auch die Vorstellungen von Sanders, werden schwer durchzusetzen und unzulänglich sein, wenn sie in Kraft treten. Die einzige wirkliche Hoffnung liegt in einer bewussten und militanten ArbeiterInnenklasse, die mit allen Mitteln für das kämpft, was nötig ist.

Joe Biden, Donald Trump, Elizabeth Warren, Mike Bloomberg und, ja, sogar Bernie Sanders, werden nicht annähernd in der Lage sein, die Probleme der Gesellschaft zu lösen. Das wird an uns liegen. Wir können nur hoffen, dass wir den Willen haben, dies zu tun.

**Spanien: Hält die Verbindung der
SozialistInnen mit den**

PopulistInnen?

Dave Stockton, Infomail 1078, 25. November 2019

Die

Parlamentswahlen vom 10. November, die zweiten in diesem Jahr und die vierten seit 2015, haben wieder einmal ein instabiles Parlament ohne absolute Mehrheit für eine Partei hervorgebracht. Sie markierten auch einen Rechtsruck, so wie bei den Wahlen im April ein Linksruck stattgefunden hatte. Dies ist unvermeidlich, wenn die reformistischen Parteien der Linken ein Ergebnis verplempern und ihre opportunistische Linie, sowohl politisch als auch wirtschaftlich, fortsetzen.

Katalonien und

die Forderung der EU nach anhaltender Sparpolitik werden über einem neuen Ministerium wie ein Damoklesschwert hängen. Unterdessen sollte der Aufstieg der extremen Rechten, in Form von Santiago Abascals Vox, die immer noch mächtigen linken Kräfte im spanischen Staat anspornen, aufzustehen und zu erkennen, dass direkte Massenaktionen, der Klassenkampf auf den Straßen und an den Arbeitsplätzen, der einzige Weg sind, eine Katastrophe zu vermeiden.

Pedro Sánchez'

Sozialistische Partei PSOE ist mit 120 Sitzen immer noch die größte Partei im Kongress und hat beschlossen, eine Koalition mit Pablo Iglesias' Unidas Podemos, UP, zu bilden, obwohl Sánchez dies seit den Wahlen im April vermieden hatte. Jetzt, da die PSOE jedoch 3 Sitze und UP 7 verloren und Vox ihre Sitze mehr als verdoppelt hat, von 24 auf 52, sieht Sánchez keine Alternative.

Aber auch

gemeinsam wissen die beiden Parteien nur 155 Mitglieder des Kongresses hinter sich, und 176 Sitze werden für eine absolute Mehrheit benötigt. Darüber hinaus verfügt die PSOE über einen bedeutenden rechten Flügel, der die Idee einer Verbindung mit Podemos verabscheut und sich ein Bündnis mit Parteien der Rechten oder rechten Mitte wie Ciudadanos (BürgerInnen) gewünscht hätte.

Diese

Option verflüchtigte sich mit dem Zusammenbruch von Ciudadanos von 57 auf nur

10 Sitze. Ihr Führer und Gründer, Albert Rivera, legte nicht nur seine Parteimitgliedschaft,

sondern auch seinen Sitz im Parlament nieder, um ins Privatleben zurückzukehren.

Eine Ehe im Himmel ... oder in der Hölle?

Die

theatralische Umarmung, mit der Sánchez und Iglesias ihren Regierungspakt feierten,

war offensichtlich von Iglesias' Seite her herzlicher. Gegen den Widerstand sowohl von Sánchez als auch von der antikapitalistischen Linken in Podemos hatte er sich für einen Vorwahlpakt mit der PSOE eingesetzt. Jetzt ist klar, dass er bereit ist, mit der PSOE den ganzen Weg zu gehen.

„Sánchez weiß,

dass er auf unsere absolute Loyalität zählen kann. Es ist an der Zeit, alle Kritikpunkte

hinter sich zu lassen ... und Seite an Seite an der historischen und spannenden Aufgabe zu arbeiten, die vor uns liegt.“ Seine Ausrede für das Abstreifen der früheren ätzenden Kritik von Podemos war, dass eine von PSOE und Podemos geführte Regierung „der beste Impfstoff gegen die extreme Rechte“ sein würde.

Der hohe Preis,
der gezahlt werden müsste, um Vizepremier zu werden, war im September klar. Damals sagte Iglesias, wenn der Oberste Gerichtshof eine schwere Strafe gegen die katalanischen UnabhängigkeitsführerInnen verhängen würde: „Offensichtlich haben wir bereits gesagt, dass wir, obwohl wir eine Position des Dialogs bezogen, das Gesetz und die Führungsposition der PSOE akzeptieren werden“.

Kein Wunder,
dass Sánchez nach ihrer Umarmung sagte: „Danke für die Großzügigkeit.“

Beide Führer
läuteten die Bedeutungsveränderungen für das Wort „progressiv“ ein. Sánchez betonte: „Es wird in jedem Fall eine progressive Regierung sein. Eine progressive Regierung, die aus fortschrittlichen Kräften besteht, die sich für den Fortschritt einsetzen werden.“

Iglesias
seinerseits schwärmte: „Ich freue mich, heute zusammen mit Pedro Sánchez bekanntzugeben, dass wir eine vorläufige Einigung über die Bildung einer fortschrittlichen Koalitionsregierung erzielt haben, die die Erfahrung der PSOE mit dem Mut von Unidas Podemos verbindet“.

Doch selbst dann
wird diese Koalition im 350-sitzigen Kongress, der unteren Kammer der Cortes, des spanischen Zweikammersystems, keine Mehrheit finden.

Sowohl die
SozialistInnen als auch Podemos wurden durch die Wahl tatsächlich geschwächt. Die Partei von Iglesias litt unter der Konkurrenz durch ihren Mitbegründer und Hauptideologen Íñigo Errejón. Seine Partei Más País, (Mehr Land), die Podemos-IU bereits bei den Madrider Stadtwahlen im Mai niedergedrückt hatte, gewann im November drei Sitze. Errejón begrüßte auch den Koalitionsvertrag

und

sagte, seine drei Abgeordneten würden für die Amtseinssetzung von Pedro Sánchez im Kongress stimmen.

Tatsächlich war

die Seifenblase der linken PopulistInnen, die Idee, dass sie sowohl die PSOE als auch die rechte Partido Popular, PP, die Parteien von la Casta, die Kaste, wie sie das korrupte politische Establishment nannten, hinwegfegen könnten, längst zerplatzt. In den vergangenen sechs Monaten hatte Sánchez Iglesias' Aufruf zur Bildung einer Koalition abgelehnt und gesagt, dass ihm der bloße Gedanke Alpträume bescherte. Alptraum für den einen – ist ein Traum für den anderen wahr geworden? Wir werden es in den kommenden Monaten sehen.

Katalonien, das größte Hindernis

In ihrer Koalitionsvereinbarung

erklären die beiden linken Parteien: „Die spanische Regierung wird der Gewährleistung des sozialen Friedens in Katalonien und der Normalisierung des politischen Lebens Priorität einräumen. Zu diesem Zweck wird sie den Dialog in Katalonien organisieren und nach Formulierungen suchen, die zu einem gemeinsamen Verständnis und zur Versöhnung führen, immer im Rahmen der Verfassung.“

Die gemeinsamen

Versprechen von Dialog und Gehorsam gegenüber der Verfassung stehen im Mittelpunkt der widersprüchlichen Lage, der sich die RegierungspartnerInnen gegenübersehen.

Um seine

Amtseinführung sicherzustellen und eine Regierung zu bilden, braucht Sánchez die Unterstützung der regionalen nationalistischen Parteien. Die Baskische Nationalpartei hat 6 Sitze und die EH Bildu, Baskenland versammelt, fünf. Selbst mit ihrer Unterstützung reicht dies nicht aus, um eine stabile Regierung zu bilden. Sánchez braucht die KatalanInnen oder zumindest die größten ihrer Gruppen. Hier stellt reaktionäre Tradition der PSOE, die Partido Popular und die Verfolgung und Unterdrückung der Unabhängigkeitsparteien, die nun 23 Sitze im Kongress einnehmen, durch den Obersten Gerichtshof zu unterstützen, die Partei vor ein Dilemma.

In Katalonien

gibt es die beiden wichtigsten nationalistischen Parteien, die Esquerra Republicana, Republikanische Linke von Katalonien-Souveränität, ERC-S, mit 13 Sitzen und Junts pro Katalonien, Gemeinsam für Katalonien, JxCat, mit 8. Die Esquerra möchte eindeutig eine PSOE-U-Podemos-Regierung unterstützen, hat aber unter dem Druck von JxCat die Bedingung gestellt, dass die Koalition eine moderierte Diskussion mit den katalanischen Parteien auf die Tagesordnung setzt. Sánchez hat es oft abgelehnt, dass die Selbstbestimmung auf der Tagesordnung steht. Darüber hinaus führt Esquerra eine Abstimmung ihrer Mitglieder zu diesem Thema durch, und die linke CUP mit zwei Sitzen will eine einheitliche Front, um jegliche Verhandlungen mit Sánchez abzulehnen.

Zur Zeit sind

weder die PSOE noch die U-Podemos bereit, den Zorn des Obersten Gerichtshofs oder ihres eigenen rechten Flügel zu riskieren, indem sie den KatalanInnen etwas Wesentliches anbieten. Selbst wenn sie es täten, würde die reaktionäre Justiz des spanischen Staates schnell eingreifen und dies für verfassungswidrig erklären.

Carles

Puigdemont, ehemaliger Präsident der Katalanischen Generalitat (Gesamtheit der

politischen Selbstverwaltungsinstitutionen), bleibt im Exil, weil die Madrider Gerichte versuchen, ihn nach Spanien ausliefern zu lassen. Am 14. Oktober verurteilte der Oberste Gerichtshof von Madrid neun der für das Unabhängigkeitsreferendum verantwortlichen AnführerInnen und von Madrid im Oktober 2017 abgesetzten MinisterInnen zu Gefängnisstrafen von 9 bis 13 Jahren.

Dazu gehören der Vizepräsident Oriol Junqueras, Außenminister Raül Romeva und Innenminister Joaquim Forn. Zu ähnlichen Strafsätzen verurteilt wurden auch Carme Forcadell, Präsidentin des katalanischen Parlaments und die „zwei Jordis“, Jordi Sànchez von der katalanischen Nationalversammlung und Jordi Cuixart von Òmnium Cultural, deren Organisationen für die Massendemonstrationen und Streiks um das Referendum verantwortlich gemacht wurden.

Die Verkündung dieser Urteile führte zu dreiwöchigen Massenprotesten mit gewalttätigen Zusammenstößen zwischen Polizei und jungen DemonstrantInnen, die in den größten Städten Kataloniens Barrikaden errichteten. Ein Generalstreik brachte eine halbe Million Menschen auf die Straßen von Barcelona. Die Polizei feuerte Gummigeschosse ab und setzte Gaskanister und Wasserwerfer ein. Dutzende wurden verhaftet und verletzt.

Der derzeitige Präsident der Generalitat, Quim Torra, verurteilte die Gewalt der DemonstrantInnen und forderte deren Einstellung. Pedro Sánchez weigerte sich jedoch, mit Torra zu sprechen, und behauptete, dessen Verurteilung sei nicht eindeutig genug. Damit setzte die PSOE ihre Linie fort, die polizeiliche Repression zu unterstützen und sich zu weigern, mit den katalanischen AnführerInnen zu verhandeln, wenn sie nicht auf die Hauptforderungen ihrer AnhängerInnen

verzichteten.

Der Oberste

Gerichtshof erhöhte den Druck und rief Torra auf, am 18. November wegen „Ungehorsams“ vor ihm zu erscheinen, nämlich wegen seiner Langsamkeit, gelbe Bänder von öffentlichen Gebäuden zu entfernen, die Symbole der Solidarität mit den inhaftierten AnführerInnen der Unabhängigkeitsbewegung sind. Die RichterInnen konnten ihn verurteilen, damit er entlassen und vom Amt ausgeschlossen wird.

Auch wenn die

bürgerlichen katalanischen NationalistInnen es verabscheuen würden, den Weg zu

einer rechten Koalition zu öffnen oder eine große Koalition aus PSOE und PPS zu sehen, könnten sie die Regierung kaum lange unterstützen, da ihre AnführerInnen

im Gefängnis schmachten und die von Diktator Franco geschaffene Militärpolizei Guardia Civil regelmäßig auf DemonstrantInnen auf den Straßen von Barcelona, Girona, Lleida (Lérida) und Tarragona losging.

Andererseits ist

es sicher, dass der mächtige rechte Flügel der PSOE, wenn Sánchez versucht, sie zu begnadigen, geschweige denn dem Antrag auf ein legales Referendum über die Selbstbestimmung stattzugeben, sich auflehnen würde, um es zu verhindern. Ganz

zu schweigen von den Eingriffen des Obersten Gerichtshofs und von König Felipe VI., der in der Verfassung die „unauflösliche Einheit und Beständigkeit“ des spanischen Staates verkörpert. Es gäbe auch die „Kleinigkeit“ der Massenmobilisierungen durch Vox und die extreme Rechte.

Die

Vox-Mitglieder sind offene BewunderInnen von Franco und seiner blutigen Unterdrückung, beschuldigen muslimische Migranten, hinter einer Welle von

Bandenvergewaltigungen in Südspanien zu stecken, wollen alle sezeessionistischen Parteien ächten, die Autonomieregierung für Katalonien beenden und die Todesstrafe für Verrat, einschließlich des Strebens nach Unabhängigkeit, wiederherstellen. Der Aufstieg von Vox ist die spanische Version der rechtspopulistischen Welle in Polen, Italien, Frankreich, Ungarn, Deutschland und natürlich in Brexit-Großbritannien.

Kampf gegen die Sparpolitik

Seit der Großen

Rezession 2008 und der Staatsschuldenkrise ist Spanien wie andere Mittelmeerstaaten der Europäischen Union zu massiven Einschnitten bei den Sozialausgaben gezwungen und litt unter einer strafenden Arbeitslosigkeit, die 2013 auf einen Höchstwert von 26,95 Prozent stieg und bei der die Jugendarbeitslosigkeit 50 Prozent erreichte. Eine große Zahl junger SpanierInnen ist auf der Suche nach Arbeit in andere EU-Länder gegangen. Erst 2017 erreichte das spanische Bruttoinlandsprodukt das Niveau vor 2008, jedoch scheint sich das Wachstum nun wieder zu verlangsamen.

Die Vereinbarung

zwischen der PSOE und U-Podemos verpflichtet eine neue Regierung, an einer „ausgeglichenen Haushaltspolitik“ festzuhalten, bei der neue Sozialprogramme aus höheren Einnahmen bezahlt werden müssen. Das Wahlmanifest von Podemos hatte

umfangreiche Regierungshaushalte zugesagt, um ein Jahrzehnt wilder Sparpolitik umzukehren. Da Brüssel eine strenge Finanzpolitik forderte und Spanien nach fünf Jahren der Erholung eine wirtschaftliche Verlangsamung erfuhr, bestand Sánchez darauf, in Gestalt der stellvertretenden Wirtschaftsministerin Nadia Calviño, einer ehemaligen hochrangigen Beamtin der Europäischen Kommission, die

Geschicke in „sichere Hände“ zu übergeben, wie es die EU wünschte.

Ein weiteres

Dilemma ist die Forderung der beiden größten spanischen Gewerkschaftsverbände,

der Comisiones Obreras, CCOO, ArbeiterInnenkommissionen, und der Unión General

de Trabajadores, UGT, der Allgemeinen ArbeiterInnenunion, nach der Aufhebung der Arbeitsreform 2012 von PP-Premier Mariano Rajoy, die den Weg zu einem weiteren Rückgang der Reallöhne und unsicheren Teilzeit- und

Zeitarbeitsverträgen für ArbeiterInnen, insbesondere für Jugendliche, ebnete.

Vor allem auf dieser Basis ist die Arbeitslosigkeit auf rund 15 Prozent gesunken.

Es bedarf einer

massiven Mobilisierung der ArbeiterInnen, um eine Koalitionsregierung zu zwingen, den Forderungen der ArbeiterInnenschaft nachzukommen.

Für das Recht auf Selbstbestimmung

Das derzeit

brennendste demokratische Recht ist das Recht der KatalanInnen auf Selbstbestimmung, einschließlich des Rechts auf ein Referendum, das die Möglichkeit beinhaltet, sich vom spanischen Staat zu trennen. Bisher zeigen Meinungsumfragen, dass die Mehrheit der katalanischen BürgerInnen trotz oder wegen der Repressionen aus Madrid dies nicht wünscht. Nur eine freie Abstimmung, bei der beide Seiten ohne Unterdrückung ihre Sache verfechten können, könnte dies entscheiden. Zu diesem Zweck sollten die Guardia Civil und alle „spanischen“ Polizeikräfte zurückgezogen und ein gleichberechtigter Zugang zu den Medien gewährleistet werden.

Es ist ein

Skandal, dass die PSOE den Obersten Gerichtshof und das bestehende

verfassungsmäßige

Verbot der katalanischen Selbstbestimmung unterstützt, und offenbart, wie weit von der Demokratie, geschweige denn vom Sozialismus entfernt die Partei ist und wie wenig sie das Vertrauen der ArbeiterInnen verdient, dass die Partei sie gegen die sozialen und wirtschaftlichen Angriffe des Großkapitals verteidigen wird.

Obwohl Podemos die Definition Spaniens als plurinationalen Staat, die verfassungsmäßige Definition Kataloniens als Nation und das Recht auf ein Unabhängigkeitsreferendum unterstützt, behaupten die PopulistInnen ausweichend,

dass dies nur beratend der Fall sein sollte.

Dennoch sollten

RevolutionärInnen sich nicht für die Abspaltung der autonomen Region einsetzen, es sei denn, eine Mehrheit hat ihren Willen dazu bekundet. Katalonien, als der am weitesten entwickelte Teil des spanischen Staates, ist keine wirtschaftlich ausgebeutete Kolonie oder Halbkolonie. Die NationalistInnen, die sich darüber beklagen, dass die Steuern der Region den unterentwickelten Teilen des spanischen Staates zugutekommen, zeigen lediglich ihren Appetit, ihre eigene Kapitalakkumulation zu maximieren.

Der Hauptgrund

für die Ablehnung der Unabhängigkeit besteht darin, dass sie die Einheit der ArbeiterInnenklasse auf der gesamten Halbinsel und sogar in Katalonien selbst schwächen würde, wo eine Mehrheit in soliden ArbeiterInnenklassengebieten gegen

eine Trennung ist. Nicht zuletzt wird es den Kampf gegen die Überreste des Francoismus und des spanischen Imperialismus schwächen.

Neben der

nationalen Frage beinhaltet der Kampf für Demokratie die Notwendigkeit, das gesamte schmutzige Erbe der Franco-Diktatur zu beseitigen, das 1978 von den reformistischen Parteien im Moncloa-Pakt akzeptiert und in die Verfassung eingebettet wurde, einschließlich der Monarchie, des Senats und des Obersten Gerichtshofs. Die Kommunistische Partei Spaniens (PCE) und die PSOE haben

dieses Verfassungssystem mitverantwortet, und letztere hat es unter den Ministerpräsidenten Felipe González (1982-1996) und José Luis Zapatero (2004-2011) erhalten.

Dieser gesamte reaktionäre Schrott muss weggefegt werden, aber dazu bedarf es revolutionärer Massenaktionen, nicht nur Wahlen. Es sollten Wahlen zu einer souveränen verfassunggebenden Versammlung abgehalten werden, die auf einem Verhältniswahlssystem ohne Mindestschwelle und mit Stimmen für alle Personen über 16 Jahre basieren. Die Gewerkschaften und ArbeiterInnenparteien sollten solche Wahlen überwachen und Kampagnen führen für eine ArbeiterInnenregierung auf der Grundlage der ArbeiterInnenorganisationen, die ihnen gegenüber rechenschaftspflichtig ist.

Nicht zuletzt mit dem Aufstieg von Vox besteht eindeutig die Notwendigkeit, andere demokratische Rechte zu verteidigen und zu erweitern, darunter das Recht der Frauen auf Schwangerschaftsabbruch, Gleichstellung von LGBTQ+ und der Geschlechter auf staatlicher und regionaler Ebene. Es muss eine antifaschistische Einheitsfront der ArbeiterInnenklasse, einschließlich Verteidigungsgruppen, gebildet werden, um ArbeiterInnen im Kampf oder MigrantInnen unter Beschuss zu schützen.

Krise der Führung der

ArbeiterInnenklasse

Die Krise der Europäischen Union, , Liga für die Fünfte Internationale, Kapitel 6, Broschüre der Gruppe ArbeiterInnenmacht, April 2019

Der Aufstieg der Rechten wäre ohne die Niederlagen der ArbeiterInnenbewegung und der antirassistischen und sozialen Kräfte unmöglich gewesen. Diese Niederlagen sind selbst eindeutig das Ergebnis der verräterischen Politik der FührerInnen und des Apparats der ArbeiterInnenbewegungen in Europa.

Die Sozialdemokratie hat längst eine Rechtskurve hinter sich. Unter Tony Blair und Gerhard Schröder gab sie „traditionelle“ keynesianische soziale Reformen und Verbesserungen auf und akzeptierte die Parameter der neoliberalen Agenden. Diese Politik verlangte von ihnen, die reformistischen, sozialdemokratischen und Labour-Parteien unabhängiger von den Gewerkschaften und ihrer ArbeiterInnenbasis, von ihren sozialen und historischen Verbindungen zur ArbeiterInnenbewegung zu machen. Obwohl die reformistischen FührerInnen in Parlamenten und Apparaten einen langen Weg gegangen sind, um diese Verbindung zu lösen und zu brechen, ist es den meisten von ihnen letztendlich nicht gelungen, dies zu tun.

Eine wichtige Ausnahme ist die ehemals größte kommunistische Massenpartei Europas, die italienische, die, immer schon eine der reformistischsten, sich „erfolgreich“ in eine linke, offen bürgerliche Partei verwandelt hat und mit einem Teil der Christdemokratie verschmolzen ist. Sie führte den italienischen Kapitalismus so sehr im Interesse der Bourgeoisie und der EU, dass sie damit die Voraussetzungen für den Aufstieg der Fünf-Sterne-Bewegung und der neuen rechten Regierung schuf.

In den meisten Teilen Europas haben die

sozialdemokratischen Parteien jedoch ihre Verbindungen zur ArbeiterInnenbewegung aufrechterhalten, was auch die gelegentlichen demagogischen und letztlich leeren sozialen Versprechungen eines Hollande und der französischen PS oder in jüngster Zeit der spanischen PSOE ermöglicht hat. Der Aufstieg von Jeremy Corbyn in der britischen Labour-Partei und ihre Massenrekrutierung von Hunderttausenden hat jedoch auch gezeigt, dass sich die traditionellen reformistischen, bürgerlichen ArbeiterInnenparteien unter bestimmten Bedingungen sogar nach links entwickeln und zu einer Attraktion für ArbeiterInnen und Jugendliche werden können.

Die meisten der traditionellen reformistischen Parteien bleiben jedoch der bürgerlichen Mainstreampolitik verbunden.

Bestenfalls befürworten sie ein „soziales“ und „reformiertes“ Europa, das eine Wirtschaftspolitik zur Förderung von Investitionen, Wachstum und Beschäftigung einführen und Investitionen in Bildung, Gesundheit, Infrastruktur und Umwelt finanzieren soll. Kurz gesagt, sie schlagen einen „New Deal“ für Europa vor, der die kapitalistische Vereinigung auf der Grundlage einer staatlichen Intervention zur Schaffung von Formen des „europäischen Kapitals“ verstärken und gleichzeitig einige Mindestrechte für ArbeiterInnen, Jugendliche, Frauen und unterdrückte Minderheiten einführen soll.

Außen- und internationalpolitisch sind sie für ein starkes vereintes Europa, eine europäische „Verteidigung“ und eine noch „aktivere“ Außenpolitik, um „Demokratie“ und eine „Weltwirtschaft“ zu sichern. Ihr Europa, auch wenn es einige Verbesserungen für die europäischen ArbeiterInnen zugestehen sollte, ist eigentlich ein sozialchauvinistisches und imperialistisches Europa, das die Migration „regelt“, seine Grenzen verteidigt, seine bestehenden Militär- und Polizeikräfte aufbaut oder verteidigt oder sogar ihre „Modernisierung“ fordert, um Europa gegen Trump und/oder Putin zu verteidigen.

Trotz ihres vermeintlichen „Europäismus“ bleiben die FührerInnen der Sozialdemokratie jedoch ebenso wie „ihre“

herrschenden Klassen auf das nationale Terrain orientiert. Während der großen Krise, als die EU und der Internationale Währungsfonds die griechischen und südeuropäischen ArbeiterInnen auf Rationierung setzten, unterstützten sie ihre Bourgeoisie und die EU-Kommission. Sie haben zwar den deutschen Finanzminister

Wolfgang Schäuble als etwas zu hart kritisiert, aber jede Opposition gegen ihn abgelehnt und schließlich für die der Regierung Syrizas auferlegten EU-Verträge gestimmt.

Wie die Corbyn-Bewegung aber beweist, können solche Parteien unter bestimmten Bedingungen nach links gehen und ein linkes reformistisches Programm verabschieden, das sogar eine Verstaatlichung und eine ganze Reihe von sozialen Reformen verspricht. Aber, wie selbst die Labour

Party und Corbyns linke AnhängerInnen zeigen, sind sie nicht bereit oder vorbereitet für einen entscheidenden Bruch mit den Rechten in ihren eigenen Parteien, selbst wenn diese massive Sabotage betreiben. Was sie in der Regierung tun würden, kann man sich leicht vorstellen.

Dies ist eine Folge ihrer politischen

Strategie, nicht des Charakters ihrer FührerInnen. Ihr Programm erfordert eine parlamentarische Mehrheit, und um diese zu erreichen oder aufrechtzuerhalten, müssen sie nicht nur den rechten Flügel „an Bord“ halten, sondern auch den GewerkschaftsführerInnen und der Bourgeoisie selbst versichern, dass sogar eine von den linken ReformistInnen geführte Regierung nicht „zu weit“ gehen und zu Kompromissen bereit sein würde. Sie versichert der ArbeiterInnenbürokratie und der Bourgeoisie, dass die Bewegung unter ihrer Führung nicht mit revolutionären Mitteln mit dem bürgerlichen Staat und der herrschenden Klasse brechen würde. Deshalb hat die Corbyn-Führung in der Frage der Kontrolle der Parteimitglieder über

die Abgeordneten den Rechten zugestimmt, hat eine demokratische Entscheidung über die Brexit-Politik behindert und gleichzeitig die Unterstützung der Freizügigkeit (Niederlassungsrecht für Beschäftigte in allen EU-Staaten) aufgegeben. Sie hat es zeitweilig sogar der Premierministerin Theresa May ermöglicht, die Initiative wiederzuerlangen.

Angesichts des Rechtsrucks in Europa und der sich verschärfenden Krise müssen sich die RevolutionärInnen auf die Mitglieder und AnhängerInnen dieser Parteien beziehen, da sie immer noch die Masse der organisierten ArbeiterInnenklasse des Kontinents repräsentieren und immer noch die Mehrheit der Gewerkschaften anführen und dominieren. Kein erfolgreicher Kampf gegen die aktuellen und kommenden Angriffe wird möglich sein, ohne diese ArbeiterInnen zum Handeln zu bewegen.

Daher müssen RevolutionärInnen eine unerbittliche Kritik an der Politik, den Programmen und den Anpassungen dieser Parteien an die Bourgeoisie mit der Aufforderung an sie verbinden, gegen die nationalen und europäischen KapitalistInnen zu mobilisieren. Das bedeutet, zu verlangen, dass sie mit der Bourgeoisie brechen, wenn sie an der Regierung sind, und jede Koalition mit den Parteien der herrschenden Klasse ablehnen. Sie sollten die Linke in diesen Parteien in ihrem Kampf gegen die Rechte unterstützen und von ihr entschlossenes Handeln verlangen, aber, wie das Beispiel von Labour oder anderen Parteien zeigt, dürfen sie dies nicht mit der Anpassung an das Programm und die Strategie der linken ReformistInnen verwechseln.

Jede Unterstützung muss sehr kritisch und darauf ausgerichtet sein, das Gehör des ArbeiterInnenanhangs dieser Parteien zu finden, um ihn davon zu überzeugen, mit dem Reformismus als solchem zu brechen und für ein revolutionäres Programm zu gewinnen.

In vielen Ländern hat die Krise der Sozialdemokratie oder der alten „kommunistischen“, d. h. stalinistischen Partei, zur Gründung von „linken Parteien“ geführt, Parteien mit einem linken reformistischen Programm. Wie das Beispiel von Syriza in der Regierung gezeigt hat, unterscheiden sich diese Parteien qualitativ nicht von den etablierten reformistischen Parteien. Sie sind weder willens noch bereit, mit der Bourgeoisie und dem europäischen Kapital zu brechen, wenn ein revolutionärer Bruch erforderlich ist.

Trotz der Krise der europäischen Sozialdemokratie waren diese linken Parteien jedoch selbst nicht in der Lage, die Masse der ArbeiterInnenklasse in den meisten Ländern außerhalb Griechenlands zu gewinnen. Ein Grund dafür ist, dass sie letztendlich keine strategische, programmatische Alternative zum Programm der Hauptspielart des Reformismus bieten. Wenn die größere reformistische Partei „plötzlich“ nach links geht, sind die linken ReformistInnen schwer zu unterscheiden. Zweitens haben sich solche Parteien immer wieder geweigert, die Führung und Hegemonie der Sozialdemokratie in den Gewerkschaften und ArbeiterInnenorganisationen in Frage zu stellen und haben dadurch oft sogar schwächere organische Verbindungen zur Klasse.

Während sich die sozialdemokratischen Parteien selbst bisher generell an die „proeuropäischen“ Teile ihrer herrschenden Klassen angepasst haben, sind die europäischen Linksparteien in dieser Hinsicht gespalten. Ein wichtiger Teil imitiert die Politik der Sozialdemokratie, wenn auch in einer eher linken Version. Er fordert die „Umwandlung“ der EU in eine soziale, demokratische Einheit mit Wohlfahrt, Verstaatlichung wichtiger Wirtschaftssektoren und einer „humanitären“ oder „friedlichen“ Globalpolitik. Er lehnt die NATO ab und ruft auch zur „Abrüstung“ auf, d. h. zu einer sozialpazifistischen und nicht zu einer offen sozial-chauvinistischen Politik.

Als ReformistInnen ist ihre Strategie für den Wandel jedoch letztendlich eine parlamentarische, die versucht, Europa über die bestehenden, wenn auch demokratisierten Institutionen der bürgerlichen Staaten zu verändern.

Während dieser Flügel des europäischen linken Reformismus eindeutig sozial mit der ArbeiterInnenklasse verbunden und organisch damit vernetzt ist, sind auch Formen eines europäischen linken Populismus entstanden, sowohl in den Formen „Pro-EU“ als auch „Anti-EU“.

Einerseits gibt es die kleine „Demokratie in Europa“-Bewegung 2025, kurz DiEM25, um den ehemaligen griechischen Finanzminister Yanis Varoufakis. Mit 60.000 Mitgliedern aus der gesamten Europäischen Union sieht diese den Feind im „finanzialisiertes“ globalen Kapital. In ihrem Manifest wird über den demokratischen Wiederaufbau der EU von unten durch eine „radikale“ Demokratisierung und „die Neuaufstellung bestehender Institutionen durch eine kreative Neuinterpretation bestehender Verträge und Charten“ gesprochen, die in den Wahlen zu einer „verfassunggebenden Versammlung“ gipfeln sollen. Es stellt eine eklektische Mischung aus utopischen und reformistischen Forderungen wie einem universellen Grundeinkommen und Beteiligungshaushalten dar. Als Agentur, die dies erreicht, sieht DiEM25 nicht die ArbeiterInnenbewegung, sondern „das Volk“. In der Tat erweist sich dieses „Volk“ als der akademische Mittelstand.

Andererseits hat eine Spaltung in der Europäischen Linkspartei zur Bildung einer linkspopulistischen europäischen Allianz geführt, die „Maintenant le Peuple“ (Jetzt das Volk) um La France Insoumise (Unbeugsames Frankreich) herum, mit dem Parti de Gauche (Linkspartei), dem spanische Podemos, dem portugiesischen Bloco de Esquerda (Linksblock), der schwedische Vänsterpartiet (Linkspartei) und der dänische Enhedslisten (Einheitsliste Rot-Grün). Im Gegensatz zur Europäischen Linkspartei kämpfen sie für eine offene Ablehnung der EU von Seiten der „Linken“ und für den Austritt aus der EU. Sie sind der Ansicht, dass ein Reformprogramm nur außerhalb der EU und mit der Rückkehr zur „nationalen Souveränität“ durchgeführt werden kann.

Die Allianz „Jetzt das Volk“ versucht die Rechten in ihrer Ablehnung der EU zu übertreffen, auch wenn die Alternative, zurück zum Nationalstaat, die gleiche ist. Hier wird die Illusion verbreitet, dass es im Nationalstaat bessere Kampfperspektiven gebe, dass die ArbeiterInnenbewegung und der Mittelstand da „mehr“ herausholen könnten als aus dem bürokratischen Monster EU. In diesem Sinne gibt es gewisse

Überschneidungen

dieser linken PopulistInnen mit ihren GegnerInnen, den rechten PopulistInnen. Diese Anpassung an den populistischen Trend der bürgerlichen Klasse ist nicht verwunderlich, da sowohl Mélenchon als auch die Europäische Linke bürgerliche Politik innerhalb der ArbeiterInnenbewegung vertreten und sich als „vernünftige“ Alternative für das jeweilige nationale Kapital verstehen.

Wagenknechts Rückzug - Linkspopulismus am Ende?

Tobi Hansen, Neue Internationale 236, April 2019

Offiziell begründete Fraktionschefin Wagenknecht ihren Rückzug aus dem „Aufstehen“-Vorstand gesundheitlich. Eine zwei Monate andauernde Krankheit hätte ihr Grenzen aufgezeigt, an die sie nicht mehr stoßen wolle. Ein politischer Mensch wolle sie bleiben und weiter für ihre Überzeugungen eintreten - natürlich unter Beibehaltung ihres Mandats.

Der Rückzug

Darüber sprach sie wenige Tage später bei „Anne Will“ mit dem Fokus auf jene Beschäftigten, die sich eben wegen Überlastung, Stress und Burnout nicht einfach von einem Job zurückziehen können. Schließlich haben diese weder Mandat noch Vermögen, so dass sie sich einen „Rückzug“ einfach nicht leisten können. Seitdem war Frau Wagenknecht recht präsent in den bürgerlichen Medien. Bei der „Welt“ oder beim „Stern“ teilte sie vor allem gegen den aktuellen Vorstand aus, setzte de facto ihren Kampf medial fort.

Hauptpunkt von Wagenknechts Angriff auf den Vorstand war der vorgebliche Unterschied in der Zielgruppe der Linkspartei:

„Es gibt zwei Konzepte linker Politik. Entweder man konzentriert sich auf die akademisch geprägten großstädtischen Milieus – den Weg ist die Parteiführung in den letzten Jahren gegangen. Oder man bemüht sich um die abstiegsbedrohte Mittelschicht und die Ärmere.“

Wagenknecht weiter: „Eine Linke, die von den Menschen, denen der Raubtierkapitalismus am übelsten mitspielt, nicht mehr gewählt wird, hat ihre Seele verloren.“ (<https://www.stern.de/politik/deutschland/sahra-wagenknecht-im-stern-politik-ist-eine-schlangengrube-8628780.html>)

Bislang folgte nur Sevim Dagdelen ihrer Verlautbarung, für führende Funktionen der Fraktion nicht mehr zu kandidieren. Ansonsten bleiben Rücktrittsankündigungen auch aus dem Wagenknecht-Lager aus. Der Parteivorstand hält sich bislang eher zurück. Während Riexinger noch auf Wahlkampfauftritte von Wagenknecht 2019 hofft, wird inhaltlich nicht weiter geantwortet. Offenkundig setzt man darauf, dass sich der Streit um die von Wagenknecht und Co. forcierte linkspopulistische Neuausrichtung mit ihrem Rückzug von selbst erledigt.

Eine wirkliche inhaltliche Debatte will schließlich auch die derzeitige Führung nicht. Sie käme nur zu leicht in Bedrängnis angesichts der Tatsache, dass man sich die „offenen Grenzen“ auf die Fahne schreibt, während die Landesregierungen in Berlin, Brandenburg und Thüringen weiter fleißig abschieben und den staatlichen Rassismus umsetzen. Ähnliche Doppelbödigkeit gilt bekanntlich für die Frage des Braunkohleausstiegs oder verschärfter Polizeigesetze wie jüngst in Brandenburg.

Bei der Frage der „Milieus“ ist bezeichnend, dass die Lohnabhängigen im Konflikt zwischen Wagenknecht und dem Vorstand kaum erwähnt werden. Er erscheint eher als Stadt-Land-Konflikt nach dem Motto: hier die „Hipster-Linke“ Kipping und dort Wagenknecht, die sich um die Rentnerin vom Dorf kümmert.

Ungelöst

Das wesentliche Problem der Linkspartei wird von beiden reformistischen Führungscliquen nicht gelöst - sie hat keine Alternative zum Kapitalismus und zum „Mitregieren“. Dabei haben von Letzterem weder die „großstädtischen Milieus“ noch die „abstiegsbedrohte Mittelschicht und die Armen“ Nutzen ziehen können. Im Gegenteil, die Mitverwaltung des Kapitalismus durch die Linkspartei unterscheidet sich praktisch nicht von jener der SPD oder der Grünen.

Als „Lösung“ wollte Wagenknecht mit der Sammlungsbewegung „Aufstehen“ die gesellschaftlichen Mehrheiten kippen. Die Bewegung sollte Druck auf die Linkspartei machen und zugleich eine rot-rot-grüne Bundesregierung vorbereiten, indem „Stimmung“ für eine andere Politik mit Wagenknecht als Galionsfigur gemacht würde. Viele derjenigen, die ihr per Mail und „sozialen Medien“ folgten, sahen in Wagenknecht immer noch die „linke“ Alternative zum Vorstand, diejenige, die wirklich SPD und Grüne angreife, die anstelle von Agenda 2010 und Hartz IV eine „wirklich soziale“ Politik setzen würde.

Mit „Aufstehen“ sollten nicht nur die Ausrichtung und Kräfteverhältnisse in der Linkspartei verändert werden, auch die gescheiterte Politik der Sozialdemokratie, den Kapitalismus zu zügeln, die Marktwirtschaft sozial auszugestalten, wurde wieder aufgelegt.

„Aufstehen“ vor der Implosion

Mit ihrer „Sammlungsbewegung“, dem 170.000 Personen umfassenden Mailverteiler und einem „professionellen“ Trägerverein von „Aufstehen“ wollte Wagenknecht sich eben um die abstiegsbedrohten Mittelschichten und die Ärmern kümmern. Aber auch dort trat sie aus dem politischen Vorstand zurück. Als Reaktion darauf sind jetzt erst mal alle Führungsmitglieder, die nicht in der Linkspartei waren, ausgetreten. Der Ex-SPD-Bundestagsabgeordnete Bülow versucht sich mit einer „Aktionsplattform“, während der Grüne Volmer zum Hintergrund des permanenten Konflikts zwischen dem Vorstand und dem Trägerverein kundtat, dass es eine Kontroverse gegeben habe, „ob Aufstehen eine sich von unten frei entfaltende, parteiunabhängige Bewegung mit offener strategischer Zielsetzung oder eine politische Vorfeldorganisation einer bestimmten Strömung der Partei Die Linke sein sollte.“ (www.taz.de/!5582420/)

Den Trägerverein leitet weiterhin Dramaturg Bernd Stegemann.

Hier sammelt sich Geld und Einfluss und hier sollte wohl beschlossen werden, was man in der Linkspartei nicht durchsetzen konnte, nämlich die Forderung nach

„offenen Grenzen“ zu streichen. Dementsprechend handelte der Trägerverein auch

als politische Führung. Die Benennung eines politischen Vorstands Anfang des Jahres entsprach eher dem Versuch, überhaupt eine vom Verein formal unabhängige

Spitze der Bewegung nach außen präsentieren zu können, die nicht nur aus „PrätorianerInnen“ und „Fans“ der Wagenknecht bestanden.

Verein wie Sammlungsbewegung dienten beide auch und vor allem als Fußtruppen für Wagenknecht und Lafontaine. Dass dies besonders parteipolitisch motiviert ist in Bezug auf die Linkspartei, wurde spätestens klar, als Wagenknecht offiziell die #unteilbar-Demonstration im Herbst 2018 ablehnte. Während mit Volmer und SPDlerInnen wie Hudson Berlin zumindest als „Aufstehen“ repräsentiert war, wollte die Galionsfigur der

„Sammlungsbewegung“

nichts mit den 240.000 auf der Straße zu tun haben. Offiziell wurde dies damit begründet, dass sich die Demonstration faktisch für „offene Grenzen“ ausgesprochen hätte, was leider im #unteilbar-Aufruf gar nicht gefordert worden war. Garniert wurde das mit kruden nationalistischen Theorien über offene Grenzen, das Finanzkapital, und dass Soros die ganze Geflüchtetenbewegung über NGOs anheize oder gar steuere.

Ob Wagenknecht solche Theorien teilt, ist nicht bekannt. Bei Herrn Stegemann besteht in jedem Fall ein Nahverhältnis zu solchen reaktionären Positionen. In seinem aktuellen Buch „Die Moralfalle - für eine Befreiung linker Politik“ bekennt er sich nicht nur zur „guten, alten“ sozialdemokratischen Wohlfahrtspolitik, sondern auch dazu, dass ein Teil der ArbeiterInnenklasse, nämlich MigrantInnen und Geflüchtete, von ihr ausgegrenzt wird. Offene Grenzen und mangelnde Integration der Geflüchteten gefährdeten diesen „hochdifferenzierten Wohlfahrtsstaat“, ja machten ihn de facto unmöglich.

Klassenbegriff?

Gleichzeitig wird beklagt, dass der „Klassenbegriff“ beschädigt worden sei und niemand mehr eine „soziale Idee“ hätte - außer vielleicht Frau Wagenknecht, für die die ArbeiterInnenklasse in erster Linie eine nationale Klasse darstellt. Es mutet schon obskur an, wenn eine Strömung wie „Aufstehen“, die sich von der Klassenpolitik Richtung Populismus verabschiedet, die „Beschädigung“ eines Klassenbegriffes beklagt, den sie längst an der Garderobe zur Populismusbühne abgelegt hat.

Natürlich ist „Aufstehen“ nicht wegen Wagenknecht und nicht wegen des Dualismus von Verein und Vorstand zerbrochen. Das Projekt scheiterte

sicherlich auch an einer guten Dosis Dilettantismus, wie sich an den kläglichen Mobilisierungen ablesen ließ.

„Aufstehen“ hat keine einzige Initiative gestartet, kaum eine Mobilisierung zu Stande gebracht, die nur annähernd an die Größe ihrer Maillisten herangekommen wäre. Außerhalb von Talkshows und Saalveranstaltungen fand die „Bewegung“ nicht statt. Ein Aktionstag der Friedensbewegung wurde zwar gekapert, nicht zuletzt, weil viele „Friedensbewegte“ der Linkspartei bei „Aufstehen“ waren. Bei einer zentralen Kundgebung mit Sahra Wagenknecht versammelten sich gerade 1.000 Menschen vor dem Brandenburger Tor und der „Buntwesten“-Aktionstag riss bundesweit keine 5.000 vom Hocker.

Währenddessen gingen Hunderttausende bei „Friday for Future“ oder den Warnstreiks im öffentlichen Dienst auf die Straße – hier spielte „Aufstehen“ keine Rolle. In Karlsruhe entscheiden RichterInnen über die Frage der Hartz-IV-Sanktionen, die Millionen in Armut getrieben haben, und wo ist „Aufstehen“? Aktuell gibt es eine Online-Fragestunde mit der Tante Sahra, wie auch das „Team Sahra“ wieder verstärkt in den virtuellen Vordergrund rückt.

Im Hintergrund sprach Lafontaine vor einiger Zeit noch über die möglichen wahltechnischen Ambitionen von „Aufstehen“ z. B. zur EU-Wahl, diese seien aber erst mal ad acta gelegt. Schließlich wolle man keine „Spaltung der Linken“.

In Wirklichkeit wollten Lafontaine und Wagenknecht mit „Aufstehen“ ein Mittel an die Hand bekommen, das sowohl als Pressure-Group für die Linkspartei dient wie als mögliches „unabhängiges“ Projekt für den Fall einer Spaltung. Funktionieren konnte diese natürlich nie als „Bewegung“ oder „von unten“, sondern es bedurfte immer einer bürokratischen Lenkung von oben und der Verkörperung der Bewegung in einer unumstrittenen Führungsfigur, eben

in Sahra Wagenknecht. Ohne Star ist daher wohl auch die Luft raus aus dem Fan-Club. Sicherlich kann „Aufstehen“ weiter vor sich hindümpeln, Karteien verwalten

und so tun, als würde man sich jetzt um die „Basisarbeit“ kümmern. Raus kommt dabei - unabhängig von den Intentionen etlicher Mitglieder - allenfalls ein Fanclub, der auf die Rückkehr des Stars wartet, sollte sich Wagenknecht zu einem Rückzug vom Rückzug entscheiden.

Zukunft?

Ob es dazu kommt oder nicht, hängt in erster Linie von der Entwicklung der Linkspartei, genauer von deren Abschneiden bei den nächsten Wahlen ab. Sollten die Europa- und anstehenden Landtagswahlen verloren gehen, so wird der Vorstand massiv unter Beschuss geraten. Das könnte den Boden für ein Comeback von Sahra Wagenknecht bereiten - sei es in Form einer Führungsrolle in der Linkspartei samt politischer Neuausrichtung oder eines wiederbelebten linkspopulistischen Konkurrenzprojektes.

Die „Realpolitik“ der Linkspartei wird in jedem Fall weiter Unglaubwürdigkeit, Halbherzigkeit hervorbringen. Die links-reformistischen Versprechungen von Vorstand und Fraktion werden ihre Grenzen an der Regierungspolitik in den Bundesländern und dem biedereren Parlamentarismus der Partei finden. Solcherart werden ihre inneren Widersprüche immer wieder den Boden bereiten, in dem der Linkspopulismus einer Wagenknecht Wurzeln schlagen konnte.

Die Linke in der Linkspartei müsste dem eigentlich eine entschieden revolutionäre Politik des Bruchs mit dem Reformismus entgegenstellen. Genau das tut sie aber seit Jahren nicht. Vielmehr suchte und sucht sie Allianzen, Kompromisse, Zusammenarbeit mit dem linken Flügel des Vorstandes und ordnet sich diesem unter, so wie der „linke“ Vorstand die

Realpolitik der Landesregierungen in Berlin, Brandenburg und Thüringen toleriert oder verteidigt.

Solange die Linke in der Linken selbst keinen Kurs auf einen revolutionären Bruch mit allen Schattierungen des Reformismus verfolgt, spielt sie letztlich nur die Rolle einer integrierenden Schein-Opposition. Sie deckt damit nicht nur den Vorstand politisch, sie erleichtert, ja ermöglicht es erst einem Linkspopulismus, sich als „echte Opposition“ zum Realo-Kurs des Parteivorstandes zu inszenieren. Auch mit dem absehbaren Scheitern von „Aufstehen“ ist daher die Gefahr des Linkspopulismus keineswegs gebannt.

Der Westen und Venezuela: „Demokratische“ Heuchelei

Susanne Kühn, Neue Internationale 235, Februar 2019

Bundesregierung und EU schlossen sich rasch der Unterstützung der pro-imperialistischen, rechten Opposition in Venezuela an. Die USA und ihre engsten Verbündeten erkannten den selbsternannten „Interimspräsidenten“ Guaidó innerhalb kürzester Zeit an und machten deutlich, dass sie sich mit nichts weniger als dem Sturz von Maduro und seinem Regime zufriedengeben wollen. In Washington und bei der „demokratischen“ Opposition wird offen ein militärisches Eingreifen erwogen.

Das Kabinett Merkel und die EU schlugen - wie so oft - einen scheinbar mehr vermittelnden Weg ein. Maduro wurde ursprünglich eine „Frist“ von einer Woche eingeräumt. Sollte er bis dahin unter dem Druck von Diplomatie,

Sanktionen und kriegerischen Drohungen keine „freien Wahlen“ ausgerufen haben,
so würden auch sie den „Demokraten“ Guaidó anerkennen.

Der Unterschied zwischen den beiden Mächten besteht in den Mitteln. Während die einen auf die sofortige Kapitulation und den Rücktritt Maduros setzen, schlagen die anderen „schrittweise“ durch Neuwahlen vor. Nachdem sich Venezuela weigerte, der Erpressung durch die EU folge zu leisten, erkannte sie auch Guaidó an.

Beide imperialistische Mächte eint schließlich das Ziel: Aufräumen mit den „Roten“, mag sich ihr „Sozialismus“, ihre Wirtschaftspolitik, ihr Regime auch noch so weit von einer realen sozialen Umwälzung entfernt haben. Die USA erhoffen sich von einer Zuspitzung und direkten Konfrontation, ihre traditionelle Dominanz wiederherzustellen zu können. Deutschland und die EU setzen auf „Verhandlungen“, um so bei der Neuaufteilung des Landes auch ein bisschen mitzureden.

Die Sorgen um „Demokratie“, „Menschenrechte“ und die Zivilbevölkerung sind nicht nur vorgeschoben, sie sind auch unglaubwürdig wie selten: kaum ein/e rechte/r, populistische/r PolitikerIn aus der „westlichen Wertegemeinschaft“, der/die Guaidó nicht als Vertreter seiner/ihrer „Demokratie“ auszumachen weiß. Die SachwalterInnen der „Demokratie“ – ob nun rechts-populistisch, liberal, grün oder sozialdemokratisch – verschließen ihre Augen vor der Gefolgschaft eines Guaidó, vor seinen Zielen, vor den Klasseninteressen, die er vertritt. Sie verkommen zu mehr oder weniger enthusiastischen Gefolgsleuten von Trump, Pence und Pompeo, zu nützlichen IdiotInnen des US-Imperialismus oder zynischen Gefolgsleuten der schwächelnden EU.

Wie rasch sich die Lage weiter zuspitzt, ob es den westlichen Mächten gelingt, bedeutende Teile des Militärs auf ihre Seite zu ziehen, werden die kommenden Tage und Wochen zeigen. Die Linke, die Gewerkschaften, alle ArbeiterInnenorganisationen müssen sich in dieser entscheidenden Phase ohne Zögern gegen jede imperialistische Einmischung und Intervention, ob durch Diplomatie, Sanktionen oder Waffengewalt, stellen. Sie dürfen zugleich dem Regime Maduro keinen politischen Blankoscheck ausstellen oder Kritik an seiner Politik verheimlichen. Aber ein Sieg der Rechten und der imperialistischen Mächte würde für die ArbeiterInnenklasse und die Masse der Bevölkerung eine Niederlage mit enorm reaktionären Auswirkungen auf ganz Lateinamerika bedeuten. Daher: Nein zur „demokratischen“ Heuchelei! Hände weg von Venezuela!

Europaparteitag der Linkspartei: Zwischen Reformismus, Populismus und Illusionen

Tobi Hansen, Neue Internationale 235, Februar 2019

Vom 22. bis 24.

Februar 2019 tagt der Europaparteitag in Bonn. Nach der Spaltung der europäischen Linkspartei (ELP) im Sommer 2018 droht die Wahlliste „Für das Volk“

um Mélenchons „France insoumise“ (FI; Unbeugsames Frankreich) und Podemos aus

Spanien die ELP (Europäische Linkspartei) ziemlich massiv Stimmen zu kosten. Die deutsche Linkspartei wird zur diesjährigen Europawahl „noch“ geeint

antreten. Das liegt sicherlich auch am bislang eher bescheidenen Erfolg und an geringer Präsenz von „Aufstehen“ – einem linkspopulistischen Projekt, das von Wagenknecht und Lafontaine ins Leben gerufen wurde und nun nicht weiterkommt,

weil es einerseits als Druckmittel ihrer Galionsfiguren in der Linkspartei fungieren, andererseits als mögliches Parteiprojekt in Reserve gehalten werden soll. Daran droht „Aufstehen“ zugrunde zu gehen. Als Mittel, auch der Wagenknecht-Fraktion Plätze auf der EU-Wahlliste zu sichern, dürfte es aber funktioniert

haben. Schließlich konnten sich die konkurrierenden Strömungen in Parteiführung

und Parlamentsfraktion zumindest auf eine Verteilung der Posten im Proporz einigen.

Das bisherige

EU-Parlamentsmitglied Martin Schirdewan vertritt die Mehrheitslinie des Vorstandes, die Spitzenkandidatin Özlem Alev Demirel aus Nordrhein-Westfalen und Mitglied von „Aufstehen“ repräsentiert das Lager Wagenknechts.

Während der

Proporz zwischen den Flügeln der Partei – zumindest wenn es nach deren Spitzen geht – kein größeres Problem bis zur Wahl am 26. Mai darstellen sollte, bleibt die Frage, welche Perspektive gegen Rechtsruck, Rassismus, Militarisierung und kommende Wirtschaftskrise die Europäische Linke vertritt. Da die deutsche Linkspartei die stärkste und tonangebende Kraft innerhalb der ELP darstellt, steht sie auch programmatisch und taktisch für deren Kurs.

Welches Programm, welches Europa?

Bei der Wahlen

zum Europaparlament werden in Deutschland „links“ nur vergleichsweise

schwache

konkurrierende Listen kandidiert. DiEM 25 (Democracy in Europe Movement 2025;

Bewegung für Demokratie in Europa 2025) tritt mit dem ehemaligen griechischen Finanzminister Yanis Varoufakis als Spitzenkandidaten an. Aufgrund der fehlenden „Sperrklausel“ für EU-Wahlen ist davon auszugehen, dass sie zumindest

den Erfolg erzielt, den letztes Mal die Satire-Truppe „Die Partei“ eingefahren hat und vor DKP und MLPD landen wird.

Der

Programmentwurf der Linkspartei wirkt über weite Strecken wie eine Neuauflage dessen zu den letzten Europawahlen. Er stellt einen Neuaufguss des alten, „bewährten“ Linksreformismus dar.

Die EU in ihrer

derzeitigen Verfassung wird abgelehnt. Stattdessen fordert der Programmentwurf einmal mehr trotzig einen „Neuanfang“ und beschwört ein soziales, ökologisches, demokratisches, weltoffenes, friedliches, feministisches usw. usf. Europa.

Richtigerweise lehnt es die Linkspartei zwar ab, „Europa“ den Rechten und Neoliberalen zu überlassen. Ihre Alternative kommt freilich nicht über das Versprechen einer anderen, „entschlossenen“ links-keynesianischen

Wirtschaftspolitik hinaus, der Überführung öffentlicher Dienstleistungen und von „Kernsektoren“ der Ökonomie in Gemeineigentum. Offen bleibt aber schon hier, durch wen und auf welche Weise eine solche Politik durchgesetzt werden soll.

So bleibt letztlich nur die Nutzung der bestehenden Institutionen der EU und der bürgerlichen Nationalstaaten, um auf Basis „anderer gesellschaftlicher Mehrheiten“ „linke“ Regierungsbündnisse herbeizuführen, die sodann „soziale Gerechtigkeit“, Ausgleich zwischen den Klassen und verschiedenen Nationen herstellen sollen.

Vom

Klassenkampf, von der entschädigungslosen Enteignung der „Kernsektoren“, von

ArbeiterInnenkontrolle und einer planwirtschaftlichen Umgestaltung der Wirtschaft, also vom Brechen der Macht der herrschenden Klassen, ist im „linken“ Programm selbstverständlich keine Rede.

An diesem Punkt

handelt es sich ausnahmsweise auch um keinen Formelkompromiss der sich bekämpfenden Strömungen der Linkspartei, von linken ReformistInnen, RegierungssozialistInnen und PopulistInnen, sondern um einen „echten“ Konsens. Die Marktwirtschaft als solche stellt das Programm ebenso wenig in Frage wie den bürgerlichen Staat. Die lange Liste von sozialen, gewerkschaftlichen und politischen Forderungen, von denen die meisten durchaus unterstützenswert sind,

stellt keine Plattform zur Mobilisierung gegen Rechtsruck und Neoliberalismus, gegen Rassismus und Aufrüstung dar, sondern einen Wunschzettel, für den ohnedies niemand auch nur einigermaßen ernsthaft kämpfen will.

So können die

RegierungssozialistInnen und KoalitionärInnen aus Thüringen, Berlin und Brandenburg dem Text zustimmen, obwohl er selbst der Politik dieser Landesregierungen widerspricht. Auch Sahra Wagenknecht und Co. finden sich mit

einem unverbindlichen Bekenntnis zu offenen Grenzen ab, wenn es heißt: „Kein Mensch ist illegal! Wir wollen gerechte Lebensverhältnisse und offene Grenzen für alle Menschen. Das Recht auf Bewegungsfreiheit darf nicht vom Zufall der Geburt oder der ökonomischen Verwertbarkeit abhängig sein.“

Papier ist in

der Linkspartei bekanntlich geduldig – und ihr innerer „Flügelkampf“ nimmt angesichts des Wahlparteitages vor allem die Form von Absprachen bei den Listenplätzen an. Differenzen sollen dabei unter den Tisch gekehrt werden.

Auf dem Parteitag

wird wohl ein Programm angenommen werden, das am ehesten noch die

Handschrift

der Vorsitzenden Riexinger und Kipping trägt, die für das gewerkschaftliche und bewegungsorientierte Gewissen der Partei zuständig sind. Die AnhängerInnen der Regierungsbeteiligungen und des Links-Populismus werden sich damit leicht abfinden können. Schließlich verpflichtet das Programm zu - nichts.

Und die Linken?

Das ist auch den

„Linken“ in der Partei nicht entgangen. Thies Gleiss, Mitglied des Bundesvorstands und der „Antikapitalistischen Linken“, fasst zum Europaparteitag Folgendes zusammen:

„Die LINKE hat generell Probleme, ihre Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren, bei den Europawahlen kommt dies besonders zum Zug.

Der Grund dafür

ist, dass die Positionen der LINKEN zur EU sehr heterogen, strategielos und ohne politisches Projekt sind. Mehr als früher wird der Gegensatz zwischen EU-Modell und der Wirklichkeit vorgeführt.

Wie soll es angesichts dessen, was die Menschen jeden Tag erleben, auch anders sein? Aber dieser Gegensatz wird steril und eher als akademische Synopse aufgeschrieben, die immer wieder beteuert, dass die LINKE natürlich für die EU sei, aber eben für eine andere.“ (<https://www.antikapitalistische-linke.de/?p=2934>)

Richtigerweise

kritisiert die AKL die Strategielosigkeit und das Fehlen eines „politischen

Projekts“. Ebenfalls wird dargestellt, wie das aktuelle Programm „Altbewährtes“ wiederholt und die Widersprüche der Lager widerspiegelt. Aber die AKL selbst stellt dem wenig Konkretes entgegen. Irgendwie wird ein Europa „von unten“ beschworen und festgestellt, dass die Austeritätspolitik bekämpft werden soll. Europäische Aktionstage wie der Frauenstreik 2019 werden positiv hervorgehoben.

So weit, so gut. Doch neben der Forderung eines Austrittsrechtes aus der EU und mancherlei Mutmaßungen über die Auswirkungen des Brexits gibt es wenig Konkretes:

„Es wäre besser, wenn die LINKE strategisch und in ihrem Wahlprogramm sehr eindeutig die Rolle der Anti-EU-Partei übernehmen würde. Die LINKE ist die Alternative zu den rechten, nationalistischen Parteien, aber ebenso auch zu den pro-kapitalistischen und Pro-EU-Parteien des bürgerlichen Establishments....“

Neustart der EU, das reicht heute nicht. Selbst die EU-Kommission und die bürgerlichen Parteien benutzen mittlerweile diesen Begriff. Die konkrete Politik der EU hat bereits verheerende Schäden angerichtet, sie kann nicht mehr jungfräulich unbefangen kritisiert, sondern muss konkret gestoppt und überwunden werden.“ (<https://www.antikapitalistische-linke.de/?p=2934>)

Natürlich

sollten sich Linke sowohl den offen rechten wie den „normalen“ bürgerlichen Parteien entgegenstellen. Doch worin besteht die Alternative zum Europa des Kapitals? Das lässt die AKL durchaus offen, ja sie spielt selbst mit linken Varianten der Rückkehr zum Nationalstaat - einer letztlich reaktionären Perspektive.

Die Forderung

nach einer „Anti-EU“-Partei hört sich zwar „radikal“ an - gerade angesichts des Aufstiegs des linken Populismus, von BefürworterInnen „linker“

Austrittsprojekte wie des „Lexits“ - einer vermeintlich linken Variante des

rassistischen und national-chauvinistischen Brexits - muss die AKL jedoch Farbe bekennen. Das ist umso wichtiger, als die britische Schwesterorganisation der SAV, die „Socialist Party“, einen „linken“ Brexit, also den „Lexit“ ebenso befürwortet wie prominente Mitglieder von „Aufstehen“.

Wenn die von der AKL aufgestellte Behauptung „Ein sozialistisches, anti-kapitalistisches Europa wächst im Widerstand gegen die EU“ einen Wert haben soll, dann müsste diese mit einem konkreten Programm für einen gemeinsamen europaweiten Kampf, mit der Ablehnung aller nationalistischen Lösungen und der Forderung nach „Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa“ verbunden werden.

Europaweiter Widerstand

Die Entwicklung der EU, die internationale Konkurrenz und der nächste weltweite wirtschaftliche Einbruch werden die Frage eines koordinierten Abwehrkampfes gegen Rassismus, gegen Austerität, gegen Entlassungen und Arbeitslosigkeit, gegen Militarismus und Kriegstreiberei wieder auf die Tagesordnung setzen. Entweder gelingt es den Organisationen der ArbeiterInnenbewegung, den linken Parteien, der Frauenbewegung, Geflüchteten und MigrantInnen, der Jugend und anti-militaristischen Organisationen, gemeinsame Aktionen mit Demonstrationen und politischen Massenstreiks zu organisieren - oder sie werden national vereinzelt geschlagen werden.

Diese Aufgabe stellt sich die Linkspartei erst gar nicht. Selbst ihr linker Flügel bleibt in der falschen Alternativstellung Reform der EU oder auf nationaler Ebene

gefangen, fungiert letztlich als Anhängsel der „großen“ Strömungen in der Partei.

Gegen diese falsche Alternative wäre ein Programm des europäischen Klassenkampfes nötig, eines, das die enormen Potenziale der ArbeiterInnenbewegung dieses Kontinentes aufgreift. Dies wird auch die entscheidende Aufgabe der kommenden Jahre. Entweder gelingt es, ein Programm des gemeinsamen Kampfes für ein sozialistisches Europa zu entwickeln, oder Rechtsruck, Krise und Austerität sorgen durch eine Mischung aus imperialistischer Aufrüstung und nationalistischem Siechtum für verheerende Auswirkungen auf die Klasse. Dabei sind die Wahlergebnisse im Mai eher zweitrangig. Wichtig wird sein, ob sich ein europäischer, antikapitalistischer, klassenkämpferischer und antirassistischer Widerstand entwickelt. Damit die revolutionäre Linke dazu Entscheidendes beitragen kann, bedarf es freilich des politischen Bruchs mit Linkspopulismus und Reformismus und des Kampfes für eine internationalistische, revolutionäre Klassenpolitik und Organisation.

Venezuela: Nein zu dem von den USA geförderten Putschversuch!

Liga für die Fünfte Internationale, 25.1.2019, Infomail 1039, 26. Januar 2019

Der Machtkampf hat in Venezuela eine neue Phase erreicht. Es wird wahrscheinlich ein entscheidender Punkt sein. Am Mittwoch, dem 23. Januar, rief sich Juan Guaidó, bisher Vorsitzender des rechts dominierten Parlaments, bei einer Massenkundgebung der Oppositionskräfte zum Interimspräsidenten des

Landes aus. Donald Trump und die US-Regierung erklärten innerhalb weniger Minuten ihre Unterstützung für diesen selbsternannten Präsidenten und erkannten ihn als den einzigen legitimen Vertreter des Landes an.

„Ich werde weiterhin das volle Gewicht der wirtschaftlichen und diplomatischen Macht der Vereinigten Staaten nutzen, um auf die Wiederherstellung der Demokratie in Venezuela zu drängen“, verlas der US-Präsident aus einer vorbereiteten Erklärung.

Dies war natürlich nicht nur eine Bestätigung des Kampfes der rechten Opposition, Präsident Nicolás Maduro zu stürzen und die politische Macht zu übernehmen, sondern auch ein Aufruf an die venezolanischen Streitkräfte, sich gegen das bolivarianische Regime zu erheben und durch einen Putsch die „Demokratie wiederherzustellen“.

Kein Wunder, dass so illustre DemokratInnen wie der halbfaschistische brasilianische Präsident Jair Bolsonaro, der neoliberale argentinische Präsident Mauricio Macri oder der rechtskonservative kolumbianische Präsident Iván Duque in diesen Chor einfielen. Imperialistische Demokratien wie Kanada, der Präsident des Europäischen Rates der EU, Donald Tusk, und seine Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, folgten schnell der Führung durch die USA. Obwohl es ihnen nicht gelungen ist, die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) zu erpressen, diesem Beispiel zu folgen, haben sie 12 lateinamerikanische Staaten dafür gewonnen, eine Erklärung abzugeben, dass sie Maduro nicht als Präsidenten Venezuelas anerkennen.

Einige Länder, Kuba, China, die Türkei, Russland und Nicaragua, haben die Machtgelüste der Rechten abgelehnt, aber China, Russland und die Türkei haben dies eindeutig für ihre eigenen politischen, wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen getan. Ausgerechnet von ihnen kommt die Ablehnung der „Einmischung in andere Länder“ wie eine

heuchlerische
und zynische Farce daher.

Kein Wunder, dass diese selbsternannten VerteidigerInnen der nationalen Souveränität wenig Resonanz unter den Massen der Welt finden werden.

Noch wichtiger ist, dass sie nichts tun werden, um den venezolanischen Massen, den ArbeiterInnen, Bauern und Bäuerinnen des Landes zu helfen, ihre Errungenschaften aus dem ersten Jahrzehnt der „Bolivarischen Revolution“ zu verteidigen.

Nicht minder absurd sind Versuche von Ländern wie Mexiko und Spanien, als Vermittler zwischen der Regierung Maduro, der Opposition und deren

imperialistischen UnterstützerInnen zu fungieren. Nur IdiotInnen können glauben, dass die venezolanische Opposition, die einen umfassenden Kampf um die

Absetzung Maduros und die Errichtung eines Pro-US-Regimes eröffnet hat, geschweige denn Trump selbst, den Putsch in seinen entscheidenden Tagen zu stoppen aufrufen würden. Nur wenn sie ihr Ziel verfehlen, könnten sie versuchen, solche VermittlerInnen einzusetzen, um eine „Übergangszeit“ einzuleiten, aber nur, um am Verhandlungstisch zu gewinnen, was sie auf der Straße nicht erzwingen konnten.

Die entscheidende Frage für die Opposition ist im Moment nicht „Demokratie“, sondern ob sie die Loyalität der Armee zum Regime brechen kann. Verliert Maduro die Unterstützung der Generäle oder das Oberkommando selbst die Kontrolle über wichtige Teile der Armee, würde dies zu einem mehr oder weniger blutigen Sturz des Präsidenten oder aber zu einem Bürgerkrieg führen. Zu diesem Zeitpunkt wären die USA eindeutig bereit, entweder offen selbst

unter Vorwänden wie der „Verteidigung“ ihrer Botschaft oder ihrer Staatsangehörigen,

durch militärische Unterstützung der Opposition oder Hilfe bei der Intervention

ihrer brasilianischen oder kolumbianischen Verbündeten einzugreifen. Die kommenden Tage dürften entscheidend für die zukünftige Entwicklung sein.

Kämpft gegen die Rechte, aber keine Illusionen in Maduro!

Mit dem Ziel, Maduro zu stürzen, versucht die Rechte eindeutig, die derzeitige wirtschaftliche, soziale und politische Krise des bolivarianischen Regimes zu nutzen. In den letzten Jahren wurde Venezuela von negativen internationalen Wirtschaftsentwicklungen wie sinkenden Ölpreisen und steigenden Schulden getroffen. Die verzweifelten Maßnahmen der Regierung haben die Situation verschlimmert und es der „bolivarianischen“ Bourgeoisie, den BürokratInnen und VermittlerInnen ermöglicht, sich zu bereichern, während die Massen verarmt sind.

Die Hyperinflation hat die nationale Währung praktisch wertlos gemacht. Sie hat den Massen die Möglichkeit genommen, für ihre Lebensbedürfnisse zu bezahlen, abgesehen von den wenigen mit Zugang zu Fremdwährungen. Sie hat die Geschäfte leer gelassen. Kein Wunder, dass die rechte, pro-amerikanische Opposition in der Lage war, Teile der verarmten Massen um sich zu sammeln, obwohl die westlichen Pro-Putsch-Medien diese Unterstützung durchaus überbewerten dürften.

Als die wirtschaftliche und politische Lage immer prekärer wurde, wandte sich Maduro der Repression und der Wahlmanipulation zu, weil unter Chávez keine wirkliche Demokratie geschaffen wurde, die auf Delegiertenräten von ArbeiterInnen, Armen und Bauern/Bäuerinnen basierte, und weil die Armee nicht durch eine Volksmiliz ersetzt wurde. So konnten die Massen selbst nicht

handeln, die wirtschaftlichen und moralischen Grundlagen ihres Selbstbewusstseins wurden untergraben und die Opposition konnte über die besser gestellten Mittelschichten hinaus an Massenunterstützung zulegen.

Zusammen mit den Nachwirkungen der Weltfinanzkrise wurde damit die Utopie der „Bolivarischen Revolution“ auf grausame Weise enthüllt, eine Strategie, die auf dem Glauben beruht, dass es möglich sei, die Interessen des venezolanischen Großkapitals, das privilegierte Leben der städtischen Mittelschicht mit verbesserten Lebensstandards und kulturellen Bedingungen für die ArbeiterInnen, die Bauern/Bäuerinnen und die Armen über Sozialprogramme in Einklang zu bringen.

Bereits unter Chávez geriet dieses utopische „sozialistische“ Projekt in seine eigenen Widersprüche, unter Maduro wurde das Regime zu dem einer permanenten Krise. Im Gegenzug musste es seine eigene Macht zunehmend auf das Militär und die staatliche Bürokratie stützen und damit die eigene soziale Basis noch mehr untergraben. Politisch gesehen wurde sein diktatorischer Aspekt immer offener und er wandte sich auch gegen die linke bolivarische Opposition, indem es eine bonapartistische Präsidentschaft mit pseudodemokratischen Formen wie der selbst gewählten „konstituierenden Versammlung“ kombinierte.

Es ist zwar klar, dass sich die bolivarische Regierung und Maduro als unfähig erwiesen haben, Venezuela aus der aktuellen Krise zu führen, aber es wäre falsch und einseitig, nur ihre Inkompetenz und Korruption für die aktuelle Krise verantwortlich zu machen. Der Putschversuch ist Teil eines reaktionären Rollback in ganz Lateinamerika, wo die USA und wichtige Teile der nationalen Bourgeoisien allen reformistischen oder linkspopulistischen Regierungen den Krieg erklärt haben.

Ein Erfolg des Putsches von Guaidó würde weder den Armen noch den Massen in irgendeine Weise zugutekommen. Er würde nur ein weiteres rechtsgerichtetes Regime einführen, um die Macht der multinationalen US-Konzerne und der traditionellen Oligarchie wiederherzustellen. Es würde keines der sozialen Probleme lösen und sicherlich auch nicht die Abhängigkeit des Landes von Weltmarkt und Imperialismus in Frage stellen.

Der Putsch könnte die USA gegenüber ihren russischen und chinesischen RivalInnen stärken, die in Venezuela etwas Fuß gefasst haben und er würde das kubanische Regime weiter isolieren. Das ist natürlich die eigentliche Absicht des Weißen Hauses. Sicherlich wird jedes Regime, das durch einen erfolgreichen Putsch gebildet wurde, nicht „demokratisch“ sein. Vielmehr wird es alles in seiner Macht Stehende tun, um alle wirtschaftlichen, sozialen und organisatorischen Vorteile zu zerstören, die die Massen unter Chávez erlangt haben und die Maduro noch nicht einkassiert hat.

Deshalb sollten die ArbeiterInnenklasse, die Bauern und Bäuerinnen sowie die Armen in Venezuela den Putsch nicht unterstützen. Sie müssen ihn vielmehr bekämpfen, aber ohne Illusionen in Maduro und seine Politik. Sie müssen nämlich jede politische Unterstützung für sein katastrophales Programm zurückziehen.

Stattdessen müssen sie Sofortmaßnahmen fordern, damit sie einer US-Intervention oder der Armee trotzen können, wenn sie zur Unterstützung der Rechten übergeht. Sie müssen die Bewaffnung der ArbeiterInnen, der Bauern/Bäuerinnen und der Armen fordern, die einen von den USA gesponserten Putsch verhindern wollen!

Sie müssen auch Maßnahmen fordern und selbst Schritte unternehmen, um die Knappheit der lebenswichtigen Vorräte an

Nahrungsmitteln,
Treibstoffen und medizinischen Hilfsgütern anzugehen, um das brennende
Problem
des Hungers zu lösen, das vor allem durch die Sanktionen der USA und das
Horten
von Waren verursacht wird. Dies kann nur durch die Beschlagnahme des Besitzes
der PrivatkapitalistInnen in diesem Bereich und durch die Schaffung direkter
Verbindungen zwischen Stadt und Land erreicht werden.

Solche Schritte könnten natürlich nicht nur dazu beitragen,
dem Putschversuch zu trotzen, sondern auch die politische und wirtschaftliche
Krise zu bewältigen; die Notwendigkeit einer revolutionären Alternative zur
bolivarischen Führung, der „Boli-Bourgeoisie“ und der Bürokratie anzupacken.
Venezuela leidet nicht unter „zu viel Sozialismus“, sondern unter einem Mangel
an sozialistischen Maßnahmen. Nur durch entschlossenes Handeln in diesem
Bereich kann die Krise angegangen, ein Notfallplan unter der Kontrolle der
ArbeiterInnen und Massen durchgesetzt und eine ArbeiterInnen- und Bauern-
/Bäuerinnenregierung
geschaffen werden.

Internationale Solidarität

Angesichts der Einmischung durch die USA und ihre
Verbündeten dürfen die ArbeiterInnenklasse und die Linke international nicht
beiseitestehen. Sie müssen sich gegen die Unterstützung der Konterrevolution in
Venezuela durch die ImperialistInnen und andere reaktionäre Regime auflehnen.

Sie müssen Proteste gegen den Putsch und
Solidaritätsaktionen organisieren. Sie müssen die gesamte
ArbeiterInnenbewegung
unter den Slogans „Hände weg von Venezuela! Nieder mit dem von den USA
unterstützten Putsch!“ vereinen.

Sie müssen den vollständigen Erlass der Auslandsschulden Venezuelas fordern und sich jeder Anerkennung des „Interimspräsidenten“ oder der Hilfe für die rechte Opposition widersetzen!

Die Bedeutung der Entwicklung in Venezuela für die internationale ArbeiterInnenbewegung darf nicht unterschätzt werden. Auch wenn sie Maduro und seinem Regime keine politische Unterstützung gewährt, muss sie anerkennen, dass dessen Sturz durch die rechte Opposition eine Niederlage nicht nur für einen korrupten, „linken“ Bonapartismus, sondern auch für die ArbeiterInnenklasse und die Masse der Bevölkerung bedeuten würde. Er wäre ein weiterer Sieg für die extreme Rechte, den Neoliberalismus und den US-Imperialismus und sicherlich ein großer Schritt in Richtung weiterer solcher Versuche in Ländern wie Bolivien oder Kuba.

Ein Sieg der Kräfte der Reaktion würde nicht nur Maduro verdrängen. Es wäre ein Putsch gegen die ArbeiterInnenklasse und die Masse der Bevölkerung mit dem Ziel, eine Lösung der venezolanischen Krise zu ihren Gunsten zu verhindern.

Die Katastrophe des „Bolivarianismus“ beweist die Notwendigkeit, sich einer echten revolutionären Perspektive zuzuwenden, die die Enteignung der großen KapitalistInnen, den Ersatz der stehenden Armee durch eine Miliz der werktätigen Massen und eine Planwirtschaft unter der Leitung der ArbeiterInnen umfasst. Es braucht, kurz gesagt, die Perspektive der permanenten Revolution, die auch die Ausbreitung dieser Revolution auf alle Länder der Region und darüber hinaus einschließt.

Nebensache Klassencharakter? Zur Taktik gegenüber den „Gilets Jaunes“

Martin Suchanek, Infomail 1038, 18. Januar 2018

Die „Gilets Jaunes“ (= GJ; „Gelbe Westen“) treiben Europa um. Europaweit erfahren sie Unterstützung und Sympathie seitens unterschiedlichster politischer Kräfte – von der extremen Rechten bis zur radikalen Linken, von (Teilen der) Linkspartei bis hin zur AfD. Auch wenn die GJ auf ihrem bisherigen Höhepunkt im November 2018 mehrere Hunderttausend auf die Straße brachten, so sind sie doch kleiner als anderen Bewegungen im Frankreich der letzten Jahrzehnte – ganz zu schweigen von ihrer geringeren politischen Bewusstheit. Selbst ihre Militanz erscheint nur auf den ersten Blick tiefer gehend, also nur dann, wenn z. B. Straßenschlachten auf der (Avenue des) Champs Élysées oder Straßenblockaden als höhere Form des Kampfe betrachtet werden als wochenlange Streiks oder Besetzungen von Betrieben, Schulen oder Universitäten.

Trotzdem – oder vielleicht auch gerade deswegen – erklären sich die italienische Regierung Salvini, die Fünf Sterne, die französischen Linken (La France Insoumise = FI, Unbeugsames Frankreich; die Nouveau Parti anticapitaliste = NPA, Neue antikapitalistische Partei; oder Lutte Ouvrière = LO; Arbeiterinnenkampf) und die Rechte (Rassemblement National = RN, Nationale Sammlungsbewegung; oder französische FaschistInnen) zu UnterstützerInnen der GJ. Handelt es sich bei dieser Gemeinsamkeit um ein bloßes Missverständnis von Seiten der linken oder

rechten ParteigängerInnen - oder entspringt diese fragwürdige Gemeinsamkeit auch dem Charakter der Bewegung selbst? Über die Inkonsequenzen und Fragen, die das für Rechtsextreme, RassistInnen oder die GaullistInnen in Frankreich aufwerfen mag, wollen wir uns hier nicht den Kopf zerbrechen - wohl aber über die Politik der Linken in dieser Bewegung.

In Frankreich entstand in den letzten Monaten - anders als in den letzten Jahrzehnten - eine gesellschaftliche Kraft, die nicht einfach als „links“ oder „fortschrittlich“ charakterisiert werden kann. Auf der Straße artikulieren sich nicht die ArbeiterInnenbewegung, Bewegungen rassistisch Unterdrückter oder der Jugend, sondern tritt eine „Volksbewegung“, eine kleinbürgerlich-populistische Bewegung auf. Bei allen Schwierigkeiten des unmittelbaren Vergleichs, so erinnert sie wohl am ehesten an die Bewegung der Fünf Sterne in Italien, die heute Teil einer rechten Regierungskoalition ist.

All das bedeutet keinesfalls, dass die Linke, dass die ArbeiterInnenbewegung in diese nicht intervenieren sollen und müssen. Die Frage erhebt sich jedoch, wie die ArbeiterInnenklasse politisch die fortschrittlichen Teile einer kleinbürgerlichen Bewegung für sich gewinnen, wie sie diese von den reaktionären und offen bürgerlichen Kräften abspalten kann? Ohne ein Verständnis des Klassencharakters der GJ kann jede „Intervention“ nur in Impressionismus, Abenteuerertum und Anpassung an deren vorherrschende kleinbürgerliche Ideologie enden. Sich nur als die besseren, entschlosseneren, kämpferischeren, „proletarischeren“, ... „Gelben Westen“ zu gerieren, führt dabei notwendigerweise in die Irre.

Die ArbeiterInnenklasse kann, so die grundlegende These des folgenden Textes, selbst nur die gesellschaftliche Initiative inmitten einer tiefen Krise der französischen Regierung, ja des politischen Systems erlangen, wenn sie als eigenständige gesellschaftliche Kraft, als kämpfende proletarische Klassenbewegung in Erscheinung tritt. Nur wenn ein solcher Pol in der Aktion und politisch-programmatisch sichtbar wird,

kann eine klassenmäßige Differenzierung und Polarisierung der „Gelben Westen“ herbeigeführt werden, können deren proletarischen und fortschrittlichen Elemente von ihren reaktionären getrennt werden.

Bevor wir auf die dafür erforderliche Strategie und Taktik eingehen, wollen wir kurz die Entwicklung der „Gelben Westen“ Revue passieren lassen und ihren Klassencharakter bestimmen.

Entwicklung

Seit gut zwei Monaten prägen die GJ das politische Leben Frankreichs mit. Praktisch jeden Samstag demonstrieren ihre AnhängerInnen in zahlreichen größeren und kleineren Städten gegen die Politik der Regierung Macron. Während der Woche halten kleinere Gruppen an Blockadepunkten aus - an den Samstagen kommt es zu größeren Blockaden oder Demonstrationen samt Zusammenstößen mit Polizei und Sicherheitskräften. Die markantesten und medial am meisten beachteten stellen dabei zweifellos die Demos auf der Champs Élysées dar, auch wenn diese für den eher friedlichen Charakter vieler lokaler Blockaden nicht unbedingt repräsentativ sind.

Auf dem bisherigen Höhepunkt der Bewegung, im November 2018, beteiligten sich landesweit über 300.000 Menschen an den Aktionen - seither nahm die Zahl zwar ab, aber am Beginn dieses Jahres stieg sie wieder an. Am 5. Januar gingen in ganz Frankreich zwischen 50.000 bis 60.000 Menschen auf die Straße, am 12. Januar rund 80.000.

Zweifellos hatte die Regierung Macron darauf spekuliert, die Bewegung durch drei Maßnahmen entschärfen zu können. Erstens wurde und wird sie weiter als gewalttätig verteufelt, medial gebrandmarkt und polizeilich unterdrückt. Zweitens sollten späte und halbherzige Zugeständnisse

(Rücknahme von Benzinpreiserhöhungen und eine Mindestlohnanhebung für einzelne Sektoren) sowie Verhandlungsangebote die Menschen beschwichtigen. Drittens hoffte die Regierung auf den Kalender, also ein Abflauen über Weihnachten und Neujahr.

All das hat sich nicht oder nur teilweise erfüllt. Der Grund dafür ist nur unschwer zu erkennen. Die Bewegung der „Gelben Westen“ bringt eine tief sitzende gesellschaftliche Unzufriedenheit zum Ausdruck. Diese wird jedoch nicht von gewerkschaftlich organisierten und klassenbewussteren Lohnabhängigen, kämpferischen Jugendlichen und rassistisch Unterdrückten artikuliert, sondern von den „Mittelschichten“, unorganisierten Lohnabhängigen, die vor allem in Klein- und Mittelbetrieben arbeiten, wie auch ihren Chefs, die als KleinunternehmerInnen oder schwächere KapitalistInnen auch als „Opfer“ der Regierungspolitik und des Monopolkapitals erscheinen.

Die Bewegung konnte sich im Großen und Ganzen nicht mit der organisierten ArbeiterInnenbewegung und den MigrantInnen aus den Banlieues (Vorstädte mit Hochhaussiedlungen) verbinden. Darauf verweisen auch nüchterne Bestandaufnahmen von Linken, die ansonsten einen sehr positiven Bezug zu den GJ herstellen, wie z. B. Léon Crémieux. In dem Artikel „Yellow vests and the workers' movement at a crossroads“ (Die Gelben Westen und die ArbeiterInnenbewegung an einem Wendepunkt) schreibt er:

„Der Bewegung ist es, über die weit gehende Sympathie hinaus, die sie erhalten hat, zweifellos nicht gelungen, die ArbeiterInnenklasse der Vororte und urbanen Zentren in der Aktion mit sich zu verbinden.“

Diese Entwicklung ist sicherlich zu einem großen Teil auch das Resultat von Niederlagen, Teilrückzügen der Gewerkschaften und der klassenkollaborationistischen Politik der Gewerkschaftsbürokratie, die selbst eine Konfrontation mit Macron scheut. Aber die offenkundigen Vorbehalte von größeren Teilen der organisierten ArbeiterInnen und vor allem der Bevölkerung der Banlieues verweist selbst auch auf den kleinbürgerlichen Klassencharakter der GJ-Bewegung und deren öffentliches Erscheinungsbild.

Hier begeht Léon Crémieux einen auch für vielen andere linke UnterstützInnen typischen Fehler. Er scheut vor der Bestimmung des Klassencharakters der Bewegung zurück. Stattdessen behilft er sich mit einem Verweis auf die große Anzahl von Lohnabhängigen, Männern wie Frauen, aus kleineren Betrieben v. a. in den Kleinstädten und auf dem Land. Er gesteht aber auch den bedeutenden Einfluss der Rechten in der Bewegung und rechter, chauvinistischer und rassistischer Einstellungen zu:

„Die Bewegung trägt einen politischen Fakt auf ihrem Rücken: das reale Gewicht der Stimmen für die extreme Rechte unter den Beschäftigten.“

Doch er tröstet sich über diesen ideologischen Einfluss selbst hinweg:

„Aber jenseits der verschiedenen realen rassistischen und homophoben Handlungen sind die Ziele der Gelben Westen, die als für ihre Situation verantwortlich ausgemacht werden, weder MigrantInnen noch Staatsangestellte, die als Sündenböcke von der extremen Rechten so kultiviert werden.“

Diese Bewegung hat sich auf das konzentriert, was sie vereint, die Ablehnung von Steuerungerechtigkeit und die Ablehnung dessen,

was sie trennt, insbesondere des Rassismus. Selbst die Kampagne gegen den Marrakesch-Pakt in den letzten Wochen ist an der Bewegung vorbeigegangen, ohne an ihr hängenzubleiben.“

Das Problem hierbei liegt erstens in der fehlenden Handlungs- und Kampfperspektive gegen den Einfluss der Rechten. Vielmehr beruhigt uns der Autor damit, dass der Rassismus nicht allzu offen hervortritt, sich die Bewegung auf andere Fragen konzentriert. Diese Politik läuft leider auf ein rein passives Hoffen hinaus, dass die Rechten ihre Inhalte nicht weiter forcieren mögen und die GJ nicht weiter nach rechts treiben, sich dieses Problem vielmehr durch eine Ausweitung der Bewegung „von unten“ schon irgendwie lösen würde.

Immerhin erkennen Autoren wie Léon Crémieux oder Bernhard Schmid, der regelmäßig Berichte über die Bewegung liefert, den realen Einfluss der Rechten und Rechtsextremen in ihr an. So spricht Schmid von einem „Zweifrontenkampf“, den die Linken in Frankreich zu führen hätten, „gegen die unbestreitbar zu bekämpfenden rechtsextremen Kräfte (auch in den Reihen der Protestierenden) wie gegen das Regierungslager“ (http://www.labournet.de/internationales/frankreich/soziale_konflikte-frankreich/frankreich-gelbe-westen-protest-abflauen-war-gestern-derzeit-steht-wiederaufflammen-auf-der-tagesordnung-regierungssprecher-auf-der-flucht/#more-142380).

Eine ebenso schwankende wie widersprüchliche, vor allem aber bloß kommentierende Rolle nimmt die Linkspartei ein. Während Sahra Wagenknecht und „Aufstehen“ in gelben Westen rumlaufen, verweist Bernd Riexinger darauf, dass in Deutschland „eine solche Verbrüderung linker und rechter Gesinnung nicht denkbar“ wäre.

Es wäre jedoch nicht die Linkspartei, wenn im Parteivorstand nicht wieder

„Einigkeit“ erzielt werden könnte, so dass sich alle einstimmig „solidarisch“ erklären dürfen. Um diesen Positionswechsel zu erklären, verweist Riexinger darauf, dass „die Bewegung nicht von rechts übernommen werden konnte“, weil „Schüler, Studenten, linke Parteien und Gewerkschaften reingegangen sind“ (<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.linksparitei-chef-zu-gelbwesten-grosse-p-rote-te-bei-uns-sind-moeglich.a448df64-54c6-4fd8-bf0d-038b34f8fd6c.html>). Einmal abgesehen davon, dass die Frage der „Übernahme“ durch Rechte wie auch deren Einfluss längst nicht vom Tisch ist und dieser Kampf weiter anhält, so beschäftigen sich auch Riexinger und die Linkspartei nicht weiter mit dem Klassencharakter der Bewegung.

Charakter der Bewegung

Diese Frage umschiffte der größte Teil der Linken vielmehr. Er begnügt sich vielmehr mit Allerweltsbeobachtungen, dem Verweis auf die „Heterogenität“ und ihre „spontane“ Entstehung „von unten“. Zum anderen verweisen ihre UnterstützerInnen darauf, dass ein großer Teil, wenn nicht die Mehrheit der GJ aus Lohnabhängigen bestehe, wenn auch aus solchen, die gewerkschaftlich nicht organisiert sind und sich bisher auch wenig an politischen Aktionen beteiligt haben.

Dummerweise erschöpft sich die Frage nach dem Klassencharakter einer Bewegung nicht in der Bestimmung ihrer Herkunft und Einkommensquellen. Auch viele andere kleinbürgerlich-populistische Bewegungen haben sich in den letzten Jahren um soziale Belange und demokratische Fragen organisiert, so z. B. auch die Fünf Sterne in Italien. Die Tatsache, dass die bei den GJ in Bewegung gekommenen Schichten jahrelang abseits der organisierten ArbeiterInnenbewegung standen, bedeutet auch, dass sie zuerst von den vorherrschenden Ideologien, vom politischen Einfluss der dominanten französischen

Politik geprägt sind. Daher auch der hohe Anteil von Unterstützung der „Rassemblement National“ (RN, ehemals Front National/Nationale Front) in der Bewegung, daher auch die Zuwächse von RN in Meinungsumfragen seit ihrem Entstehen. Zweifellos profitieren von der Bewegung nicht nur die RN und noch radikalere bis faschistische Rechte, sondern auch der Linkspopulismus eines Mélenchon und von La France Insoumise. Es ist jedoch kein Zufall, sondern reflektiert den Klassencharakter einer kleinbürgerlichen Bewegung, dass fast ausschließlich populistische Kräfte politisch von ihr profitierten.

Er spielt sich auch in deren Forderungen wider.

Die wichtigsten richten sich gegen die Besteuerung von Benzin und Diesel und fordern niedrigere Preise. Sie stammen eindeutig aus dem kleinbürgerlichen und populistischen Arsenal. Die Parolen der ArbeiterInnenbewegung gegen regressive indirekte Verbrauchssteuern wie die Mehrwertsteuer und für eine progressive direkte Besteuerung von Vermögen und Unternehmensgewinnen bieten die wirkliche

Antwort darauf, wie der Staat notwendige Einkünfte auftreiben soll. Der Fokus auf Preis- und Steuersenkungen macht es jedoch viel einfacher, verschiedene, ja antagonistische Klassen zusammenzubringen, da jedeR „BürgerIn“ davon zu profitieren scheint.

Nicht zuletzt auch die am 3. Dezember veröffentlichten 42 Forderungen der Bewegung offenbaren ihren kleinbürgerlich-populistischen Charakter. Diese lesen sich wie ein politischer Gemischtwarenladen und spiegeln ihre Heterogenität wider. So stehen solche nach Mindestlohn, sicheren Renten, Kindergartenplätzen für alle und anderen sozialen Maßnahmen neben Steuersenkungsforderungen und dem Ruf nach Begünstigung der (französischen) KleinunternehmerInnen im Zentrum. Über wichtige Gesetzesvorhaben verlangt sie Volksabstimmungen, zugleich aber auch die Verlängerung der Präsidentschaft auf sieben Jahre (statt bisher fünf). Außerdem treten die GJ für „erhebliche Mittel für Justiz, Polizei, Gendarmerie und Armee“, also einen starken Staat ein und erheben auch rassistische Forderungen nach „sofortiger Abschiebung“ abgelehnter AsylbewerberInnen und an MigrantInnen, „französisch zu werden“, inklusive verpflichtender Tests auf ihre „Tauglichkeit“ zur StaatsbürgerInnenschaft.

Zweifellos

ist die Bewegung keine faschistische, aber der Rechtspopulismus spielt in ihr eine bedeutende Rolle. Die Tatsache, dass ein Teil davon auch soziale Fragen aufwirft und höhere Löhne fordert, widerlegt dies nicht. Gleichzeitig gab es Fälle von offenem Rassismus und Homophobie. Solche offen reaktionären und rassistischen Ausbrüche zeigen, auch wenn noch nicht weit verbreitet, dass die Menschen, die die Bewegung zu sammeln versucht, das Volk vornehmlich als „das weiße französische Volk“ betrachtet wird - nicht die gesamte arbeitende Bevölkerung, einschließlich der in den Banlieues lebenden muslimischen und immigrierten ArbeiterInnen.

Rolle der Rechten

Die

Bedeutung von organisierten Rechten und die falsche „Toleranz“ ihnen gegenüber

wurde bei der Demonstration am 24. November in Paris offenbar. Bis zu 10.000 - etwa 10 Prozent der geschätzten landesweiten Mobilisierung an diesem Tag - stießen auf der Champs-Élysées mit der Polizei zusammen und die Kämpfe wurden

von der „extremen Rechten“ angeführt, d. h. von faschistischen und halbfaschistischen Kräften rechts von der RN. Während die meisten DemonstrantInnen wahrscheinlich selbst keine FaschistInnen waren, zeigten sie sich eindeutig bereit, deren Führung an diesem Tag zu akzeptieren. Die „Bewegung“ und die damit verbundenen Hauptkräfte haben keinen klaren Bruch mit

faschistischen Elementen wie Les Identitaires (BI; Identitärer Block - Die Europäische Sozialbewegung) gefordert oder versucht, sie zu vertreiben. Am 1. Dezember kam es zwar zu einzelnen Zusammenstößen zwischen Rechten und Linken -

aber diese stellten leider eine Ausnahme dar. Sie trugen einen eher episodischen Charakter, wie der Artikel „Gelbwesten: Repression und Gegenstrategien“

(<https://www.graswurzel.net/gwr/2018/12/gelbwesten-repression-und-gegenstrategien/>)

belegt:

„Am

ehesten geneigt, aus emanzipativer und libertär-sozialistischer Sicht die militante Revolutionsromantik zu trüben, ist allerdings ein ganz anderes Phänomen, das bei diesen Auseinandersetzungen, vor allem am 24. November und am

1. Dezember in Paris zum allerersten Mal überhaupt in der Geschichte sozialer Kämpfe in Frankreich auftrat. Dass nämlich Militante aus ultra-rechten und linksradikalen Gruppen bei den Barrikaden zum Teil zusammen auftraten und eine

Art faktische Querfront der Militanz bildeten, vereint im Kampf gegen die Polizei Macrons. (...)

Vor allem Gruppen der ‚Bastion Social‘

übernahmen in Paris am 24. November die üblich gewordene Strategie der linken Insurrektionalist*innen und setzten sich auf der Champs-Élysées an die Spitze des Demozuges der Gelbwesten, um so sofort in die Konfrontation mit der Polizei zu kommen. Am 1. Dezember waren wiederum die ‚Bastion Social‘-Militanten als Erste schon frühmorgens am Arc de Triomphe und schlugen gleich gegen die Polizei los, bevor dann erst viel später, am Nachmittag, die

Insurrektionalist*innen des ‚Unsichtbaren Komitees‘ und die Antifaschist*innen der ‚Action Antifasciste Paris-Banlieue‘ ankamen und die militanten Kämpfe fortführten. Erst sie zertrümmerten dann Teile des Arc, was die Ultra-Rechten nie tun würden, sie ehren das dortige ‚Grab des unbekanntes Soldaten‘ als nationales Heiligtum. Beim Übergang - quasi der Wachablösung - kam es dann zum

Aufeinandertreffen. Von daher erklärt sich auch, wieso genau an diesem Ort Yvan Benedetti, früherer Chef von L'Œuvre française, der im Zusammenhang mit dem Mord am Antifaschisten Victor Méric 2013 als beteiligt verdächtigt wird, heutiger Vorsitzender des ‚Parti Nationaliste Français‘ (PNF), von in Gelbwesten verkleideten Linksradikalen krankenhaushausreif geschlagen wurde. Gerade

weil sich die Militanten zum Teil Gelbwesten überzogen und auch ansonsten im Streetfighter-Outfit gleich aussehen, liegt der eigentliche Erklärungsbedarf genau hier: Ist das eine faktische Querfront linksradikaler Militanter mit Nazi-Militanten?“

(<https://www.graswurzel.net/gwr/2018/12/gelbwesten-repression-und-gegenstrategien/>)

Der

kurze Schlagabtausch hatte an diesem Tag einen bloß episodischen Charakter. FaschistInnen und „Linksradikale“ lösten sich im Kampf um dasselbe Ziel, denselben Inhalt ab – eine Form der Zusammenarbeit, die nur als reaktionär beschrieben werden kann. Unabhängig von einzelnen Scharmützeln fanden sich hier

Linksradikale stundenlang in einer Aktionseinheit mit Nazis.

Veränderungen?

Zweifellos haben von Beginn an auch Linke in die Bewegung interveniert und an manchen Orten entstanden ebenso zweifellos Verbindungen zwischen den GJ und progressiven Kräften, auch mit GewerkschafterInnen und SchülerInnen.

Das ist natürlich ein positiver Schritt, der verdeutlicht, dass Menschen zu einer bewussteren, linken Politik gewonnen werden können. Am kleinbürgerlichen Charakter der Bewegung selbst ändert das noch nichts.

Dass die Forderungen einen eindeutig kleinbürgerlichen Charakter haben, ist unbestreitbar, ebenso der Einfluss von Rechten. Hinter Formeln wie der „Heterogenität“ der Bewegung verbirgt sich vielmehr der Unwille, die Frage zu stellen, welche soziale Kraft, welche Klasse

die Bewegung dominiert, welche ihre Führung stellt.

ZentristInnen wie RIO versteifen sich sogar auf den Standpunkt, dass diese Bewegung „aktuell eher führungslos wäre“ (Der Aufstand der Gelbwesten, <https://www.klassegegenklasse.org/der-aufstand-der-gelbwesten/>). Zu dieser Schlussfolgerung vermag man freilich nur zu kommen, wenn die Frage der Führung bloß als Frage der Repräsentanz politischer Parteien und Organisationen, anerkannter, repräsentativer FührerInnen gestellt wird. So gesehen sind die GJ, solange sie keine allgemein anerkannte Form der Wahl von RepräsentantInnen, SprecherInnen usw. gefunden haben, quasi per definitionem führerInnenlos.

Das blendet jedoch die eigentliche Frage aus, welche Klasse die Bewegung dominiert, welche sie anführt. Dass es sich dabei um die ArbeiterInnenklasse handeln würde, behaupten nicht einmal die eifrigsten UnterstützerInnen aus der Linken - und der Mainstream aus der französischen Linken, insbesondere La France Insoumise strebt das auch nicht an. Schließlich gilt PopulistInnen das „Volk“ als eigentliches Subjekt gesellschaftlicher Veränderung, in dem die ArbeiterInnenklasse als eigenständige Kraft aufgelöst wird.

Hier zeigt sich aber auch eine fatale Oberflächlichkeit deutsche „Linksradikaler“. So erklärt Peter Schaber im „Lower Class Magazine“, dass soziale Bewegungen eben heterogen wären, dies gewissermaßen ihren „Naturzustand“ verkörperen. Hinter dieser schon im Abstrakten und in ihrer Allgemeinheit nutzlosen Feststellung verschwindet freilich die Frage, welche Klasse eine bestimmte soziale Bewegung dominiert, lenkt. Das trifft auch auf die oberflächliche Behauptung von RIO/FT-CI (Revolutionäre Internationalistische Organisation/Trotzkistische Fraktion - Vierte Internationale) zu, dass die Bewegung vor allem „führungslos“ wäre.

Diese Behauptung impliziert letztlich, dass es keine Rolle für die Charakterisierung einer Bewegung, für die Haltung von MarxistInnen, die politische Taktik und die Politik der ArbeiterInnenklasse spielen würde, welche Klasse diese politisch-ideologisch dominiert oder prägt.

Dummerweise spiegeln die Gelbwesten jedoch auch eine Veränderung der politischen Landschaft und des Verhältnisses zwischen ArbeiterInnenklasse und KleinbürgerInnentum wider. Über Jahre stellte erstere letztlich die prägende Kraft im Kampf gegen verschiedene bürgerliche Regierungen und das Kapital dar. Jahrelang erwies sich dabei die CGT (Allgemeiner Arbeitskongress; große französische Gewerkschaft) als zentrale Organisation, die ihrerseits immer wieder dem Druck radikalerer Kräfte ausgesetzt war. Diese Hegemonie bedeutete auch, dass sich andere Massenbewegungen – insbesondere die Jugend (SchülerInnen, StudentInnen) wie auch die MigrantInnen in den Banlieues – als linke, fortschrittliche Bewegungen manifestierten. Selbst radikalere kleinbürgerliche Bewegungen wie die Confédération paysanne (Bauerngewerkschaft) José Bovés, die Antiglobalisierungsbewegung oder die Bewegung gegen die EU-Verfassung waren vor diesem Hintergrund links geprägt.

Die GJ markieren eine tief gehende Veränderung des Verhältnisses zwischen den Klassen. Ihre Ablehnung nicht nur bürgerlicher Parteien, sondern aller Parteien und Gewerkschaften signalisiert nicht allein ein vielleicht verständliches Misstrauen – es drückt auch eine deutliche Rechtsentwicklung gegenüber früheren sozialen Bewegungen aus. Mögen die Vorbehalte gegen die Gewerkschaftsführungen und erst recht gegen jene linker Parteien noch so nachvollziehbar sein, die Forderung nach einem Verzicht auf deren offenes Auftreten, nach deren Eingreifen als politische oder gewerkschaftliche organisierte Kraft mit ihren Vorschlägen trägt einen eindeutig reaktionären Charakter. Ihre Umsetzung bedeutet nicht mehr und weniger, als dass die ArbeiterInnenklasse nicht als kollektives Subjekt in Erscheinung treten soll, dass die Lohnabhängigen nur als Individuen, als BürgerInnen (citoyens) unter anderen

BürgerInnen sichtbar werden sollen.

Schließlich spiegeln die GJ auch die Schwäche, ja fast den Zusammenbruch der politischen Parteien der ArbeiterInnenbewegung wider. Während vor über 10 Jahren die Krise der Parti socialiste (PS, Sozialistische Partei) und Kommunistischen Partei (KPF) zur Bildung der NPA als zentristischer Partei und danach der Parti de Gauche (PdG, Linkspartei) als reformistischer Partei geführt hatte, also zu einer politischen Linksverschiebung, so haben diese selbst in den letzten Jahren aufgrund ihrer eigenen Widersprüche abgewirtschaftet.

Die PS hat sich fast zur kompletten Irrelevanz zerlegt. Die KPF dümpelt vor sich hin. Die NPA ist deutlich schwächer als in der ersten Phase nach ihrer Gründung. Die PdG wurde zu einem links-populistischen Projekt, zu La France Insoumise transformiert. Anstelle einer reformistischen, bürgerlichen ArbeiterInnenpartei trat unter Mélenchons Führung eine populistische Partei, eine „Volks“partei. Von roten Fahnen will auch er nichts mehr wissen. Stattdessen wird die Trikolore gehisst. Dem „aggressiven“ französischen Nationalismus soll durch einen angeblich fortschrittlichen und inkludierenden „linken Patriotismus“ der Rang abgelaufen werden. In Wahrheit erweist sich das nur als Wasser auf die Mühlen der „echten“ PatriotInnen und NationalistInnen, die freudig darauf verweisen, dass nun auch der „Linke“ Mélenchon gegen den „Kosmopolitismus“ und offene Grenzen hetzt.

All das spiegelt sich auch in der Bewegung wider. Die linken Kräfte haben schließlich gegenüber den 42 Forderungen – selbst wenn sie keine wirkliche demokratische Legitimation haben – keine nennenswerten inhaltlichen Einwände vorgebracht.

Im Gegenteil: Mélenchon und seine Bewegung unterstützen sie und verweisen darauf, dass sie eigentlich dem Programm von La France Insoumise entsprechen würden. Und damit hat er nicht einmal Unrecht. In vielen Punkten entspricht diese Mischung aus Keynesianismus, sozialer Sicherung

für die Armen und unteren Einkommenschichten der ArbeiterInnenklasse, aus Steuererleichterungen, aus dem Ruf nach einem starken Staat und regulierter Migration sowie das Bekenntnis zur französischen Nation (samt ihrem „Republikanismus“) dem Populismus seiner Bewegung.

Umgekehrt können sich auch die RN und die noch rechteren Kräfte damit anfreunden, weil sich ihr rechter Populismus heute als „sozial“ präsentiert, im Fall der faschistischen und halbfaschistischen Organisationen sogar als „antikapitalistisch“ und „revolutionär“. Auch sie präsentieren sich als VertreterInnen der Interessen der „Volksmassen“ gegen die „Elite“. Umgekehrt entspricht es dem Populismus von rechts, aber auch von links, dass die Anliegen der „patriotischen“ UnternehmerInnen und der binnenmarktorientierten KapitalistInnen bedient werden sollen – schließlich gehören auch sie zum „Volk“, dieser imaginären, klassenübergreifenden politischen Wundertüte, hinter deren Beschwörung sich letztlich immer nur bürgerliche und kleinbürgerliche Interessen verbergen können.

Doch selbst „revolutionäre“ Kräfte passen sich opportunistisch an die Forderungen der Bewegung an. So erklärt RIO im Dezember 2018: „Im Moment enthält die Forderungsliste der Gelben Westen, die an die Regierung gerichtet ist, äußerst progressive Punkte wie die Erhöhung des Mindestlohns, das Ende der Leiharbeit, Altersrenten, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Kopplung der Löhne an die Inflation, die Begrenzung prekärer Verträge, mehr Steuern für Großunternehmen usw.“ (Der Aufstand der Gelbwesten) Die reaktionären Forderungen nach rassistischen Gesetzen oder nach mehr Mitteln für die Repressionskräfte werden, um das progressive Bild nicht zu trüben, erst gar nicht erwähnt.

Die Beschönigung des Programms der „Gelbwesten“ findet sich bei FT/RIO auch an anderen Stellen immer wieder.

„Ausgehend von dieser klassenübergreifenden sozialen Basis – die in der

überwiegenden Mehrheit der Arbeiter*innenklasse angehört (welche sich aber infolge des Rückgangs der Organisation und des Bewusstseins der Arbeiter*innenbewegung in Verbindung mit der versöhnlerischen Haltung der Gewerkschaftsbürokratie nicht als Proletariat versteht) und bis hin zu den Sektoren der deklassierten Mittelschicht mit kleinbürgerlichen Merkmalen reicht, über die Zwischenschichten der Selbständigen - entsteht der uneinheitliche Charakter der sozialen und wirtschaftlichen Forderungen, die die Bewegung trägt. Einige sind eindeutig progressiv, wie die Erhöhung des Mindestlohns oder die Streichung einiger indirekter Steuern, während andere viel unklarer sind, wie beispielsweise Forderungen nach einer Senkung der ‚Arbeitgebergebühren‘.“ (Die Gelben Westen und die vorrevolutionären Elemente der Situation; <https://www.klassegegenklasse.org/frankreich-die-gelben-westen-und-die-vorrevolutionaeren-elemente-der-situation/>)

Was an der Senkung der „Arbeitergebergebühren“ - einer klassischen bürgerlichen und neo-liberalen Forderung - „unklar“ sein soll, bleibt das Geheimnis dieser Gruppierung. Offenbar sollen damit die reaktionären und arbeiterfeindlichen Aspekte des Programms beschönigt werden, statt sie klar auszusprechen. Dabei verdeutlichen die unterschiedlichen, teilweise direkt einander entgegengesetzten Forderungen, die bei den „Gelbwesten“ zu einem in sich widersprüchlichen Mischmasch zusammengeworfen werden, gerade den Klassencharakter der Bewegung und die hegemoniale Rolle des KleinbürgerInnentums.

Dass sich die französische und europäische Rechte mit dem Programm durchaus anfreunden kann, sollte niemanden wundern, entspricht es doch durchaus den Forderungen, mit denen ähnliche populistische Bewegungen angetreten sind.

All das verdeutlicht, dass die Linken in der Bewegung eben keinen konsequenten politischen Kampf gegen den rechten

Einfluss

führen, sondern sich an entscheidenden Punkten anpassen. Ein Teil dieser Anpassung besteht darin, den Einfluss rechter Kräfte herunterzuspielen. Während das die eher autonom oder libertär orientierten UnterstützerInnen der Bewegung als eine Art „Naturzustand“ von Bewegungen hinstellen, versteigen sich Gruppierungen wie RIO dazu, den Einfluss der Rechten als „bisher noch marginal“ zu bezeichnen.

Wir haben oben gezeigt, welche Rolle die Rechten bei den Aktionen am 24.11. und am 1.12.2018 spielten. Die FT verklärt dies zum „revolutionären Erwachen der ‚kleinen Leute‘“:

„Das subversivste Element des gegenwärtigen Aufstands sind seine radikalen Methoden und die Tatsache, dass der Protest ein Ausdruck des Leidens ist, der weit über den mobilisierten Sektor der Gelben Westen hinaus Anklang findet. Dies zeigt sich an der sehr breiten Unterstützung, die in der öffentlichen Meinung für die Bewegung herrscht, auch nach den „Gewaltszenen“ vom Samstag, den 24. November, auf die die Regierung zählte, um die Bevölkerung gegen die Bewegung zu wenden.

Zum ersten Mal seit Langem erleben wir in Frankreich die Entscheidung zur Blockade von „unten“, ohne jegliche Kontrolle durch die Regierung oder die Gewerkschaften, linke oder rechtsextreme Parteien. Diese Blockade war wirksam, und zwar ohne Koordinierung auf territorialer Ebene mit Autoritäten oder Gewerkschaften. Diese absolut subversive Haltung – im Gegensatz zu den zahmen Demonstrationen, die für die routinemäßigen Aktionen der Gewerkschaftszentralen oder der Linken charakteristisch sind – spiegelte sich in der Entscheidung wider, die Demonstration am 24. November auf den Champs Élysées beizubehalten, obwohl die Regierung sie verboten hatte. Ein neuer Meilenstein wurde mit dem ‚revolutionären Tag‘ am 1. Dezember erreicht, der Paris und viele Städte in der Region erschütterte, während die Exekutive mit der Aufrechterhaltung der Ordnung völlig überfordert war.“
(<https://www.klassegegenklasse.org/frankreich-die-gelben-westen-und-die-vorrevo>

lutionären-elemente-der-situation/)

Dass die Aktionen an den „revolutionären Tagen“ von den FaschistInnen angeführt wurden, ficht solche RevolutionärInnen anscheinend nicht an. Was soll schon an dieser Aktionseinheit problematisch sein, solange sie von „unten“ kommt und „das subversivste Element des gegenwärtigen Aufstands“ sei?

Statt die abenteuerliche Politik der AnarchistInnen und InsurrektionistInnen scharf zu kritisieren, verfolgen sogenannte TrotskistInnen eine Politik, die nur allzu sehr an die desaströse der KPD beim „roten Volksentscheid“ erinnert.

Auch kann eine solche nur die Stellung der Rechten stärken, weil sie den von ihnen Geführten unwillkürlich eine „unbewusste“ VorreiterInnenrolle zuschreibt. Wer wofür kämpft, welche politischen und Klassenkräfte bei der „subversiven Aktion“ am Werk sind, wird zur Nebensache, verschwindet vollkommen hinter der Form der Auseinandersetzung.

Die Bewegung ist alles, das Ziel, der Inhalt ist nichts oder wird durch die „progressive Dynamik“ anscheinend automatisch vorangetrieben.

Einfluss der Rechten

Der Einfluss von Rechten ist seither auch nicht verschwunden, auch wenn er sich an vielen Orten eher vermittelt zeigt. Natürlich hat z. B. Marine Le Pen auch Teile der Bewegung vor den Kopf gestoßen, als sie sich gegen die Besetzung von Amazon wandte. Zugleich agieren ihre lokalen und regionalen FunktionärInnen weiter. Darüber hinaus konkurrierte die RN, wie eine Reihe ihrer Reden und Presseerklärungen zeigen, offenkundig mit Melénchon darum, sich als parlamentarisches Sprachrohr der „Gelbwesten“

zu etablieren. Sicherlich spielt ihr dabei auch in die Hände, dass RN-VertreterInnen in den Massenmedien als SprecherInnen oder UnterstützerInnen der Bewegung präsentiert werden.

Die Meinungsumfragen verweisen außerdem weiter auf einen Zuwachs der RN wie auch anderer rechter Kräfte. FI dürfte dagegen eher stagnieren – so weit jedenfalls gemäß Umfragen von Mitte Dezember 2018, die RN bei Wahlen 24 Prozent, Macrons La République en Marche (LREM) 18 % voraussagten. Bei diesen Umfragen lag *Debout la France (DLF, Steh auf Frankreich)*, eine Rechtsabspaltung von RN, bei 8 %. Die Partei Sarkozys Les Républicains (LR, Die Republikaner) lag bei 11 %, La France Insoumise bei 9 %, die Grünen bei 8 % und die SozialdemokratInnen bei 4,5 %. (Umfragen zu Zeiten der Gelben Westen: <https://www.heise.de/tp/features/Umfragen-zu-Zeiten-der-Gelben-Westen-Le-Pens-Partei-liegt-vorne-4250308.html>).

Auch wenn die GJ über keine einheitliche, gewählte Führungsstruktur verfügen, so haben sie doch, wie jede Massenbewegung, „SprecherInnen“. Die Tatsache, dass diese nicht demokratisch legitimiert sind, bedeutet natürlich nicht, dass sie keine Führungsfiguren wären –vielmehr, dass sich unwillkürlich AnführerInnen finden, die den Charakter einer Bewegung mehr oder weniger genau widerspiegeln einschließlich ihrer konkurrierenden Flügel.

Zwei bekannte Führungsfiguren auf Seiten der Rechten der Bewegung stellen eindeutig der LKW-Fahrer Éric Drouet und Maxime Nicolle alias „Fly Rider“ dar. Es ist zwar umstritten, ob Drouet bei den letzten Wahlen Le Pen wählte – unbestritten sind jedoch seine eindeutig migrantInnenfeindlichen und rassistischen Posts aus dem Jahr 2018 (und davor). Nicolle gilt als Anhänger obskurer Verschwörungstheorien, liked reihenweise Erklärungen der RN und Le Pens und behauptet, dass das Attentat vom 11.

Dezember 2018 in Strasbourg eine „false flag“-Operation der Regierung gewesen wäre. Diese Führungsfiguren erhalten freilich nicht nur von Rechten Zuspruch. So erklärte Mélenchon Drouet zu einem „Anführer der Bewegung“ und einer faszinierenden Persönlichkeit.

Sicherlich gibt es auch bekanntere, nicht-rassistische VertreterInnen der Bewegung wie die schwarze Karibikfranzösin Priscillia Ludosky, eine 33-jährige Inhaberin eines Internetkosmetikshops, die neben Drouet und Nicole zu den Galionsfiguren der Bewegung zählt.

„An diesem Samstag, den 05. Januar d. J., traten Frau Ludoksy und Herr Nicole bei der Abschlusskundgebung der Demo vor dem Pariser Rathaus gemeinsam auf, wobei Letzterer sich in der Sache darauf beschränkte, die Einführung von Referenden durch Bürger/innen/begehren oder RIC (référendum d’initiative citoyenne) zu fordern. In Teilen der Protestbewegung schien sich dieses Verlangen seit kurz vor Weihnachten 18 zum neuen ‚Patentrezept‘ zu entwickeln, und da diese Forderung keinen Klassencharakter zu tragen scheint, freunden sich auch die rechteren Kräfte ganz gerne damit an.“ (http://www.labournet.de/internationales/frankreich/soziale_konflikte-frankreich/frankreich-gelbe-westen-protest-abflauen-war-gestern-derzeit-steht-wiederaufflammen-auf-der-tagesordnung-regierungssprecher-auf-der-flucht/)

Am 12. Januar hatten Nicole und Ludoksy gemeinsam zur landesweiten Demonstration in Bourges aufgerufen, an deren Spitze sie auch marschierten.

Dieses gemeinsame Auftreten verdeutlicht - unabhängig davon, was sich Einzelne dabei denken mögen - den populistischen, ja

volksfrontartigen Charakter der Bewegung, die mal friedlicheren, mal kämpferische, aber kontinuierliche Zusammenarbeit von rechts und „links“. Die Zusammensetzung der Galionsfiguren jedenfalls zeigt, dass auf dieser Ebene die rechten KleinbürgerInnen in der Vorhand sind, zumal Ludosky selbst nur einen linkeren kleinbürgerlichen, keinesfalls jedoch einen proletarischen Klassenstandpunkt vertritt.

Zweifellos hat die Intervention von Linken oder GewerkschafterInnen auf lokaler Ebene auch zu Verschiebungen nach links geführt.

Es verdeutlicht jedoch das innere Kräfteverhältnis in der Bewegung, dass diese in einigen Städten oder lokalen Komitees eine sogar dominierende Rolle spielen, nicht jedoch auf nationaler Ebene. Hier kann allenfalls die links-populistische FI einen wichtigen Einfluss für sich reklamieren.

All das verweist darauf, dass Rechte, RechtspopulistInnen usw. keine Marginalie, sondern in jedem Fall einen integralen Bestandteil der Bewegung darstellen. Die ArbeiterInnenklasse als solche hingegen spielt eine Nebenrolle. Das zeigt sich selbst bei vergleichsweise fortschrittlichen Erklärungen wie dem Aufruf zu Volksversammlungen aus der Stadt Commercy. Diese Versammlung einer französischen Kleinstadt, die von zahlreichen Linken als ein Kristallisationspunkt der fortschrittlichen Kräfte hofiert wird, erhebt verständlicherweise die Forderung nach einer nationalen Delegiertenversammlung.

Zugleich geht sie aber selbst über radikalen kleinbürgerlichen Demokratismus nicht hinaus und enthält selbst falsche, anti-politische Tendenzen, wo sie sich grundsätzlich gegen die Wahl von VertreterInnen der Bewegung ausspricht. Das kann nur dazu führen, dass sich eben Ungewählte als solche betätigen.

Die Perspektiven der Bewegung

Auch wenn die GJ in den ersten Wochen des Jahres wieder Zulauf erhalten haben, so ist eine politische Differenzierung der Bewegung mehr und mehr unvermeidlich. Ihre eigenen Aktionsformen werden zusehends an ihre Grenzen stoßen und manche sind auch umstritten. Die Kämpfe mit der Polizei auf der Champs Élysées verstören sicherlich auch eine Reihe der AnhängerInnen - umgekehrt waren es zweifellos diese Aktionsformen, die Präsident und Regierung zu Zugeständnissen gezwungen haben, sicher nicht die Anzahl der DemonstrantInnen.

Wiederum kann keine offene Diskussion über die Taktik geführt werden, die zu verbindlichen Beschlüssen führen würde, da diese die „Einheit“ der Bewegung zwangsläufig unterminieren würden. Erst recht trifft dies auf die Forderungen der Bewegung zu. Wenn sie sich auf eine bestimmte klassenpolitische Richtung - z. B. soziale Forderungen oder Steuerforderungen für Selbstständige und KleinunternehmerInnen fokussierte, ... - würde sie nicht nur Ziele genauer definieren müssen, es würde diese zugleich nach politischen Richtungen und Klassen polarisieren. Genau das versuchen aber mehr oder minder alle in der Bewegung zu vermeiden, um sich nicht dem Vorwurf des/r „Spalters/In“ auszusetzen.

Daher erscheinen die Forderung nach dem „Rücktritt Macrons“, der Symbolfigur der Elite, einerseits und die nach „radikaler Demokratie“ andererseits als einigendes Band.

Das Verlangen nach Macrons Rücktritt mag zwar radikal erscheinen, lässt jedoch völlig offen, wer ihn durch welches Verfahren ersetzen soll. Unter den gegebenen Bedingungen würde es wahrscheinlich zu Neuwahlen kommen, bei denen ein Sieg von RN und Le Pen droht, auch wenn diese wahrscheinlich mit anderen Kräften eine Koalition bilden müsste.

In jedem Fall erhebt sich daher auch schon jetzt unter den GJ die Frage, ob man sich auf Wahlen einlassen und welche Partei man gegebenenfalls wählen soll. Der rechte wie linke Populismus spekuliert mehr oder weniger unverhohlen auf diese Entwicklung, wobei Le Pen hier sicher die Nase vorne hat. Aufgrund der in der Bewegung weit verbreiteten generellen Ablehnung von „Politik“ versuchen alle etablierten Parteien, nicht zu offen aufzutreten, sondern hoffen darauf, dass den GJ „natürlich“ nur die Wahl bleibt, RN, DLF oder FI zu wählen (und daher, dass aus der Bewegung selbst keine eigene Liste zu den Europawahlen hervorgeht, die ihnen Stimmen kosten würde). In jedem Fall haben diese drei Parteien gute Chancen, dass ihr Kalkül bei den Europawahlen aufgeht, von den Stimmen der GJ zu profitieren.

Ein anderer, „entschlossenerer“ Flügel der Bewegung betrachtet diese Gefahr misstrauisch und setzt ihr die Forderungen nach verbindlichen Volksabstimmungen zu allen bedeutenden Fragen, eine Form radikalen kleinbürgerlichen Demokratismus', entgegen. Für ihn sind politische Parteien, VertreterInnen, Repräsentation per se von Übel und sie sollen durch ständige Abstimmungen überflüssig gemacht werden. Was sich auf den ersten Blick

ultra-demokratisch anhört, ist jedoch vor allem ultra-utopisch. In Wirklichkeit steht jede Demokratie (auch die proletarische) vor dem Problem der Repräsentation. Der Unterschied zwischen der Rätedemokratie der ArbeiterInnenklasse und dem bürgerlichen Parlamentarismus besteht nicht darin, dass es keine VertreterInnen gibt, sondern erstens im Klassencharakter des Staates, auf dem diese Demokratie aufbaut, und zweitens in der Form, wie diese Vertretung von ihre Basis kontrolliert und (ab)wählbar gemacht wird.

Was den „radikalen“ Demokratieforderungen bei den GJ jedoch vorschwebt, ist in mehrfacher Hinsicht eine kleinbürgerliche Utopie. Einerseits spielen diese „BürgerInnen“ mit dem Gedanken, jede Form von Vertretung abzuschaffen, alles „unmittelbar“ zu entscheiden. Andererseits sollen die Eigentumsverhältnisse der Gesellschaft „natürlich“ unberührt von all diesen Fragen sein.

Im besten Fall sind diese utopischen Vorstellungen desorganisierend. Keine Bewegung kann ohne landesweite VertreterInnen, Forderungen, SprecherInnen auskommen - das per se abzulehnen, bedeutet letztlich keine Demokratisierung irgendeiner Bewegung, sondern dass SprecherInnen wie Drouet und Nicolle weiter ihre Führungsrolle ausfüllen können und werden.

ArbeiterInnenklasse und kleinbürgerlich-populistische Bewegung

All das zeigt, dass eine längerfristige Perspektive für die Lohnabhängigen, die von den GJ mobilisiert wurden, nicht spontan aus der Bewegung kommen wird.

Eine revolutionäre Klassenpolitik muss vielmehr mehrere Elemente miteinander verbinden.

1. Die gegenwärtige politische Krise in Frankreich bietet günstige Bedingungen für die ArbeiterInnenklasse, die Gewerkschaften, die Jugend, gegen die Regierung Macron und das Kapital zu mobilisieren. Das haben die Streiks der SchülerInnen und die Studierenden im Dezember gezeigt, wie auch die verhaltenen Aktionstage der CGT.
2. Um die Initiative im Kampf gegen die Regierung zu gewinnen, muss aber die ArbeiterInnenklasse selbst als Klassenkraft das Feld gesellschaftlicher und politischer Konfrontation mit ihren eigenen Mitteln und ihren eigenen Forderungen beschreiten. Daher braucht es ein Kampfprogramm, das die fortschrittlichen Elemente der Forderungen der

„Gelbwesten“ aufgreift, radikalisiert (z. B. eine deutlich höhere Mindestlohnforderung von 1800 Euro), die reaktionären Forderungen klar ablehnt und durch progressive ersetzt (Keine Abschiebungen, keine Zwangstests von MigrantInnen und deren Anpassung an die französische Kultur, Öffnung der Grenzen für Geflüchtete und MigrantInnen).

3. Dazu müssen kämpferische und linke BasisgewerkschafterInnen die Initiative ergreifen und von CGT und SUD, aber auch von allen anderen Gewerkschaften unbefristete politische Massenstreiks verlangen.

4. Nur unter diesen Bedingungen kann die ArbeiterInnenbewegung eine Ausstrahlungskraft erlangen, die die lohnabhängigen Teile der GJ von ihrer kleinbürgerlichen politischen Ausrichtung und ihren antipolitischen Vorurteilen brechen kann.

5. Mit einer solchen Politik sollten GewerkschafterInnen, radikale Linke, AntikapitalistInnen und RevolutionärInnen intervenieren, um die Bewegung entlang der Klassenlinie zu polarisieren und zu spalten. Natürlich schließt das auch gemeinsame Aktionen mit lokalen und fortschrittlichen Teilen der GJ ein und die Intervention auf deren Demonstrationen. Diese müssen aber immer mit einer klaren Kritik an reaktionären, bürgerlichen und populistischen Vorstellungen in der Bewegung verbunden sein und von einem offenen organisierten Auftreten geprägt.

6. All das bedeutet auch, klar zu erkennen, dass wir es heute in Frankreich nicht einfach mit einer Konfrontation von zwei „Lagern“, der Regierung Macron gegen das von GJ verkörperte Volk, zu tun haben. Eine solche Vorstellung übersieht, dass wir es sich heute um eine kleinbürgerlich dominierte, klassenübergreifende volksfrontartige Bewegung handelt, die ihrerseits eine Spaltung im bürgerlichen

Lager reflektiert, ähnlich wie auch andere populistische Formationen, die sich gegen die Elite richten. Revolutionäre, marxistische Politik muss diesen Schein der zwei Lager durchbrechen. Ansonsten wird die ArbeiterInnenbewegung zur Nachtrabpolitik à la Mélenchon und zur politischen Unterordnung unter das KleinbürgerInnentum verurteilt.

Zum Verständnis des Populismus bei Lenin und Trotzki

Martin Suchanek, Revolutionärer Marxismus 50, November 2018

Einleitung

Fast überall sind herkömmliche ArbeiterInnenparteien auf dem Rückzug. Sozialdemokratische und zum Parlamentarismus übergegangene stalinistische Parteien verlieren, mit einzelnen Ausnahmen, bei jeder Wahl Stimmen oder sind bereits in die Bedeutungslosigkeit geschrumpft.

Gleichzeitig ist besonders in den letzten Jahre nach der kapitalistischen Krise ab 2007 ein Aufstieg rechtspopulistischer Parteien und Kräfte eingetreten, deren Erfolge bei Wahlen und Volksabstimmungen die Machtausübung traditioneller Koalitionen aus konservativen, liberalen und reformistischen Parteien bedrohen. Auf der anderen Seite gibt es Beispiele von Wachstums- und Wahlerfolgen linker Kräfte, die den Klassengegensatz über Bord geworfen haben und, meistens von außen, teilweise selbst als populistisch bezeichnet werden.

Bürgerlichen PolitikerInnen gelingt es zumindest, die Bedrohung, die von populistischen Bewegungen und Parteien für ihre eigenen Formationen ausgeht, zu identifizieren. Sie sind aber entweder nicht in der Lage, das mit einer zutreffenden Analyse des Wesens und der Herkunft des Populismus zu verbinden. Dort wo linksbürgerliche Intellektuelle darüber hinausgehen, kommt es, zum Beispiel bei Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, zu einem unkritischen Bejubeln

der Wahlerfolge und dem Hochstilisieren der neuen Formationen als Alternative zum gescheiterten „Klassenkampf-Marxismus“. Das zugrundeliegende Verständnis mag besser sein, eine marxistische Analyse bieten sie aber nicht.

Die Auseinandersetzung mit populistischen Bewegungen, aber auch Phänomenen, die dem Populismus in Erscheinung und historischen Umständen sehr ähnlich sind, hat eine Tradition in der marxistischen Theorie und Praxis. Weder der Populismus noch eine marxistische Kritik daran sind etwas Neues. Um eine marxistische Analyse des Populismus zu entwickeln, ist es deshalb notwendig, diese historischen Auseinandersetzungen aufzuarbeiten und Schlussfolgerungen daraus zu ziehen.

Weder Lenin noch Trotzki entwickeln in ihren Schriften eine umfassende Theorie des „Populismus“. Das ist insofern nicht verwunderlich, als der Terminus zu den Lebzeiten der beiden Revolutionäre noch wenig gebräuchlich war. Als „populistisch“ bezeichnete Bewegungen oder Parteien treten erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Russland mit den VolksfreundInnen (Narodniki) sowie in den USA mit der Farmerbewegung und der „People's Party“ auf.

Gerade für die russische ArbeiterInnenbewegung stellte jedoch der politische und theoretische Kampf gegen die PopulistInnen einen wesentlichen Aspekt in der programmatischen, taktischen und organisatorischen Herausbildung des Sozialismus dar. Wenn Lenin, Trotzki und andere marxistische RevolutionärInnen vor dem Ersten Weltkrieg und während des Krieges den Begriff „Populismus“ verwenden, dann beziehen sie sich in der Regel auf die VolksfreundInnen (Narodniki), die SozialrevolutionärInnen, die 1901 aus der Vereinigung verschiedener Gruppierungen der VolkstümmlerInnen hervorgingen, oder die Trudowiki (Parteigruppe der Arbeit), die 1906 gebildete Fraktion der Bauerndeputierten in der zaristischen Duma.

Die Haltung zum imperialistischen Krieg, der Übergang der Mehrheit der VolkstümmlerInnen zur Vaterlandsverteidigung, die Politik der Regierung Kerenski wie auch die Spaltung der SozialrevolutionärInnen in der russischen Revolution offenbaren praktisch das Wesen dieser Strömung. Um aber die ideologischen Wurzeln dieses Versagens und Verrats – nicht zuletzt an der Bauernschaft – zu verstehen, ist eine Kritik der theoretischen und politischen Grundannahmen dieser Strömung unerlässlich.

Die Kritiken, Schriften und Analysen bezüglich des Klassencharakters der SozialrevolutionärInnen sind auch ein wichtiger Ansatzpunkt für ein marxistisches Verständnis des Populismus. Das trifft ebenfalls auf die Diskussionen der Kommunistischen Internationale wie der trotzkistischen Bewegung bezüglich der rechten und linken „populistischen“ Formierungen nach dem Ersten Weltkrieg zu. Darunter fallen so unterschiedliche Phänomene und Personen wie der „linke“ Republikanismus eines La Follette in den USA, der kroatische „Bauernführer“ Radic, Pilsudski in Polen, der Faschismus und andere reaktionären Bewegungen des KleinbürgerInnentums. Schließlich muss in diesem Zusammenhang auch die Haltung zu den „national-revolutionären“ und „anti-imperialistischen“ Parteien und Bewegungen in den Kolonien und Halbkolonien betrachtet werden.

Ein Beispiel: Im Text „Clarity or Confusion“ aus dem Jahr 1939 stellt Trotzki, Bezug nehmend auf die Diskussionen um die peruanische APRA (Alianza Popular Revolucionaria Americana; dt.: Amerikanische Revolutionäre Volksallianz), eine Beziehung zwischen unterschiedlichen Parteien, Bewegungen und ideologischen Strömungen her:

„Die APRA ist in den Augen der Marxisten keine sozialistische Organisation, denn sie ist keine Klassenorganisation des revolutionären Proletariats. Die APRA ist eine Organisation der bürgerlichen Demokratie in einem rückständigen, halb-kolonialen Land. Aufgrund ihres sozialen Typus, der historischen Aufgaben und, bis zu einem bestimmten Grad, ihrer Ideologie, gehört sie derselben Klassifikation (class) an wie die russischen Populisten (Sozialrevolutionäre) und die chinesische Guomindang.

Die russischen Populisten waren viel reichhaltiger hinsichtlich ihrer Doktrin und ‚sozialistischen‘ Phraseologie als die APRA. Aber das hinderte sie nicht, die Rolle kleinbürgerlicher Demokraten, ja schlimmer, von rückständigen kleinbürgerlichen Demokraten zu spielen, die nicht über die Kraft verfügten, rein demokratische Aufgaben zu erfüllen – trotz des Opfermutes und der Hingabe ihrer besten Kämpfer.“ (1)

In diesen wenigen Sätzen verweist Trotzki auf das Phänomen „radikaler“, nicht-proletarischer Parteien der „kleinbürgerlichen Demokratie“ sowohl in imperialistischen wie halbkolonialen Ländern.

Die weitere Struktur dieses Artikels ist wie folgt: Zuerst werden die grundlegenden Auseinandersetzungen um die Frage „populistischer“ Parteien dargelegt und Kritik sowie Taktiken ihnen gegenüber diskutiert. Anschließend wird die von Trotzki skizzierte gemeinsame Klammer angewendet, um Schlussfolgerungen für ein marxistisches Verständnis von Populismus zu ziehen.

SozialrevolutionärInnen und VolkstümelerInnen

Ohne die offensive Auseinandersetzung mit der populistischen, volkstümlichen Tradition der revolutionären Intelligenz in Russland wäre die Entwicklung der ArbeiterInnenbewegung, insbesondere des Bolschewismus, unmöglich gewesen. Ein bedeutender Teil der frühen Schriften Lenins und anderer RevolutionärInnen dient der polemischen Abgrenzung und ideologischen Demarkierung von den „VolksfreundInnen“ und anderen „volkstümlichen“ Gruppierungen.

Die Auseinandersetzung am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts konzentriert sich dabei auf zwei, miteinander verbundene Fragestellungen: Muss Russland zwangsläufig eine kapitalistische Entwicklung durchlaufen? Ist die ArbeiterInnenklasse oder „das Volk“ die treibende, revolutionäre Kraft des Kampfes gegen den Zarismus?

Lenins *„Die Entwicklung des Kapitalismus in Russland“* (2) bietet eine umfassende Antwort auf die erste Frage. Lenin weist darin nach, dass die Fragestellung der VolkstümelerInnen von der Wirklichkeit beantwortet wurde. Der Kapitalismus hat sich durchgesetzt. Er prägt die Entwicklungsdynamik des Landes, wenn auch eine, die von enormer Ungleichzeitigkeit geprägt ist, wo die Ausdehnung der Industrie, des kapitalistischen Marktes, der Lohnarbeit in Stadt und Land mit einer enormen Rückständigkeit und Beibehaltung zahlreicher, die Entwicklung des Kapitalismus hemmender Institutionen einhergeht.

Er wirft den VolkstümelerInnen nicht nur vor, hinter der Realität zurückzubleiben, sondern kritisiert auch ihr grundlegend falsches Verständnis von Entwicklung des Kapitalismus, der Kleinproduktion und des Handwerks, die sie der kapitalistischen Großproduktion schematisch gegenüberstellen. So führt Lenin gegen die VolkstümelerInnen aus:

„Die Anerkennung der Fortschrittlichkeit dieser Rolle (des Kapitalismus; d. Verf.) ist (wie wir in jedem Stadium unserer auf Tatsachen gestützten Darlegung

eingehend zu zeigen bemüht waren) durchaus vereinbar mit der vollen Anerkennung der negativen und düsteren Seiten des Kapitalismus, mit der vollen Anerkennung der dem Kapitalismus unvermeidlich eigenen tiefen und allseitigen gesellschaftlichen Widersprüche, die den historisch vergänglichen Charakter dieses ökonomischen Regimes offenbaren.“ (3)

Die Entwicklung des Kapitalismus bedeutet für Lenin unweigerlich die Entwicklung seiner inneren Widersprüche - und damit die Entwicklung der Bedingungen für eine erfolgreiche Revolution.

Die VolksfreundInnen würden nicht nur den widersprüchlichen Charakter der Entwicklung negieren, sondern auch einen starren Gegensatz zwischen der russischen „Volksökonomie“ (der Bäuerinnen und Bauern) und „Volksindustrie“ einerseits sowie der kapitalistischen Industrie andererseits konstruieren.

„Er (Kriwenko; ein Theoretiker der VolksfreundInnen; Anm. d. Red.) konstruiert einen direkten Gegensatz zwischen ‚unserer Volksindustrie‘, d. h. der Kustarindustrie (Hausindustrie; d. Red.), und der kapitalistischen Industrie... ‚Die Volksproduktion‘ (sic!), sagt er, ‚entsteht in den meisten Fällen auf natürliche Weise‘, die kapitalistische Industrie dagegen ‚wird durchweg künstlich geschaffen‘. An einer anderen Stelle konstruiert er einen Gegensatz zwischen der ‚kleinen Volksindustrie‘ und der ‚großen kapitalistischen Industrie‘.“ (4)

Und weiter:

„Die natürliche Schlussfolgerung besteht darin, dass aus Unverständnis für den Zusammenhang die Kustarindustrie als ‚Volksindustrie‘ der kapitalistischen Industrie als ‚künstliche Industrie‘ gegenübergestellt wird. So kommt die Idee auf, der Kapitalismus widerspreche unserer ‚Volksordnung‘, (...) den Kapitalismus der Fabrikanten und Werke stellt man sich vor, wie er wirklich ist, die Kustarindustrie aber so, wie sie ‚sein könnte‘, den ersten auf Grund einer Analyse der Produktionsverhältnisse, die zweite, indem man, ohne auch nur versucht zu haben, die Produktionsverhältnisse gesondert zu betrachten, die Sache vielmehr ohne große Umschweife in das Gebiet der Politik verlegt. Man braucht sich nur der Analyse dieser Produktionsverhältnisse zuzuwenden, und man sieht, dass die ‚Volksordnung‘ dasselbe darstellt wie die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, wenn auch in unentwickeltem, keimhaftem Zustand.“ (5)

Diese Zitate illustrieren nicht nur die grundsätzlich unterschiedlichen Positionen

zu ökonomischen Einzelfragen, sondern dass Marxismus und Populismus gänzlich verschiedene Vorstellungen vom zentralen Antagonismus der russischen Gesellschaft haben mussten, warum sich Marxismus und Populismus nicht ergänzen konnten, sondern einander politisch ausschließen mussten.

Da die Volksindustrie als „natürlicher“ Teil einer „Volksordnung“ galt, musste diese gegen die „künstliche“ kapitalistische Entwicklung verteidigt und ideologisch beschönigt werden. Ihre „Auswüchse“ wie die Ausbeutung in der Kustarindustrie wurden von den SozialrevolutionärInnen nicht als unreife, unterentwickelte, teilweise besonders brutale Formen der entstehenden und sich durchsetzenden kapitalistischen Verhältnisse betrachtet. Die negativen Erscheinungen in der sog. Volksindustrie wurden als dieser eigentlich „fremd“ eingeschätzt.

Die Schlussfolgerung der „VolksfreundInnen“ bestand daher einerseits in der Idealisierung der „Volksindustrie“, die zur Vorstufe einer harmonischen „Volksordnung“ verklärt wurde und nur von ihren kapitalistischen Auswüchsen gereinigt werden musste, und andererseits dem Ruf nach Staatsintervention, um diese angebliche Harmonie (wieder) herzustellen.

Lenin verweist in seiner Polemik darauf, dass die „revolutionären Narodniki“ der 1870er Jahre noch hofften, ihre utopischen Ziele mit revolutionären Mitteln gegen den Zarismus durchzusetzen, während die VolkstümplerInnen um die Jahrhundertwende mehr und mehr zur systematischen Kompromisslerei mit dem Staat übergingen. Mit der „Volksindustrie“ wurde unwillkürlich und trotz politischer Opposition zum Zarismus auch der russische Staat verklärt.

Ihr Populismus basiert aber nicht nur auf einem Unverständnis des grundlegenden Antagonismus zwischen Lohnarbeit und Kapital und damit einer Ersetzung der ArbeiterInnenklasse durch das „Volk“. Dieses geht vielmehr mit einer Fehleinschätzung der Bauernschaft selbst einher, die zur revolutionären Klasse, gewissermaßen zum Kern des „Volkes“, stilisiert wird. Dabei zeigt die historische Erfahrung nicht nur, dass die Bauernschaft selbst zu keiner eigenständigen, von den Hauptklassen unabhängigen Politik fähig ist. Die VolkstümplerInnen mussten, um ihre utopische Zielsetzung der Wiedererrichtung einer „natürlichen“ Volksökonomie zu stützen, auch die Widersprüche innerhalb der Bauernschaft negieren.

Die Konkurrenz im Kapitalismus führt nicht nur zur fortschreitenden Vernichtung und Zersetzung des KleinbürgerInnentums, sondern notwendigerweise auch zur fortschreitenden Klassendifferenzierung innerhalb der Bauernschaft. Ein Teil wird zu LohnarbeiterInnen und Halb-ProletarierInnen, andere zwingt sie zu einer Existenz als kaum überlebensfähige Kleinbauernschaft oder Landlose. Schließlich steigen Teile auf, werden zu Großbauern und beginnen sogar, selbst TagelöhnerInnen und LohnarbeiterInnen auszubeuten.

Gegenüber dieser Entwicklungstendenz vertraten die SozialrevolutionärInnen (wie viele andere späte Ausprägungen des Populismus) ein reaktionäres, gesellschaftlich rückwärtsgewandtes Programm. Der Durchdringung aller Lebensbereiche durch die moderne industrielle Warenproduktion stellten sie die Rückkehr zu einer idealisierten Form der kleinen Warenproduktion, der zerstörten Dorfgemeinschaft oder der „Volksindustrie“ entgegen.

Diese reaktionäre Zielsetzung impliziert unwillkürlich auch, dass die Widersprüche unter den kleinbürgerlichen Schichten, im konkreten Fall in der Bauernschaft, als künstliche, von „außen“ ins Volk getragene interpretiert werden. Daher zielt das Programm der PopulistInnen, wie Lenin in „Was sind die Volksfreunde...?“ ausführlich darlegt, auf eine Abmilderung und Verschleierung der Widersprüche in der Bauernschaft. Diese wird entgegen ihrer realen Entwicklung als Einheit betrachtet, die es zu bewahren oder über staatliche Reformen wiederherzustellen gelte. Nicht Klassenkampf gegen die UnterdrückerInnen auf dem Land - und das heißt auch gegen die ausbeutenden Schichten der Bauernschaft - sondern Versöhnung mit den Verhältnissen durch mehr oder minder kosmetische Reformen wird zum Ziel.

Das Programm der SozialrevolutionärInnen beinhaltet zwar auch berechtigte demokratische Forderungen, sein grundlegender Gehalt ist jedoch reaktionär. Es versucht, das Rad der Geschichte zurückzudrehen.

Akzeptiert man die Grundannahmen der SozialrevolutionärInnen über den (russischen) Kapitalismus, so ist es nur folgerichtig, die wachsenden Gegensätzen unter der Bauernschaft, im „Volk“, zu leugnen. Ansonsten würde den PopulistInnen ihr Subjekt der Veränderung unwillkürlich zerbrechen.

Im Gegensatz zum Marxismus begreifen sie nämlich „das Volk“ - und das heißt eben auch das gesamte KleinbürgerInnentum - als einheitliches Ganzes, das nicht

„gespalten“, sondern miteinander versöhnt werden soll. Was für die Bauernschaft gilt, soll letztlich für die Gesellschaft zutreffen. Daher ist der Ruf nach staatlicher Intervention (und zwar durch den zaristischen Staat) schon bei den VolksfreundInnen kein Zufall, sondern notwendige Ergänzung zu einem utopischen Programm.

In der Haltung zur Bauernschaft zeigt sich aber deutlich der politische Kern der Differenz zwischen Marxismus und Populismus (selbst in einer vergleichsweise linken, „sozialistischen“ Form wie der frühen SozialrevolutionärInnen in Russlands). Während die MarxistInnen die Widersprüche zwischen den Klassen und damit auch unter den verschiedenen Schichten des KleinbürgerInnentums zuspitzen, also auch auf dem Land den Klassenkampf vorantreiben wollen, versuchen die SozialrevolutionärInnen, die Entwicklung des Klassenantagonismus auf dem Land verzweifelt aufzuhalten. Sie wollen nicht die Zuspitzung, sondern die Befriedung des Gegensatzes.

Ideologisch leistet dabei der Volksbegriff den wertvollen Dienst, eine imaginäre Einheit im (russischen) Volk zu schaffen. Alles, was die „Einheit“ stört, kommt von außen, gehört eigentlich nicht zum Volk oder widerspricht in der volkstümlerischen Ideologie dem imaginierten „Volkscharakter“. Die „natürliche Volksordnung“ scheint dabei im Gegensatz zum Kapitalismus zu stehen, der selbst als dem eigentlichen Russland äußerliches Verhältnis begriffen wird. Folgerichtig gehören die GroßkapitalistInnen nicht wirklich „zum Volk“, aber auch die ArbeiterInnenklasse – selbst Produkt einer „volksfremden“ Produktionsweise – kann nicht zentrales Subjekt der Befreiung sein, da das „befreite Russland“ als harmonische Welt kleiner WarenproduzentInnen, von Bauern, HandwerkerInnen, allenfalls Genossenschaften vorgestellt wird, die ein sorgender Staat schützen und fördern soll.

Das taktische Arsenal der revolutionären Sozialdemokratie und später des Bolschewismus gegenüber den VolksfreundInnen und den Sozialrevolutionärinnen beschränkte sich nicht auf Kritik. Lenin betont bei aller polemischen Schärfe die Möglichkeit und Notwendigkeit der taktischen Zusammenarbeit im Kampf um demokratische Forderungen und die Rechte der Bauern. Er betont auch, dass die Sozialdemokratie dazu ein eigenes Agrarprogramm braucht.

Um überhaupt eine Taktik gegenüber den kleinbürgerlichen Massen und deren Parteien anwenden zu können, darf die ArbeiterInnenklasse aber in keinem Fall

auf ihre politische, programmatische und organisatorische Unabhängigkeit verzichten. Ansonsten droht sie unweigerlich, selbst in eine kleinbürgerliche Richtung abzugleiten.

Die jahrelange, umfassende Kritik an den SozialrevolutionärInnen und anderen „radikalen“ kleinbürgerlichen Strömungen war eine unerlässliche Voraussetzung zur Formierung und Festigung des Marxismus und der Schaffung einer revolutionären Partei in Russland. Ohne ideologische Abgrenzung und Siege über den Populismus wäre der Aufbau einer proletarischen Partei, die die Massen führen kann, unmöglich gewesen.

Russische Revolution 1917

Mit dem Ersten Weltkrieg und der Russischen Revolution wurden Programm und Doktrin der SozialrevolutionärInnen dem Lackmустest der Geschichte unterworfen. Die „Bauernpartei“ verriet die Bauern. Die Verteidiger der „Volksordnung“ wurden VaterlandsverteidigerInnen und teilweise glühende ChauvinistInnen.

Auf den ersten Blick schien die Februarrevolution jedoch die marxistische Kritik zu widerlegen, das Programm und die Politik der SozialrevolutionärInnen zu bestätigen. Die russische Revolution nahm zwar in den städtischen Zentren ihren Ausgang, aber von Beginn an spielte die Stimmung in der Armee, einem Millionenheer von Bauern, die sich nach Land und Frieden sehnten und zu einer kompakten Masse verbunden worden waren, eine viel größere Rolle als in der Revolution 1905.

Die Vorherrschaft des SozialrevolutionärInnen und der mit ihnen verbündeten Menschewiki drückte jedoch vor allem die Unreife der Revolution und selbst der ArbeiterInnenklasse aus.

„Zu Beginn der Revolution war die Partei der Sozialisten-Revolutionäre auf dem ganzen Gebiete des politischen Lebens dominierend. Bauern, Soldaten, sogar Arbeiter stimmten unter den Volksmassen für die Sozialisten-Revolutionäre. (...) Nach Abzug der rein kapitalistischen und Großgrundbesitzer-Gruppen und der Zensus-Elemente der Gebildeten stimmten Alle und Alles für die revolutionären ‚Nardoniki‘. Das entsprach ganz dem anfänglichen Stadium der Revolution, da die Klassengrenzen noch nicht scharf geschieden waren, und der Drang nach einer

sogenannten einheitlichen revolutionären Front seinen Ausdruck in dem verschwommenen Programm derjenigen Partei fand, die sowohl den Arbeiter, der sich vom Bauernstand loszutrennen fürchtete, wie den Bauer, der Land und Freiheit suchte, wie auch den Intellektuellen, der diese beiden zu lenken trachtete, und den Beamten, der sich an das neue Regime anzupassen suchte, unter ihre Fittiche nahm.“ (6)

Die Revolution selbst musste jedoch die Basis der SozialrevolutionärInnen untergraben, die letztlich im Zurückbleiben des Bewusstseins der Masse der ArbeiterInnen, Soldaten und Bauern hinter den Erfordernissen der Revolution ihre Ursache hatte. Die SozialrevolutionärInnen (und die Menschewiki) hätten die Macht erobern können - sie hofften aber, diese mit der liberalen Bourgeoisie zu teilen. Wo sie den Massen Substantielles versprechen (Landreform, Konstituierende Versammlung) verschoben sie die Erfüllung in die Zukunft und setzten in der Gegenwart das Programm der Bourgeoisie und des russischen Imperialismus um. Statt „Frieden“ zu schließen, wurde der Krieg fortgesetzt, statt auf ihr Land zurückzukehren, mussten die Bauern nun für den „demokratischen“ Krieg krepieren.

Die IdeologInnen, WortführerInnen und, für eine bestimmte Zeit, selbsternannten „RevolutionsführerInnen“ unter den SozialrevolutionärInnen stellten nicht die Bauern, sondern die VertreterInnen der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Intelligenz - vor allem Anwälte, Beamte, Offiziere, LehrerInnen und JournalistInnen. Das selbst ist kein Zufall. Die bürgerliche Intelligenz bildet im Kapitalismus einen bedeutenden Teil des KleinbürgerInnentums beziehungsweise heute der lohnabhängigen Mittelschichten.

Als solche ist sie unter normalen bürgerlichen Bedingungen immer an vorderster Front des Parlamentarismus, der kleinbürgerlichen Demokratie zu finden. Es entspricht auch ihrer Klassenlage, sich zu den WortführerInnen verschiedener Spielarten des Populismus zu machen. Eine Ideologie, die gegensätzliche Klasseninteressen zu versöhnen trachtet, entspricht der gesellschaftlichen Zwischenstellung dieser „gebildeten“ Schichten.

Doch eine krisenhafte Entwicklung und erst recht eine Revolution enthüllen die Phrasenhaftigkeit des Populismus. Die „allmächtige“ Sozialrevolutionäre Partei - bis zur Oktoberrevolution noch immer eine Partei mit Massenanhang - erweist sich als politisch ohnmächtig. Sie zerbricht in der Revolution und spaltet sich, je

mehr sich die Klassengesätze in der russischen Revolution entfalten. Der rechte Flügel geht ins Lager der offenen Reaktion über und versucht sich selbst in der Errichtung einer bonapartistischen Herrschaft, um die Revolution zu zerschlagen. Die Regierung Kerenski bereitet neue „Offensiven“ an der Front vor, paktiert mit putschistischen Militärs, versucht, die Bolschewiki und Räte zu zerschlagen sowie die Aufstandsbewegung der eigenen bäuerlichen Basis zu vernichten. Sie unterstützt die Armeeführung, die GroßkapitalistInnen und GrundbesitzerInnen. Die „Mitte“ der Partei wird immer mehr marginalisiert, geht aber in allen entscheidenden Fragen mit den Rechten.

Die Zuspitzung des Klassenkampfes entfremdet aber zugleich die linken SozialrevolutionärInnen mehr und mehr von ihrer Partei. Der Druck der Massen schiebt sie nach links. Aber ohne die Politik der bolschewistischen Partei wäre diese Bewegung wahrscheinlich nur eine radikale Episode geblieben. Sie sind es, die die linken SozialrevolutionärInnen in der Revolution, im Aufstand führen.

Die Politik der Bolschewiki gegenüber den SozialrevolutionärInnen und vor allem die Taktik gegenüber ihrem linken Flügel stellt bis heute ein zentrales Beispiel für prinzipienfeste revolutionäre Politik gegenüber populistischen Parteien und deren kleinbürgerlicher Massenbasis dar.

Hier gilt es zuerst, deren Unversöhnlichkeit gegenüber der Theorie, dem Programm und der konkreten Taktik dieser Parteien hervorzuheben. Das sogenannte „Sektierertum“ der Bolschewiki gegenüber der vorherrschenden versöhnlerischen Stimmung zu Beginn der Russischen Revolution, deren Ausdruck die Stärke der SozialrevolutionärInnen war, schuf die Vorbedingung für den späteren Aufstieg der Partei Lenins. Der Kampf gegen die rechten Bolschewiki, der Bruch mit der Etappentheorie und der Übergang zur Theorie der permanenten Revolution waren die andere Seite dieser charakteristischen Unversöhnlichkeit.

Zum anderen wandten die Bolschewiki systematisch die Taktik der Einheitsfront gegenüber den SozialrevolutionärInnen an. Das betraf keineswegs nur den linken Flügel, sondern die gesamte Partei (und die Menschewiki), trotz ihres kleinbürgerlichen, sozial-chauvinistischen Charakters. So stellten die Bolschewiki an entscheidenden Punkten der Entwicklung der Revolution immer wieder die Forderung an die SozialrevolutionärInnen und Menschewiki, mit der Bourgeoisie zu brechen - wohl wissend, dass die Spitzen der Partei und erste recht deren

Minister um jeden Preis diesen Bruch vermeiden wollten.

Gerade diese Politik führte aber dazu, dass der Bolschewismus die Hegemonie der SozialrevolutionärInnen unter den Soldaten und auf dem Land untergraben konnte. Neben einer Stärkung des Kommunismus in Teilen der Armee und auf dem Land trug sie vor allem zur Differenzierung und letztlich zur Spaltung der SozialrevolutionärInnen selbst bei.

Dabei kam den russischen MarxistInnen zugute, dass sich ihre Einschätzung der Bauernschaft als weitaus realistischer erwies als die harmonische Vorstellung der Narodniki. Der Krieg verschärfte die Klassengegensätze in der Bauernschaft sowohl in der Armee als auch auf dem Land, wo ein regelrechter BürgerInnenkrieg entbrannte. Die Bolschewiki verteidigten als einzige Partei konsequent die „illegalen“ Landnahmen der Bauernschaft im Sommer 1917, während die sozial-revolutionär geführte Regierung die GroßgrundbesitzerInnen unterstützte. All das trieb die linken SozialrevolutionärInnen nach links und schuf damit die Basis für ein (schwankendes) Bündnis mit den Bolschewiki.

„Populistische“ Parteien und die Kommunistische Internationale

Die SozialrevolutionärInnen bilden für die Betrachtung des „Populismus“ einen wichtigen Ausgangspunkt. Dass sie sich in Russland bildeten, hängt zweifellos eng mit der verspäteten bürgerlichen Revolution und dem gesellschaftlichen Gewicht der Bauernschaft zusammen. Daher könnten die SozialrevolutionärInnen auch als Ausdruck einer für überwiegend agrarische Länder typischen Rückständigkeit interpretiert werden, die im Lauf der kapitalistischen Entwicklung an Bedeutung verliert, zumal in den fortgeschritteneren Ländern, wo die Bauernschaft nur noch einen sehr kleinen Teil der Bevölkerung ausmacht.

In seiner Imperialismustheorie weist Lenin jedoch auch auf eine andere Quelle der Bildung von möglichen „populistischen Formationen“ hin, die mit der Entstehung des Imperialismus und der dominierenden Rolle des Finanzkapitals untrennbar verbunden ist.

„Da zu den politischen Besonderheiten des Imperialismus die Reaktion auf der ganzen Linie sowie die Verstärkung der nationalen Unterdrückung in Verbindung mit dem Druck der Finanzoligarchie und mit der Beseitigung der freien

Konkurrenz gehören, so tritt mit Beginn des 20. Jahrhunderts in fast allen imperialistischen Ländern eine kleinbürgerlich-demokratische Opposition gegen den Imperialismus auf. Und der Bruch Kautskys und der weitverbreiteten internationalen Strömung des Kautskyanertums mit dem Marxismus besteht gerade darin, daß Kautsky es nicht nur unterlassen, es nicht verstanden hat, dieser kleinbürgerlichen, reformistischen, ökonomisch von Grund aus reaktionären Opposition entgegenzutreten, sondern sich im Gegenteil praktisch mit ihr vereinigt hat.“ (7)

Lenin stellt damit eine Verbindung zwischen Imperialismus und neu entstehenden politischen Bewegungen her, die eine reaktionäre, rückwärtsgewandte Kritik des Kapitalismus vertreten. Er hat dabei Kampagnen wie die Anti-Trust-Bewegung in den USA im Auge, gewissermaßen Vorläuferinnen des kleinbürgerlichen Flügels der Anti-Globalisierungsbewegung. Schon 1916 geht es Lenin dabei vor allem darum, dass diese „Anti-MonopolistInnen“ (ähnlich wie die PazifistInnen) im Krieg in der Regel zu VaterlandsverteidigerInnen werden, den „Imperialismus“ vor allem beim Kriegsgegner erblicken.

Die Entwicklung nach dem Ersten Weltkrieg führt aber auch zur Bildung von „populistischen“ Bewegungen in einer Vielzahl von Ländern. Im Folgenden werden wir uns hier mit zwei verschiedenen Phänomenen beschäftigen. Erstens mit der Entstehung von populistischen Strömungen in Europa und den USA. In diesem Zusammenhang werden wir auch auf die Diskussion um den Faschismus kurz eingehen. Zweitens mit national-revolutionären und bürgerlich-nationalistischen Parteien und Bewegungen in den Kolonien und Halbkolonien.

Diskussion um die „Arbeiter- und Bauernparteien“

Nachdem die herrschenden Klassen Europas den ersten revolutionären Ansturm nach dem Weltkrieg mithilfe der Sozialdemokratie und aufgrund der Unreife der kommunistischen Parteien abwehren konnten, bilden sich in vielen Ländern unterschiedlich geartete „populistische“ Formationen. In der Kommunistischen Internationale werden diese Fragen durchaus kontrovers diskutiert, wobei die Degeneration nach dem Vierten Weltkongress unter Führung Sinowjews und später Stalins zu einer Reihe opportunistischer Fehler und prinzipienloser politischer Anpassung führt.

Nach der Niederlage der Revolution in Deutschland und der Ausschaltung der linken Opposition setzte die Führung der Kommunistischen Internationale unter Sinowjew auf eine Mischung aus Ultra-Linkstum (kategorische Ablehnung der zeitweiligen Stabilisierung des Kapitalismus nach der strategischen Niederlage in Deutschland, frühe Formen der Sozialfaschismustheorie) und Opportunismus. So schreibt Trotzki über die Entwicklung nach der Niederlage 1923 und die Perspektiven des Fünften Weltkongresses der Kommunistischen Internationale:

„In demselben Maße, in dem innerhalb des Proletariats eine offenbare, wachsende Rechtsschwenkung vor sich ging, begann die Kommunistische Internationale die Linie der Idealisierung des Bauerntums, eine ganz unkritische Übertreibung aller Symptome des ‚Bruchs‘ desselben mit der bürgerlichen Gesellschaft, eine Schönfärberei aller möglichen bäuerlichen Scheinorganisationen und eine direkte Hochpäppelung von ‚bäuerlichen‘ Demagogen.“ (8)

So wurde neben der Kommunistischen Internationale auch der Aufbau einer eigenen „Bauerninternationale“ forciert. Deren Vertreter entpuppten sich jedoch rasch als unsichere Verbündete. So wurde Stjepan Radic, der Führer der kroatischen „Bauernpartei“, 1924 noch von Sinowjew in höchsten Tönen gelobt:

„Innerhalb der Bauernschaft findet augenblicklich ein wichtiger Umschwung statt. Ihr habt sicher alle bereits gehört von der kroatischen Bauernpartei Radics. Radic befindet sich augenblicklich in Moskau. Das ist ein richtiger Volksführer ... Hinter Radic steht einheitlich die gesamte arme und mittlere Bauernschaft Kroatiens ... Radic hat jetzt im Namen seiner Partei beschlossen, sich an die Bauerninternationale anzuschließen. Wir halten dieses Ereignis für sehr wichtig ...

Die Bildung der Bauerninternationale ist ein außerordentlich großes Ereignis. Einige Genossen haben nicht geglaubt, dass daraus eine große Organisation heraus wachsen wird ... Jetzt bekommen wir eine große Hilfsmaschine - das Bauerntum ...“ (9)

Kurz nachdem der „Volksführer“ solche politischen Höhen erklommen hatte, kehrte er nach Kroatien zurück, sagte sich schon ein Jahr später, 1925, von der „Bauerninternationale“ los, söhnte sich mit der Monarchie aus und trat der jugoslawischen Regierung bei.

Auf ähnlich tönernen Füßen stand die Anbiederung an La Follette, einen „linken“ Populisten in den USA, der auch zum „Farmerführer“ hochstilisiert wurde. La Follette war bis 1925 Senator für Wisconsin und Mitglied der Republikanischen Partei, trat aber 1924 für die „Progressive Partei“ als dritter Kandidat zu den Präsidentschaftswahlen an. Er war zweifellos ein bürgerlicher Politiker, wenn auch mit Anhang unter Farmern und den Gewerkschaften, und erhielt immerhin 17 Prozent der Stimmen.

Teile der Führung der Kommunistischen Partei der USA betrachteten die Bewegung La Follettes jedoch als Ausgangspunkt für die Schaffung einer „Arbeiter- und Bauernpartei“, die sich immer weiter radikalisieren würde. Millionen Farmer, so die Prawda im Juli 1924, würden durch die Agrarkrise in den USA *„freiwillig oder unfreiwillig auf einmal (!) zu der Arbeiterklasse hingestoßen.“* (10)

Die Kommunistische Partei und die Kommunistische Internationale erwogen nicht nur eine Unterstützung der Wahl LaFollettes, sondern sahen auch die Stunde zur Bildung einer „ArbeiterInnen- und Bauernpartei“ in den USA gekommen.

„Die Presse sprach andauernd über die nahe bevorstehende Bildung einer Arbeiter- und Farmerpartei in Amerika zum Sturze des Kapitals, auf einer nicht rein proletarischen, ‚aber klassenmäßigen‘ Grundlage. Was der ‚nicht proletarische, aber klassenmäßige‘ Charakter bedeuten sollte, konnte kein Weiser weder diesseits noch jenseits des Ozeans deuten. Letzten Endes war das ja nur eine pepperisierte Ausgabe des Gedankens einer ‚gemeinsamen Arbeiter- und Bauernpartei‘, auf die wir noch in Verbindung mit den Lehren der chinesischen Revolution ausführlicher zu sprechen kommen. Hier genügt es nur festzustellen, dass diese reaktionäre Idee von nichtproletarischen, aber klassenmäßigen Parteien voll und ganz der pseudolinken Politik des Jahres 1924 entsprungen ist, welche sich, da sie den Boden unter den Füßen verlor, an Radic, La Follette und an die aufgebauchten Zahlen der Bauerninternationale klammerte.“ (11)

Das opportunistische Abenteuer in den USA endete abrupt, nachdem sich die FührerInnen der „Progressiven Partei“ als Anti-KommunistInnen erwiesen hatten und jede Unterstützung durch die KommunistInnen ablehnten. Damit verschwand auch das Projekt der ArbeiterInnen- und Bauernpartei in den USA stillschweigend von der Bildfläche, die von der Kommunistischen Partei vorsorglich schon gegründet worden war.

Die Politik des Jahres 1924 ist so wichtig, weil diese opportunistischen Fehler später in der chinesischen Revolution und bei der Charakterisierung der Guomindang (Kuomintang) in einem weit größeren, tragischen Maße wiederholt werden sollten.

Die Idee der ArbeiterInnen- und Bauernpartei selbst stellt keine „kluge Taktik“, sondern einen fundamentalen Bruch mit dem Marxismus dar. Es geht dabei nicht darum, ob KommunistInnen in eine solche Formation intervenieren sollen oder nicht. In den Diskussionen in den USA ging es darum, eine solche „Zwei-Klassen-Partei“ selbst zu schaffen. Das bedeutet jedoch, dass die KommunistInnen ihr Ziel, ja den Kampf um eine Partei, die auf einem revolutionären, sozialistischen Programm fußt, aufgeben müssen. Schließlich kann eine Partei, die sich einerseits auf das Proletariat, andererseits auf eine Klasse von KleineigentümerInnen und kleinen WarenproduzentInnen stützt, nicht konsequent kommunistisch, also für die Abschaffung der Warenproduktion, sein.

Eine solche Partei würde allenfalls eine linke Neuauflage der russischen SozialrevolutionärInnen darstellen - samt all ihrer inneren Widersprüche.

Die Kommunistische Internationale wandte sich nach dem Fiasko in den USA Ende 1924 von der Ausrichtung auf die Bauernschaft und der Schaffung von ArbeiterInnen- und Bauernparteien ab. Sie vollzog diesen Schritt aber aus rein empirischen Gründen, aufgrund des offenkundigen und peinlichen Scheiterns des opportunistischen Abenteuers. Eine gründliche Bilanz und Selbstkritik blieben aus. Kein Wunder also, dass sich die Tragödie wiederholen sollte.

Pilsudski in Polen

Ein weiteres, dramatischeres Beispiel für eine solche Fehleinschätzung ist die Anbiederung an die Militärregierung Pilsudski 1926. Die Kommunistische Internationale vollzog schon 1925 politisch eine Rechtswende, die sich in der Kodifizierung der Ideologie vom Aufbau des Sozialismus in einem Land und der rechten Politik in der Sowjetunion (inklusive der dafür notwendigen programmatischen Verrenkungen) selbst äußerte; sie forcierte die Bereicherung der mittleren und größeren Bauern auf dem Land und wandte sich gegen eine rasche Industrialisierung der Sowjetunion.

Außenpolitisch sind die wichtigsten Beispiele für diese Wende das „anglo-

russische Gewerkschaftskomitee“ und die rechte, opportunistische Politik in China. Die strategische Ausrichtung auf die „demokratische Diktatur der ArbeiterInnen- und Bauern“, die Lenin und die Bolschewiki in der russischen Revolution hinter sich gelassen hatten, wurde wiederbelebt - nicht nur in kolonialen und halb-kolonialen Ländern wie China, Indien oder der Türkei, sondern auch in Polen.

Anschließend an die oben beschriebenen ersten Vorstöße sind die politischen Entwicklungen 1926 für die Diskussion gegenüber kleinbürgerlichen, „radikalen“ wie reaktionären Kräften entscheidend. In diesem Jahr putschte der polnische Marschall Pilsudski und errichtete eine bonapartistische Diktatur.

Bei seinem Staatsstreich im Mai 1926 stützte er sich nicht nur auf ganze Regimenter der polnischen Armee, sondern auch auf die Bauernschaft sowie unzufriedene Teile des städtischen Kleinbürgertums und der ArbeiterInnenklasse. Das korrupte, politisch instabile und wenig handlungsfähige Parteiensystem war den Massen verhasst. Die verschiedenen Fraktionen des polnischen „Liberalismus“ stritten im Parlament vor allem um ihre Pfründe und ihren Anteil an den Profiten in einem krisengeschüttelten kapitalistischen System.

Pilsudski, der schon im Krieg gegen die Rote Armee Staatschef und Oberkommandierender der Armee war, präsentierte sich als „Retter der Nation“ vor einem korrupten Parteiensystem - heute würde man „Establishment“ sagen. Der glühende Anti-Kommunist gab sich zugleich als „sozial“ und „volksnah“, wobei ihm seine Wurzeln im nationalistischen Flügel des polnischen Sozialismus (der PPS) zugutekamen. Die PPS selbst stand der Machtergreifung positiv gegenüber, auch wenn sie sich nach 1926 formell als Oppositionspartei präsentierte.

Die Polnische Kommunistische Partei, deren Führung sich dem Kurs der Sowjetbürokratie unter Stalin anzupassen suchte, interpretierte den Putsch Pilsudskis im Sinne der rechten Politik der Kommunistischen Internationale als einen Schritt zur „demokratischen Diktatur der ArbeiterInnen und Bauern“ und rief die ArbeiterInnenklasse zur Unterstützung der Machtergreifung auf.

Die Realität der Diktatur Pilsudskis zwang die polnische Partei nicht nur zu einer raschen Korrektur, sondern sogar zu einer kritischen Bilanz ihres verheerenden Fehlers, ohne jedoch dessen Ursachen zu erfassen. Im Juli 1926 trat das

Exekutivkomitee der KI zusammen und Warski legte im Namen der Partei eine Selbstkritik vor. In der Diskussion konnte auch Trotzki das Wort ergreifen. Sein Beitrag ist von Interesse, weil er die politischen Ursachen des Aufstiegs Pilsudskis untersucht. Zweifellos enthält Trotzki's eigene Einschätzung die Schwäche, die Diktatur Pilsudskis (im Gegensatz zu Isaac Deutscher und der späteren polnischen Linksopposition) als Form des „Faschismus“ zu bezeichnen. Nichtsdestotrotz liefert Trotzki eine kurze, treffende Analyse des Zusammenwirkens von Krise, Radikalisierung im KleinbürgerInnentum und einer „präventiven Konterrevolution“. Zusammenfassend charakterisierte Trotzki den Putsch folgendermaßen:

„Das ist eine antiparlamentarische und vor allem antiproletarische Konterrevolution, mit deren Hilfe die niedergehende Bourgeoisie - und zumindest für einige Zeit nicht ohne Erfolg - versucht, ihre grundlegenden Positionen zu verteidigen und zu halten.“ (12)

Der Pilsudski-Putsch versuchte, so Trotzki, ähnlich wie der Faschismus in Italien (und am linken Flügel der bürgerlichen Revolution in Frankreich der Jakobinismus) die bürgerliche Ordnung mit den Mitteln einer kleinbürgerlichen Bewegung zu retten, die sich selbst gegen die traditionellen bürgerlichen parlamentarischen Herrschaftsformen wandte, die der Bourgeoisie nicht mehr die reibungslose Herrschaft sichern können. Aber die Bourgeoisie fürchtet zugleich die Turbulenzen, Erschütterungen, Verwerfungen, die eine solche Mobilisierung mit sich bringt. Das erklärt auch den Konflikt zwischen der rechten Reaktion vom rechten Populismus bis hin zum Faschismus einerseits und den traditionellen Parteien der Bourgeoisie andererseits, da die Errichtung einer autoritären oder bonapartistischen Herrschaft sowie eine Reorganisation der Herrschaftsform und Institutionen immer eine Periode der Instabilität einschließt (bis hin zur Institutionalisierung eines präventiven Bürgerkrieges).

In seinem Beitrag nimmt Trotzki dabei Bezug auf einen Einwand Warski's. Dieser weist darauf hin, dass die parlamentarische Demokratie doch die eigentliche politische Domäne des KleinbürgerInnentums wäre. Trotzki entgegnet darauf folgendermaßen:

„Jedoch nicht immer und nicht unter allen Bedingungen. Sie kann ihre Leuchtkraft auch verlieren, dahindämmern und mehr und mehr ihre Schwächen zeigen. Und da sich die Großbourgeoisie auch in einer Sackgasse befindet, wird

die parlamentarische Demokratie zu einem Spiegel einer ausweglosen Situation und des Niedergangs der bürgerlichen Gesellschaft in ihrer Gesamtheit. Das Kleinbürgertum, das dem Parlamentarismus eine so große Bedeutung zugemessen hat, beginnt selbst, dessen Last zu fühlen und nach außerparlamentarischen Auswegen zu suchen. Der Pisludskismus ist ein Versuch, auf die Probleme des Kleinbürgertums eine außerparlamentarische Antwort zu geben. Aber darin liegt auch schon die Ursache für die unvermeidliche Kapitulation vor der Großbourgeoisie. (...) Auf den ersten Blick erscheint es, als würde sich das Kleinbürgertum mit dem Schwert in der Hand gegen das bürgerliche Regime wenden, aber seine Revolte endet mit der Übergabe der Macht an die große Bourgeoisie durch ihre eigenen Führer, jener Macht, die sie auf dem Weg des Blutbades ergriffen hat.“ (13)

Entscheidend ist die Betrachtung des Kleinbürgertum und der Mittelschichten in Krisenperioden, auch wenn Trotzki 1926 eine Tendenz an den Tag legt, diese Reaktionen unisono als mehr oder weniger entwickelte Formen des Faschismus zu charakterisieren. Ohne Probleme lässt sich die Analyse aber auch auf andere, nicht-faschistische Formen „populistischer“ Kräfte anwenden. KleinbürgerInnen und Mittelschichten (bis hin zu Teilen der ArbeiterInnenklasse) verlieren in der Krise ihr Vertrauen in die parlamentarische Demokratie und suchen nach „außerparlamentarischen“ Alternativen, die gegen die etablierten Formen demokratischer Herrschaft und die diese tragenden Parteien gerichtet sind.

Der Fehler der KP lag aber darin, dies als Ausdruck der wirklichen Bedürfnisse des KleinbürgerInnentums zu interpretieren und damit zu ignorieren, dass es vielmehr eine reaktionäre kleinbürgerliche Bewegung war, die nur zu einer Errichtung der Herrschaft der Großbourgeoisie, wenn auch in anderer Form (autoritäre Diktatur) führen konnte. Damit verweist er schon darauf, dass jede solche Bewegung, wo sie an die politische Macht kommt, dazu tendiert, autoritäre oder bonapartistische Herrschaftsformen zu etablieren, die politische Macht in „einer Hand“ zu konzentrieren und damit die Machtmittel gegen die ArbeiterInnenklasse weiter zu zentralisieren und zu festigen.

Der Grundfehler in der Analyse besteht dabei darin, das KleinbürgerInnentum oder die Mittelschichten als eine selbstständige politische Kraft zu betrachten, die unabhängig von den Hauptklassen ein eigenes Regime, im Falle der stalinisierten Kommunistischen Internationale, eine „demokratische Diktatur“ errichten könne.

Deutschland: „Volksrevolution“ oder proletarische Revolution?

Auch die KPD vertrat in den 1920er Jahren und insbesondere auch ihrer ultralinken Periode einige Abweichungen Richtung Populismus und Nationalismus, die verdeutlichen, welche Fehler eine falsche Klassenanalyse mit sich bringt.

Dabei wurden zwei miteinander verbundene Fragestellungen diskutiert. Erstens warfen die Bedingungen des Versailler Friedens die Frage auf, ob Deutschland noch eine imperialistische Macht oder vielleicht schon eine Halbkolonie geworden wäre und somit der Kampf gegen das „Diktat von Versaille“ eine ungewöhnliche Form des Antiimperialismus darstellen würde. Aus dieser (falschen) Analyse speiste sich nicht nur die reaktionäre Strömung des „National-Bolschewismus“, sondern auch die Position Thalheimers, der der deutschen Bourgeoisie im Kampf gegen die Ruhr-Besetzung eine „objektiv revolutionäre Außenpolitik“ attestierte. Die sogenannte „Schlageter-Rede“ Radeks vor dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale stellte eine extrem opportunistische Spielart der Anpassung an die nationalistischen Stimmungen des Kleinbürgertums dar.

Schlageter war ein Angehöriger der Freikorps und der „Großdeutschen Arbeiterpartei“, einer NSDAP-Tarnorganisation. Im Widerstand gegen die Ruhrbesetzung durch Frankreich im Jahr 1923 wurde er festgenommen, von einem französischen Militärgericht wegen Sabotage und mehrerer Sprengstoffanschläge verurteilt und exekutiert.

In seiner Rede vom Juni 1923 ehrt Radek den *„mutigen Soldaten der Konterrevolution“*, der es verdiene, *„von uns Soldaten der Revolution männlich-ehrlich gewürdigt zu werden.“* Und weiter: *„Wir werden alles tun, daß Männer wie Schlageter, die bereit waren, für eine allgemeine Sache in den Tod zu gehen, nicht Wanderer ins Nichts, sondern Wanderer in eine bessere Zukunft der gesamten Menschheit werden. (...) Die Sache des Volkes zur Sache der Nation gemacht, macht die Sache der Nation zur Sache des Volkes.“* (14)

Radek und für einige Zeit auch die KPD-Führung hofften, durch eine extreme Anpassung an die rechten ArbeiterInnen und KleinbürgerInnen diese für „die Sache der Revolution“ zu gewinnen. In Wirklichkeit hat dieser Kurs wie alle anderen nationalistischen Anpassungen nur die eigenen Reihen verwirrt und den Internationalismus geschwächt. Zugute kam diese Linie den Rechten, die sie als

Bestätigung ihrer nationalistischen Ideologie ausschalteten, und der Sozialdemokratie, die jedes dieser reaktionären Abenteuer ausnutzte, um die reformistischen ArbeiterInnen gegen die Agitation und Propaganda der KPD zu immunisieren. Oft genug stellten die nationalistischen Anpassungen die Grundlage für die andere Seite der Sozialfaschismustheorie dar.

Besonders dramatisch zeigte sich diese Anbiederung beim sog. „Roten Volksentscheid“ und der *„Programmerklärung der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung des Deutschen Volkes“* (15) aus dem Jahr 1930. Die Revolution wurde zur „Volksrevolution“. Diese nationalistische Propaganda war die Kehrseite der ultralinken Weigerung, die Sozialdemokratie zur Bildung einer Einheitsfront gegen den Faschismus aufzufordern. Die Ersetzung des Begriffs der proletarischen Revolution durch die „Volksrevolution“ kritisierte Trotzki scharf und klar:

„Natürlich ist jede große Revolution eine Volksrevolution oder nationale Revolution in dem Sinne, daß sie alle lebensfähigen und schöpferischen Kräfte der Nation um die revolutionäre Klasse schart, die Nation um einen neuen Kern herum organisiert. Aber das ist keine Kampfparole, sondern eine soziologische Beschreibung der Revolution, die ihrerseits genaue und konkrete Begriffe erfordert. ‚Volksrevolution‘ als Slogan ist eine Leerformel, Scharlatanerie; macht man den Faschisten auf diese Art Konkurrenz, so ist der Preis, daß man die Köpfe der Arbeiter mit Verwirrung erfüllt.“ (16)

Und weiter:

„Nun die neue Wendung: Volksrevolution anstelle der proletarischen Revolution. Der Faschist Strasser sagt: 95 Prozent der Bevölkerung haben Interesse an der Revolution, folglich ist das keine Klassen-, sondern eine Volksrevolution. Thälmann stimmt in den Chor ein. Die Arbeiter-Kommunisten müßten dem faschistischen Arbeiter sagen: Natürlich werden 95, wenn nicht 98 Prozent der Bevölkerung vom Finanzkapital ausgebeutet. Aber diese Ausbeutung ist hierarchisch organisiert: es gibt Ausbeuter, Nebenausbeuter, Hilfsausbeuter usw. Nur dank dieser Hierarchie herrschen die Oberausbeuter über die Mehrheit der Bevölkerung. Damit sich die Nation tatsächlich um einen neuen Klassenkern reorganisieren kann, muß sie ideologisch reorganisiert werden, und das ist nur möglich, wenn sich das Proletariat selbst nicht im ‚Volk‘ oder in der ‚Nation‘ auflöst sondern im Gegenteil ein Programm seiner proletarischen Revolution

entwickelt und das Kleinbürgertum zwingt, zwischen zwei Regimen zu wählen. Die Losung der Volksrevolution lullt das Kleinbürgertum ebenso wie die breiten Massen der Arbeiter ein, versöhnt sie mit der bürgerlich-hierarchischen Struktur des ‚Volkes‘ und verzögert ihre Befreiung. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Deutschland vermischt die Losung einer ‚Volksrevolution‘ die ideologische Demarkation zwischen Marxismus und Faschismus und versöhnt Teile der Arbeiterschaft und des Kleinbürgertums mit der faschistischen Ideologie, da sie ihnen gestattet, zu glauben, daß sie keine Wahl treffen müssen, wenn es doch in beiden Lagern um eine Volksrevolution geht.“ (17)

Die Methode, die der Politik der KPD unter Thälmann (und teilweise schon davor) zugrunde lag, stellt nicht nur eine politische Anbietung, sondern auch einen Bruch mit dem marxistischen Verständnis von der Klassenlage des KleinbürgerInnentums dar. Im vorrevolutionären Russland war es für die Fähigkeit des Bolschewismus, das KleinbürgerInnentum in einer proletarischen Revolution zu führen, also die Bauernschaft zu gewinnen, entscheidend, eine unabhängige, eigenständige proletarische Politik zu vertreten und eine dementsprechende Klassenpartei aufzubauen. Das bedeutete nicht, die Nöte und Forderungen kleinbürgerlicher Schichten zu ignorieren; aber die ArbeiterInnenklasse kann diese nur führen, wenn sie konsequent ihr eigenes Klassenprogramm und ihre eigene Klassenpolitik vertritt. In Trotzki's Worten: sie muss die Mittelschichten vor eine Wahl stellen zwischen bürgerlichem oder proletarischem Regime.

Der theoretische Vordenker des Linkspopulismus, Ernesto Laclau, greift genau diese Position des revolutionären Marxismus in seinem Buch „Politik und Ideologie des Marxismus“ an. So unterschiedlichen TheoretikerInnen und Linken wie Trotzki, Luxemburg, Poulantzas, Bordiga und Grossmann, ja selbst dem Austro-Marxismus wirft er „Klassenreduktionismus“ vor. Daher verteidigt er auch den Kurs der Schlageter-Rede und Thälmanns National-Kommunismus gegen seine KritikerInnen. Laclau gesteht zwar opportunistische Fehler bei deren Umsetzung zu, sein Hauptkritikpunkt an Radek oder Thälmann besteht aber darin, dass sie sich vom „Klassenreduktionismus“ nicht wirklich frei gemacht und die Anpassung an kleinbürgerliche Schichten nur als taktische Zugeständnisse verstanden hätten. Darauf aufbauend formuliert er seine Alternative:

„Die Arbeiterklasse hätte sich als jene Kraft präsentieren müssen, die die historischen Kämpfe des deutschen Volkes zu ihrem Abschluß führt, und zum

Sozialismus als deren Vollendung: Sie hätte auf die Grenzen des Preußentums hinweisen müssen, dessen Zweideutigkeiten und Kompromisse mit den alten herrschenden Klassen zur nationalen Katastrophe geführt hatten, und sie hätte an alle popularen Schichten appellieren müssen, für eine Renaissance zu kämpfen, die sich in gemeinsamen ideologischen Symbolen verdichten ließe: Nationalismus, Sozialismus und Demokratie.“ (18)

Zustimmend zitiert Laclau Dimitrows Rede auf dem 7. Weltkongress der Kommunistischen Internationale und begrüßt die Volksfrontpolitik als einen, wenn auch unvollständigen Bruch mit dem „Klassenreduktionismus“.

In der Tat ist die Frage des Verständnisses des KleinbürgerInnentums und seiner lohnabhängigen Schichten eine entscheidende zum Verständnis populistischer Bewegungen. Das unterschiedliche Verständnis markiert auch einen ausschlaggebenden Bruchpunkt zwischen Marxismus und Populismus.

Für den Populismus besteht die Antwort auf die Radikalisierung des KleinbürgerInnentums darin, einen strategischen Block des „Volkes“ - von ArbeiterInnenklasse, KleinbürgerInnentum und sogar Teilen der Bourgeoisie - gegen die „Elite“, gegen den bestehenden reaktionären Machtblock zu bilden. Die Politik der KPD in den 1920er Jahren wies - wenn auch auf Grundlage eines formalen Bekenntnisses zur ArbeiterInnenklasse als einzig konsequent revolutionärer Kraft - immer wieder Abgleitflächen zu reaktionären Strömungen des KleinbürgerInnentums und auch zum Faschismus auf.

Die Auswirkungen sind dabei schon verheerend genug: politisch-ideologische Anpassung und die Verwirrung der ArbeiterInnenklasse. Mit der Volksfrontpolitik nimmt das systematische Züge an. An die Stelle eines Zick-Zack-Kurses und eines Abenteuerertums, das oft nur episodischen Charakter trug, tritt eine grundlegende Strategie, die zur Unterordnung der proletarischen Revolution unter ein Bündnis mit dem „demokratischen“ Flügel der Bourgeoisie führen muss.

Die Volksfronten in Frankreich und Spanien in den 1930er Jahren führten zur Unterordnung der ArbeiterInnenparteien unter jene des KleinbürgerInnentums und der Bourgeoisie und zu politischen Katastrophen. Die Herrschaft der Volksfront nimmt dabei selbst bonapartistische Züge an, weil die widerstreitenden Klassenkräfte, die sie formieren, nicht nur durch ideologische Verkleisterung gebändigt werden können, sondern die „gemeinsamen“, das heißt

bürgerlichen Interessen, im Notfall durch den Staat und seine „Autorität“ gegen die lohnabhängigen und unterdrückten Massen verteidigt werden müssen.

Chinesische Revolution und Guomindang

Die systematische Klassenkollaboration, die in den 1930er Jahren in Frankreich und Spanien als „Volksfront“ ihren konterrevolutionären Charakter offenbarte, wurde von der stalinistischen Kommunistischen Internationale in den kolonialen und halb-kolonialen Ländern schon in den 1920er Jahren ausprobiert. Ihre ersten dramatischen Auswirkungen hatte sie in China im Bündnis mit der Guomindang.

Die Guomindang war 1912 unter Sun Yatsen gegründet worden. Sie war die erste bürgerliche Partei des Landes und umfasste ein breites Spektrum, das von offenen AnhängerInnen der Kapitalistenklasse über Warlords bis zu linkeren intellektuellen Strömungen reichte. Das ideologische Band der Guomindang bildeten die „drei Prinzipien des Volkes“ (Nationalismus, Demokratie und Volkswohlfahrt), die letztlich die Interessen einer ökonomisch schwachen Bourgeoisie zum Ausdruck brachten, die als „gleichberechtigte Partnerin“ von den imperialistischen Mächten anerkannt werden wollte.

Unter „Nationalismus“ verstand Sun Yatsen, der Schöpfer der „drei Prinzipien“, von Beginn an nicht nur das Recht auf „Gleichheit“ mit den imperialistischen Mächten, sondern auch auf Vorherrschaft der Han-ChinesInnen in einem Groß-China. Unter „Demokratie“ schwebte ihm keine „Volksherrschaft“, sondern die politische Erziehung der Masse durch aufgeklärte FührerInnen seines Schlages vor. Die „Volkswohlfahrt“ schließlich sollte die Klassengegensätze mildern. Den Klassenkampf lehnte die Sun-Yatsen-Ideologie kategorisch ab. Stattdessen wurde der „Ausgleich“ zwischen allen gesellschaftlichen Kräften versprochen. So sollte zum Beispiel eine Landreform den Armen ihre Rechte sichern, zugleich aber auch denen, die Eigentum besaßen, keine Nachteile bringen.

Der chinesische Kommunismus entwickelte sich ursprünglich aus einer Kritik an und Abgrenzung von der Ideologie der Guomindang. Die 1921 gegründete Kommunistische Partei Chinas charakterisierte sie korrekt als bürgerliche Partei, mit der jedoch die Zusammenarbeit gegen den Imperialismus angestrebt wurde.

„Die Zusammenarbeit mit nationalistischen Bewegungen war unter der äußerst wichtigen Bedingung erstrebenswert und notwendig, dass die Unabhängigkeit

der proletarischen Organisation erhalten blieb, ‚sei es auch in ihrer Keimform‘.“ (19)

Schon bald sollte die KP Chinas unter dem Druck der Kommunistischen Internationale und ihrer BeraterInnen einen Schwenk zum Eintritt in die Guomindang vollziehen. 1922 traten die Kader einzeln ein, 1923 wurde der Beitritt formell beschlossen. Doch nicht nur das. Während das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale im Januar 1923 noch davon sprach, dass die KommunistInnen, auch wenn sie in der Guomindang arbeiten, ihr eigenes Banner keinesfalls einrollen sollten, änderte sich auch diese Position im Laufes des Jahres. Der dritte Kongress der KP Chinas erklärte, dass *„die Guomindang die zentrale Kraft der nationalen Revolution sein und eine führende Position einnehmen sollte.“* (20)

Damit war nicht nur der Eintritt vollzogen. Gleichzeitig änderten die KP Chinas und die Kommunistische Internationale auch ihre Einschätzung der Klassendynamik der Revolution. Da die chinesische Revolution bürgerlich sein werde, müsse die Bourgeoisie auch deren führende Kraft sein. Die Argumentationslinie der Menschewiki aus den Jahren 1905 und 1917 wurde zurjenigen der von Stalin geführten Kommunistischen Internationale. Damit blieb der KP nur die Rolle der loyalen Unterstützerin.

Doch nicht nur die menschewistische Etappentheorie der Revolution wurde wiederbelebt, die KP Chinas und die Kommunistische Internationale definierten auch den Klassencharakter der Goumindang neu. Sie galt nun nicht mehr als bürgerliche Partei.

„Die Komintern tat dasselbe und rationalisierte dieses Verwischen der Klassengrenzen, indem sie die Theorie entwickelte, die Guomindang sei nicht die Partei der Bourgeoisie, sondern eine Partei, in der alle Klassen sich vereinigen, um gemeinsame Sache gegen den ausländischen Eindringling zu machen. Diese Auffassung, die zunächst in der Praxis etabliert wurde, fand bald Eingang in die offiziellen Dokumente der Komintern und bestimmte die gesamte zukünftige Richtung ihrer Strategie.“ (21)

Die Kommunistische Internationale stellte ab 1924 die Guomindang als Vorbild für weitere Länder Asiens hin, indem sie diese als Modell zur Schaffung von „ArbeiterInnen- und Bauernparteien“ propagierte. Stalin selbst brachte die

Position folgendermaßen auf den Punkt:

„Von der Politik der nationalen Einheitsfront müssen die (...) Kommunisten zur Politik eines revolutionären Blocks zwischen den Arbeitern und der Kleinbourgeoisie übergehen. Dieser Block kann in solchen Ländern die Form einer Einheitspartei, einer Arbeiter-und-Bauernpartei annehmen, etwa nach Art der Kuo-min-tang.“ (22)

Galt die Guomindang noch am Beginn des Eintritts als bürgerliche Partei, so war wenige Jahre später nicht nur ihr Klassencharakter vollkommen auf den Kopf gestellt, die bürgerliche Klasse schien überhaupt aus der Partei verschwunden zu sein. Dumm nur, dass sie in der chinesischen Revolution als Schlächterin der ArbeiterInnenklasse umso sichtbarer auftrat. Trotzki kritisiert diesen Bruch mit dem Marxismus scharf und verweist zugleich die Guomindang als „maskierte Partei“:

„Die berüchtigte Idee der ‚Arbeiter-und-Bauern‘-Parteien scheint speziell zur Maskierung der bürgerlichen Parteien geschaffen zu sein, die gezwungen sind, Rückhalt bei den Bauern zu suchen, aber auch bereit sind, Arbeiter in ihre Reihen aufzunehmen. Als nunmehr klassischer Typ einer solchen Partei ist die Guomindang für alle Zeiten in die Geschichte eingegangen.“ (23)

Der Uminterpretation der Guomindang zu einer „ArbeiterInnen- und Bauernpartei“ oder einer „Partei aller Klassen“ liegt auch eine falsche Vereinfachung der politischen Gegensätze im Land zugrunde. In der Kommunistischen Internationale wurde die Lage in China oft als eine Konfrontation zweier Lager interpretiert, die sich unversöhnlich gegenüberstünden. Einerseits das Lager der ImperialistInnen und MilitaristInnen sowie einiger Schichten der chinesischen Bourgeoisie, andererseits das Lager der ArbeiterInnen, HandwerkerInnen, KleinbürgerInnen, StudentInnen, der Intelligenz und einiger Gruppen der national gesinnten Bourgeoisie, gewissermaßen die Urform des „Blocks der vier Klassen“. Trotzki stellt dieser vereinfachten Sicht seine Position gegenüber:

„In der Tat gibt es in China drei Lager: die Reaktion, die liberale Bourgeoisie und das Proletariat, das um Einfluß auf die unteren Schichten des Kleinbürgertums und der Bauernschaft kämpft.“ (24)

Trotzki betrachtet hier den Kampf um die chinesische Revolution als Kampf der

gesellschaftlichen Hauptklassen, die um den Einfluss in den kleinbürgerlichen Massen ringen. Die Vorstellung zweier klassenübergreifender Lager hingegen bedeutet, die selbstständige Politik der ArbeiterInnenklasse im „Block“ aufzulösen und hintanzustellen. Parteien wie die Guomindang tragen im Übrigen dazu bei, eine solche falsche Einheit und den Schein zweier Lager selbst zu erzeugen:

„Die Guomindang in ihrer jetzigen Gestalt schafft die Illusion zweier Lager, indem sie an der nationalrevolutionären Maskierung der Bourgeoisie mitwirkt und folglich deren Verrat erleichtert.“ (25)

Nur wenn die Revolution als eine begriffen wird, in der die ArbeiterInnenklasse um die politische Führung über die Volksmassen (also die Bauernschaft) mit den verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie (Liberale und Reaktion) ringt, kann auch die Frage der Machtergreifung der ArbeiterInnenklasse, gestützt auf die Bauernschaft, als Aufgabe verstanden werden. Genau diese Sicht auf die eigentliche Dynamik der chinesischen Revolution wird verschleiert, wenn sie als Kampf zweier bürgerlicher „Lager“, eines „fortschrittlichen“ und eines „reaktionären“, begriffen wird. Dann kann die Revolution praktisch nur mit Sieg der Reaktion oder der zum „Volk“ verklärten bürgerlich-demokratischen Bourgeoisie enden. Damit ist die Unterordnung des Proletariats folgerichtig – einschließlich all seiner tragischen Opfer.

Der reaktionäre Gehalt der „klassenübergreifenden“ oder der „ArbeiterInnen- und Bauernpartei“ wird hier ebenso offenbar wie jener der Vorstellung, dass sich in einem Land nicht antagonistische Klasse gegenüberstünden, sondern „Lager“, die ihrerseits heterogene Klassenkräfte als scheinbar gleiche PartnerInnen umfassen. In Wirklichkeit kann das nur bedeuten, dass die ArbeiterInnenklasse ihre unmittelbaren wie historischen Interessen den anderen Klassen im Lager, also deren bürgerlicher Führung, unterordnet.

Die Kommunistische Internationale hat den chinesischen Fehler in zahlreichen Kolonien und Halbkolonien wiederholt. Aber auch in der Volksfrontpolitik findet sich das falsche Konzept verschiedener „Lager“ wieder. So wird z. B. der Kampf gegen den Faschismus nicht als einer zwischen der Bourgeoisie, einer reaktionären Massenbewegung (die letztlich auch zu einer neuen bürgerlichen Ordnung führt) und der ArbeiterInnenklasse begriffen, die um die politische Führung und klassenmäßige Neuorganisation des Landes ringen, sondern auf

einen zwischen „Faschismus“ und „Demokratie“ verkürzt. In der spanischen Revolution wurden ArbeiterInnenklasse und Bauernschaft mit äußerster Brutalität und dem ganzen repressiven Apparat des Stalinismus in die Volksfront gezwungen (oder liquidiert) - mit dem Resultat einer vernichtenden Niederlage, die in ihrer historischen Bedeutung jener der chinesischen Revolution gleichkommt.

Volksfrontparteien in Lateinamerika

Ende der 1930er Jahre zwangen die Entwicklungen in Mexiko und anderen lateinamerikanischen Ländern die revolutionäre Linke zu einer Beschäftigung mit links-bürgerlichen Bewegungen und Regimen, die sich auch auf bedeutende Teile der Bauernschaft und der ArbeiterInnenklasse stützten.

Bedeutendes Beispiel für diese Entwicklung waren die 1924 unter Führung des Peruaners Haya de la Torre gegründete APRA, die auf ihrem Höhepunkt in Peru, Chile, Kuba, Argentinien, Mexiko, Costa Rica und Haiti aktiv war. Ursprünglich war sie eine populistische, anti-imperialistische Bewegung auf der Basis eines Fünf-Punkte-Programms: Aktionen gegen den Yankee-Imperialismus; für Industrialisierung und Landreform; lateinamerikanische Einheit; Internationalisierung des Panama-Kanals und Solidarität aller unterdrückten Völker und Klassen. Präsentierte sich die APRA in den 1930er Jahren noch als revolutionär-demokratisch, so vollzog de la Torre nach dem Zweiten Weltkrieg einen scharfen Schwenk nach rechts, um die Legalisierung seiner Partei zu erreichen.

Das andere wichtige Beispiel der Entwicklung linker populistischer Parteien in Lateinamerika der Zwischenkriegszeit stellt die mexikanische PRM dar (Partido de la Revolución Mexicana; dt: Partei der mexikanischen Revolution). Gegründet wurde die Partei 1929 vom damaligen Präsidenten Mexikos, Plutarco Elías Calles. Unter Cárdenas, der von 1934-1940 Präsident war, wurde die Partei nicht nur umbenannt, sondern auch von oben vereinheitlicht und straff reorganisiert. 1946 hieß sie schließlich „Partido Revolucionario Institucional (PRI; dt: Partei der Institutionalisierten Revolution).

Trotzki konnte zwischen der APRA, der PRM, der Guomindang und den SozialrevolutionärInnen leicht Parallelen ziehen.

Gegen allzu euphorische Illusionen in den „linken“ Populisten de la Torre unterzogen Trotzki und Diego Rivera sein Programm einer scharfen Kritik. Dabei begnügten sie sich nicht damit, de la Torre nachzuweisen, dass er kein Sozialist war. Vielmehr zeigten sie, dass er auch kein „konsequenter“ Demokrat war und sein bürgerlicher „Antiimperialismus“ auf tönernen Füßen stand.

Ähnlich wie kleinbürgerliche oder bürgerliche NationalistInnen heute kritisierte de la Torre nicht nur den Chauvinismus und die Anpassung der ArbeiterInnenklassen der imperialistischen Länder an „ihre Bourgeoisie“ scharf. Er folgerte daraus, dass die Lohnabhängigen in den westlichen Ländern überhaupt nicht zur gemeinsamen Aktion und zum solidarischen Kampf gegen den Imperialismus fähig wären, also nicht zu einer revolutionären Klasse werden könnten.

Die Massen Lateinamerikas sollten daher ihre Hoffnungen auf einen gemeinsamen Kampf mit dem internationalen Proletariat fallen lassen und stattdessen auf die klassenübergreifende Einheit des „Volkes“ - der ArbeiterInnen, der Bauern und der „nationalen Bourgeoisie“ - setzen. Daher war die APRA auch von Beginn an als eine klassenübergreifende Partei konzipiert, in der ähnlich wie in der Guomindang nicht die Masse der bäuerlichen, kleinbürgerlichen oder proletarischen AnhängerInnen, die sich als KämpferInnen und AktivistInnen bewähren sollten, sondern eine kleine Schicht bürgerlicher Intellektueller das Sagen hatte.

Hier offenbart sich eine reaktionäre Facette des linken Populismus und des kleinbürgerlichen Nationalismus, die auch heute noch weit verbreitet ist. Während scheinbar radikal der ArbeiterInnenklasse in den imperialistischen Ländern jede Möglichkeit zur revolutionären Entwicklung abgesprochen wird, wird gleichzeitig auch die Notwendigkeit der Klassenunabhängigkeit in den halb-kolonialen und kolonialen Ländern beiseitegeschoben. Die ArbeiterInnenklasse geht in der „Volkspartei“, im „Volk“ auf. In Analogie zur französischen Volksfront charakterisiert Trotzki daher auch Parteien wie die APRA als eine „Volksfront in Parteiform“.

„Die Goumindang in China, die PRM in Mexiko und die APRA in Peru sind sehr ähnliche Organisationen. Sie sind die Volksfront in der Form einer Partei.“ (26)

Das zweite mit dieser scheinbar „radikalen“ Haltung gegenüber der westlichen

ArbeiterInnenklasse verbundene Problem besteht darin, dass sich auch PopulistInnen vom Schlage de la Torres in der Stunde der Not, als zum Beispiel die Gefahr des Vormarsches des Faschismus in Lateinamerika drohte, nach internationalen Verbündeten umsehen müssen. Da es die globale oder die US-amerikanische ArbeiterInnenklasse nicht sein kann, findet der „Anti-Imperialist“ de la Torre die Retterin der Völker Lateinamerikas bei einer anderen Klasse, der imperialistischen Bourgeoisie der USA unter Roosevelt. Darauf verweisen Trotzki und Rivera, wenn sie de la Torre als „schlechten Demokraten“ bezeichnen. An diesem Beispiel zeigt sich nämlich einmal mehr, dass die Bourgeoisie der unterdrückten Nationen zu einem konsequenten Anti-Imperialismus, zu einem konsequenten Kampf für die bürgerliche Revolution nicht fähig ist, dass sie im Zweifelsfall den Beistand der herrschenden Klasse der imperialistischen Länder sucht.

Dies hängt unmittelbar mit den Klassenzielen der halb-kolonialen Bourgeoisie selbst zusammen. Sie richtet sich gegen den Imperialismus nur insofern, als sie selbst zu einer mächtigeren Kraft - im Idealfall zu einer imperialistischen Bourgeoisie - aufsteigen will. Dies ist, so weit bleibt die bürgerliche Klasse der unterdrückten Länder „realistisch“, nur in Ausnahmefällen und mit viel Risiko möglich, da die globalen Machtbeziehungen selbst grundlegend verändert werden müssten. Daher sucht die Bourgeoisie der halb-kolonialen Länder, selbst wenn sie Maßnahmen gegen das Auslandskapital oder einzelne imperialistische Länder ergreift, immer auch nach einem Kompromiss, letztlich nur einen etwas sonnigeren Platz in der imperialistischen Arbeitsteilung.

Die „Parteien in Form der Volksfront“ müssen dieser Zielsetzung entsprechen. Das betrifft einerseits ihre klassenversöhnlerische, populistische Ideologie. Andererseits muss auch in der inneren Organisation die Vorherrschaft der bürgerlichen Kräfte gesichert sein. Die interne Parteidemokratie, sofern vorhanden, wird daher immer eingeschränkt und trägt notwendigerweise einen plebiszitären Charakter. Fraktionen und politische Strömungen stehen dem entgegen.

Die „Demokratie“ wird stattdessen auf einzelne charismatische FührerInnen zugeschnitten, die sich durch ständige Zustimmung bestätigen lassen. Caudillismus und politischer Machismus sind keine zufälligen Erscheinungen, sondern folgerichtige Ausdrücke des inneren Verhältnisses zwischen den widerstreitenden Kräften einer solchen Partei. So wie im bonapartistischen

Regime der „starke Mann“ scheinbar über den Klassen steht, so verlangt die volksfrontartige Partei nach einer Führungsfigur, die scheinbar über ihren Fraktionen, also über den Klassen in der Partei, steht - und auf diese Art die Hegemonie bürgerlicher Interessen sichert.

Anders als den imperialistischen Ländern, wo die Volksfront eines der letzten Mittel gegen die proletarische Revolution darstellt, muss die Volksfront in Lateinamerika wie generell in der halb-kolonialen Welt differenzierter betrachtet werden:

„Natürlich hat die Volksfront in Lateinamerika nicht denselben reaktionären Charakter wie in Frankreich oder Spanien. Sie ist zweiseitig. Sie kann eine reaktionäre Eigenschaft aufweisen, insofern sie gegen die ArbeiterInnen gerichtet ist; sie besitzt ein aggressives Merkmal, insofern sie gegen den Imperialismus gerichtet ist.“ (27)

Das liefert nicht nur die Grundlage, sondern auch die Notwendigkeit der gemeinsamen Aktion, der anti-imperialistischen Einheitsfront im Kampf gegen nationale Unterdrückung, gegen innere und äußere Reaktion - bei gleichzeitiger Wahrung der eigenen politischen Unabhängigkeit. Ziel muss jedoch trotzdem immer das Zerschneiden der illusorischen „Einheit“ der Klassen, die Errichtung einer eigenständigen, revolutionären ArbeiterInnenpartei sein.

Im Zusammenhang mit der mexikanischen PRM analysiert Trotzki jedoch nicht nur eine populistische Partei in Opposition (wie die APRA), sondern an der Regierung. Die Besonderheiten dieser Rolle hängen dabei selbst mit dem Klassencharakter der Bourgeoisie in den halb-kolonialen Ländern zusammen.

„In den industriell rückständigen Ländern spielt das Auslandskapital eine entscheidende Rolle. Daher auch die relative Schwäche der nationalen Bourgeoisie im Verhältnis zur nationalen ArbeiterInnenklasse... Die Regierung schwankt zwischen ausländischem und heimischem Kapital, zwischen einer schwachen nationalen Bourgeoisie und einem relativ machtvollen Proletariat. Dies verleiht der Regierung einen bonapartistischen Charakter eigener Art (sui generis). Sie erhebt sich sozusagen über die Klassen. Tatsächlich kann sie entweder regieren, indem sie sich zum Instrument des ausländischen Kapitalismus macht und das Proletariat an die Ketten einer Polizeidiktatur fesselt, oder indem sie gegenüber dem Proletariat manövriert und sogar so weit geht,

diesem Zugeständnisse zu machen, und sich daher die Möglichkeit gewisser Freiheiten gegenüber den ausländischen KapitalistInnen verschafft.“ (28)

Wo eine solche bonapartistische Regierung gegen das imperialistische Kapital vorgeht, in Konflikt mit der Reaktion gerät oder fortschrittliche Reformen (Verstaatlichung, Landreform, ...) durchführt, eröffnet sich die Möglichkeit, ja Notwendigkeit, gemeinsam gegen die Reaktion zu kämpfen, müssen Forderungen an die populistische Partei und Regierung gestellt werden, um den Kampf voranzutreiben. Dabei müssen auch demokratische Spielräume wie die zugestandenen Mitbestimmungsrechte auf revolutionäre Art genutzt werden, wie Trotzki betont. Aber all das muss immer mit dem Kampf um die Unabhängigkeit der ArbeiterInnenklasse verbunden werden, um die Partei aus der Umklammerung in der Volksfront zu lösen.

Mehr noch als die oppositionelle populistische Partei tendiert nämlich die Volksfrontpartei an der Regierung dazu, die ArbeiterInnenklasse an den Rand zu drängen, selbst wenn sie sich anti-imperialistisch oder fortschrittlich gibt und progressive Reformen durchführt.

Ein Mechanismus besteht darin, dass die „Volksfrontpartei“ und erst recht ein bonapartistisches Regime der besonderen Art die Bauernschaft als gesellschaftliche Kraft zur Disziplinierung und Unterordnung der ArbeiterInnenklasse nutzt:

„Selbst unter diesen halbbonapartistisch-demokratischen Regierungen benötigt der Staat die Unterstützung der Bauernschaft und diszipliniert durch das Gewicht der Bauern die ArbeiterInnen.“ (29)

Hinzu kommt, dass die populistische Partei an der Macht über ganz andere Mittel zur Integration der ArbeiterInnenklasse und zur Ausschaltung oppositioneller Strömungen verfügt als eine Oppositionspartei. Die links-bonapartistischen Regime drängen auf die Verschmelzung von bürgerlichem Staat und ArbeiterInnenorganisationen, auf die systematischen Inkorporation nicht nur der zur „Einheitspartei“ werdenden populistischen Partei, sondern auch der Gewerkschaften.

Die historische Erfahrung mit links-nationalistischen und populistischen Regimen zeigt weitere, für die Politik der ArbeiterInnenklasse wesentliche Phänomene. Erstens dürfen „Demokratie“ und „Halbbonapartismus“ bzw. Bonapartismus sui

generis nicht starr als einander ausschließende Gegensätze gefasst werden. Vielmehr kombiniert der linke Bonapartismus oft beide und schafft somit auch eine Quelle für demokratische Illusionen in sein Regime.

Zweitens können, wie nicht zuletzt die Geschichte Mexikos zeigt, linke bonapartistische Regime zu rechten, pro-imperialistischen Parteien mutieren – und die Unterordnung der ArbeiterInnenklasse unter die „Volksmasse“, die Verstaatlichung der Gewerkschaften können zu einer totalitären Herrschaftsform beitragen.

Trotzkis Analyse der chinesischen Revolution und der Lage in Lateinamerika hilft, die gesellschaftlichen Wurzeln des Populismus, die Entstehung rechter wie linker kleinbürgerlicher Bewegungen oder volksfrontartiger Parteien zu verstehen. Gerade indem er sie in Verbindung zu den Klassenverhältnissen setzt, vermag er herauszuarbeiten, dass die scheinbar klassenübergreifende Partei und Formation im Endeffekt immer eine ist, die die ArbeiterInnenklasse an einen Flügel der Bourgeoisie – entweder direkt über die bürgerlichen Kräfte in einer „Volksfront in Parteiform“ oder über das Kleinbürgertum – bindet und dieser unterordnet.

Dass sich diese Parteien in Klassenkämpfen, revolutionären Zuspitzungen oder an der Regierung an einem bestimmten Punkt offen gegen die ArbeiterInnenklasse wenden, ist daher kein Zufall, sondern entspringt der inneren Notwendigkeit jeder populistischen Partei. Sie ist in letzter Instanz eine bürgerliche Partei und damit auch Vertreterin der Interessen der herrschenden Klasse. Bündnisse der ArbeiterInnenklasse – so notwendig sie auch sein mögen – können immer nur begrenzter und zeitweiliger Art sein und sind nur auf der Basis der politischen Unabhängigkeit der Klasse zulässig.

Populismus

Auch wenn Lenin und Trotzki selbst nur selten den Begriff des Populismus verwenden, können wir doch einige Schlussfolgerungen aus ihrem Verständnis dieses politischen Phänomens ziehen.

Die historische Grundlage einer marxistischen Analyse des Populismus setzt sich aus drei Teilen zusammen. Zum ersten der Auseinandersetzung mit Kräften, die im Widerstand gegen kapitalistische Umwälzungen ein gemeinsames Interesse des Volkes an einem idealisierten, harmonischen und natürlichen Zustand der

Gesellschaft vortäuschen. Das wichtigste Beispiel, auch für die Taktiken der KommunistInnen gegen solche Kräfte, sind die VolksfreundInnen im vorrevolutionären Russland, aber auch jene Strömungen, die sich in der Auseinandersetzung mit dem Imperialismus herausgebildet haben. Die Auseinandersetzungen tragen den Kern der politischen Kritik, aber auch Beispiele für eine prinzipienfeste Herangehensweise an diese Kräfte in sich.

Zweitens ist der marxistische Begriff des Bonapartismus, der schon bei Marx vorkommt, aber von Trotzki systematisch angewandt wird, entscheidend. In einem Moment, in dem sich die Hauptklassen gegenseitig an der effektiven Machtausübung hindern, wird das Versprechen gemacht, sich über den Klassengegensatz und seine (oft bürgerlich-demokratischen) Institutionen hinwegzusetzen. Die Autorität des bonapartistischen Regimes ergibt sich aus der Zustimmung der Massen. Ihre Programme beinhalten oft großmundige Versprechen an die ArbeiterInnen, aber setzen notwendigerweise das Programm der KapitalistInnen um. Der Populismus verspricht (den Herrschenden), dasselbe zugrunde liegende Problem zu beheben, und weist ähnliche Bewegungsgesetze auf. Auch der Bezug auf einen starken bürgerlichen Staat zur Absicherung der Herrschaft, sobald die massenhafte Zustimmung abklingt, ist vergleichbar.

Drittens sind die Lehren aus dem Opportunismus der Kommunistischen Internationale ab 1924 in der Anbieterung an nicht-proletarische, populistische Parteien und besonders aus dem versuchten Aufbau von klassenübergreifenden Parteien (ArbeiterInnen- und Bauernparteien und gemeinsamen Formationen mit dem KleinbürgerInnentum) zu ziehen. Dort wird das Aufgeben eines eigenständigen Klassenstandpunkts der ArbeiterInnen zur Bedingung und der Kampf für den Sozialismus als programmatische Ausrichtung unmöglich. Dasselbe gilt für das wiederholte und blutige Scheitern von Versuchen, gemeinsame Parteien mit den KapitalistInnen in der Volksfronttaktik aufzubauen. Das bedeutet eine Unterordnung unter die KapitalistInnen und ihren Staat, der nur als kriminell gegenüber der ArbeiterInnenklasse bezeichnet werden kann. Beide müssen als Warnung vor der Illusion, als RevolutionärInnen mit Populismus erfolgreich sein zu können, ernst genommen werden.

Dazu kommt die Notwendigkeit, die Gemeinsamkeiten der beschriebenen historischen Situationen und politischen Entwicklungen zu erkennen und daraus das Wesen des Populismus herauszuarbeiten.

Populistische Formationen entstehen in gesellschaftlichen Krisensituationen, ja sind selbst Ausdruck ungelöster, großer gesellschaftliche Probleme (Landfrage, nationale Unterdrückung, ...). Das KleinbürgerInnentum und die Mittelschichten finden keinen Platz (mehr) in der bürgerlichen Gesellschaft und befürchten den Ruin.

Der Parlamentarismus erfüllt seine Funktion nicht mehr (oder existiert nicht). Auch für die herrschende Klasse selbst erweisen sich die parlamentarische Demokratie und tradierte Formen des Klassenausgleichs als immer weniger tauglich, ihre eigenen Interessen durchzusetzen.

Jene Klassen bzw. Klassenschichten, die in relativ stabilen Phasen die Basis für die bürgerliche Demokratie bilden, werden unter solchen Bedingungen (teilweise) zur sozialen Basis des Populismus.

In den Halb-Kolonien erhält der Populismus zusätzlichen Nährboden, weil der bürgerlichen Klasse und dem KleinbürgerInnentum innerhalb der imperialistisch dominierten Weltarbeitsteilung selbst eine schwache gesellschaftliche Position zugewiesen wird. Hier kann der Populismus - anders als in den imperialistischen Ländern - noch Ausdruck progressiver Bewegungen sein, wenn auch unter einer bürgerlichen oder kleinbürgerlichen Führung.

Der Populismus selbst kann alle Schattierungen im Parteienspektrum, von extrem rechten bis zu „linken“ kleinbürgerlichen oder bürgerlichen Parteien, durchlaufen.

In jedem Fall muss aber eine „Volkspartei“, eine populistische oder kleinbürgerliche Partei vorgeben, einen gesellschaftlichen Missstand zu beheben, und sich zum Anwalt der „kleinen Leute“, des „Volkes“, der „Massen“ machen - einschließlich einer Dosis „anti-kapitalistischer“ Ideologie (und sei es in einer reaktionären Spielart). Dies ist notwendig, um eine soziale Basis nicht nur in der Elite, sondern auch unter kleinbürgerlichen Massen, den Mittelschichten und selbst Teilen der ArbeiterInnenschaft zu erlangen. Nur so können sie auch zu Mitteln der Dominanz über die ArbeiterInnenklasse werden. Nur so sind sie auch in der Lage, außerparlamentarisch, in Bewegungsform zu mobilisieren.

Das Programm des Populismus selbst gleicht einem Gemischtwarenladen. Dass es in sich widersprüchlich und inkonsistent ist, folgt aus dem Charakter der populistischen Partei selbst, die unversöhnliche gesellschaftliche Interessen zu

vereinen vorgibt. Daher muss das Programm immer einen reaktionären, illusorischen und demagogischen Charakter tragen, verspricht es doch die Wiederherstellung besserer Zustände für eine zum Untergang verurteilte Klasse (das KleinbürgerInnentum, die Opfer der Konkurrenz, ...) und die Wiederherstellung einer angeblich zerstörten gesellschaftlichen Harmonie, wo alle Klassen gleich gewesen wären.

So sehr der Populismus gegen die (vermeintliche oder wirkliche) Elite hetzen mag, so laufen alle seine politischen Bewegungen letztlich darauf hinaus, den bürgerlichen Staat, den Staat der Elite, selbst in die Hände zu bekommen und als Instrument zur Umsetzung seiner Versprechen zu nutzen. Immer zielt seine Politik auf einen „starken“ bürgerlichen Staatsapparat, auf die Stärkung der repressiven, unterdrückerischen Formationen des bürgerlichen Regimes.

An der Macht muss eine solche Partei zu einem Herrschaftsinstrument des Kapitals werden – auch wenn die Wirtschaftspolitik sehr unterschiedlich ausfallen mag, von einer staatskapitalistischen bis hin zu einer neo-liberalen Ausrichtung.

Die marxistische Untersuchung der Klassentriebkräfte ergab: Die Grundlage des Populismus, und das gilt besonders für die Volksfront als seine linke Spielart, ist es, den Klassengegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital (und damit die Frage des Verhältnisses von ArbeiterInnenklasse zu KapitalistInnen und KleinbürgerInnentum) durch einen einfacheren Gegensatz zu ersetzen, der quasi quer zum Klassengegensatz liegt: zum Beispiel das Volk gegen die Elite, die Demokratie gegen den Faschismus oder sogar die DemokratInnen gegen den Populismus.

Für die Ideologie des Populismus ist der Volksbegriff immer zentral, entweder ausgesprochen oder implizit. Gleichzeitig ist es dieser Begriff, den zu kritisieren es für RevolutionärInnen unerlässlich ist.

Der zugrundeliegende Nationalismus war in der bürgerlichen Revolution ein Mittel der Bourgeoisie, die Massen hinter sich zu sammeln, indem sie sich als Vertreterin der Nation oder des Volkes proklamierte und das eigene Klasseninteresse als allgemeines Interesse zu verkaufen versuchte. Ein solches Allgemeininteresse, in dem der Klassengegensatz verschwindet, gibt es aber nicht – und kann es nicht geben!

In den bürgerlichen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts wie in anti-

imperialistischen Kämpfen fungierte der Nationalismus, der Appell an das gemeinsame Interesse „des Volkes“ zumindest als Mittel zur Mobilisierung für ein fortschrittliches gesellschaftliches Ziel. Ideologisch und analytisch bleibt der Volksbegriff für RevolutionärInnen aber wertlos und die Kritik daran zentral. Das gilt erst recht in imperialistischen Ländern, wo der Bezug auf Nation und Volk nur reaktionär sein kann.

Mit der Kritik des Volksbegriffes geht auch eine Kritik der „Volksrevolution“ einher, wie sie nicht nur von PopulistInnen, sondern auch vom Stalinismus und Maoismus verwendet wird. Natürlich bringt auch die proletarische Revolution das ganze Volk, alle Schichten und Klassen in Bewegung. In dem Sinne sprechen auch Marx und Engels, Lenin und Trotzki von einer „Volksrevolution“. Sie verstehen aber die Aufgabe der RevolutionärInnen darin, ihr einen bewusst proletarischen, sozialistischen Charakter zu verleihen. Nur so ist es möglich, die Kleinbauern und Teile des städtischen KleinbürgerInnentums und der Armut in Stadt und Land zu führen. Wer das leugnet, vernebelt das Bewusstsein der Klasse, spielt Bourgeoisie und PopulistInnen in die Hände.

Daher lehnen MarxistInnen die Schaffung einer klassenübergreifenden Partei ab. Unser Ziel besteht vielmehr darin, die falsche Einheit der Massen auch in linken populistischen Parteien zu zerbrechen und die ArbeiterInnenklasse aus der ideologischen und organisatorischen Unterordnung unter andere Klassen zu lösen. Das erfordert zwar Taktiken oder auch die Intervention in eine solche populistische Partei in Formierung (gerade wenn die revolutionäre Organisation selbst nur in Keimform vorhanden ist). Das Ziel der KommunistInnen kann aber immer nur in der Schaffung einer Klassenpartei, einer ArbeiterInnenpartei liegen.

Endnoten

(1) Trotzki, Leo: „Clarity or Confusion“, 1939: <https://www.marxists.org/archive/trotsky/1939/02/clarity.htm>

(2) Lenin, W. I.: „Die Entwicklung des Kapitalismus in Russland“, in: Werke, Bd. 3, Berlin/O. 1956, S. 7-629

(3) a. a. O., S. 616-617

- (4) Lenin, W.I.: „Was sind die ‚Volksfreunde‘ und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten?“, in: Werke, Bd. 1, Berlin/O. 1977, S. 202
- (5) a. a. O., S. 210
- (6) Trotzki, Leo: „Von der Oktoberrevolution bis zum Brester Friedensvertrag“, isp-Verlag, Frankfurt/Main 1983, S. 56
- (7) Lenin, W.I.: „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, in: Werke Bd. 22, Berlin/O. 1972, S. 292
- (8) Trotzki, Leo: „Die Dritte Internationale nach Lenin“, Dortmund 1977, S. 165
- (9) Prawda vom 28. Juli 1924, zitiert nach: a. a. O., S. 165
- (10) Prawda vom 22. Juli 1924, zitiert nach: a. a. O., S. 167
- (11) a. a. O., S. 167
- (12) Trotzki, Leo: „Pilsudskism, Fascism, and the Character of Our Epoch“, in: ders., Writings 1932, New York 1973, S. 161; eigene Übersetzung
- (13) a. a. O., S. 160; eigene Übersetzung
- (14) Zitiert nach Flechtheim, Ossip K.: „Die KPD in der Weimarer Republik“, Junius, Hamburg 1986, S. 141
- (15) Thälmann, Ernst (24. August 1930): „Programmerklärung der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung des Deutschen Volkes“ (Proklamation des ZK der KPD), <https://www.marxists.org/deutsch/referenz/thaelmann/1930/08/natsozbef.htm>
- (16) Trotzki, Leo: „Thälmann und die ‚Volksrevolution‘“, in: „Schriften über Deutschland“, Band I, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Main 1971, S. 102
- (17) a. a. O., S. 102 f.
- (18) Laclau, Ernesto: „Politik und Ideologie im Marxismus. Kapitalismus, Faschismus, Populismus“, Argumente Verlag Berlin, 1981, S. 111/112
- (19) Isaacs, Harold R.: „Die Tragödie der chinesischen Revolution“, Mehring Verlag, Essen 2016, S. 96

(20) a. a. O., S. 102

(21) ebd.

(22) Zitiert nach Trotzki, Leo: „Ergebnisse und Perspektiven der chinesischen Revolution“, in: Trotzki, Schriften 2.1., Rasch und Röhring, Hamburg 1990, S. 375 f.

(23) a. a. O., S. 377

(24) Ders.: „Brief an Alski (29. März 1927)“, a. a. O., S. 131

(25) ebd.

(26) Trotzki, Leo: „Latin American Problems“, in: Trotsky, Writings, Supplement 1934-40, New York 2004, S. 903; eigene Übersetzung

(27) ebd.; eigene Übersetzung

(28) Trotzki, Leo: „Nationalized industry and workers management“, in: Trotsky, Writings 1938-39, New York 1974, S. 326; eigene Übersetzung

(29) Trotzki, Leo: „Latin American Problems“, a. a. O., S. 903; eigene Übersetzung